



dreizehn

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT


NR. 13 • MAI 2015 • HERAUSGEGEBEN VOM KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

„Wir sind dann mal weg ...!“ Jugend im Wandel

Die demografische Entwicklung
und ihre Auswirkungen auf den Übergang
Schule – Berufsausbildung

Jugend im ländlichen Raum im Blick behalten!

Ausbildung, Karriere, Beruf – Die kühnen
Vorstellungen der Generation Y



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Sie halten die dreizehnte Ausgabe der DREIZHN in den Händen – dieses wortspielerische Jubiläum möchten wir nicht unerwähnt lassen. Wir blicken auf zwölf Ausgaben aus den Jahren 2008 bis 2014 zurück und können stolz resümieren, dass die DREIZEHN sich in der Fachwelt etabliert hat und wir mit unseren Schwerpunktthemen den fachpolitischen Diskurs beleben.

„Wir sind dann mal weg ...!“ – Ganz bewusst haben wir uns für diesen zweideutigen Titel entschieden, denn zum einen können wir konstatieren: Der demografische Wandel lässt sich nicht aufhalten, die jüngeren Generationen werden mit Blick auf die Gesamtbevölkerung in Deutschland zahlenmäßig abnehmen ... und sind dann mal weg. Diese Erkenntnis ist in der öffentlichen Diskussion häufig mit einer Art Schreckensszenario verbunden – wir möchten dafür werben, dass es auch positive Aspekte gibt, bedeutet der Demografiewandel doch z. B. auch, dass wir glücklicherweise immer länger leben und vielleicht auch, dass Jugend in der Zukunft eine neue Wertschätzung erhält. Zum anderen illustriert der Ausspruch „Wir sind dann mal weg!“ die Lage vieler Landkreise in Deutschland angesichts des Wegzugs jüngerer Menschen Richtung Ballungsgebiete und Städte. Auch die Einrichtungen und Angebote der Jugendsozialarbeit sind von den aktuellen Entwicklungen betroffen.

In dieser Ausgabe richten wir den Blick auf die Auswirkungen des demografischen Wandels für den Übergang von der Schule ins Berufsleben und die Anforderungen an Mobilität. Was heißt dies für die Angebote der Jugendsozialarbeit, denn benachteiligte Jugendliche sind besonders betroffen: Wege werden länger, Ausbildungsplätze sind rar, Projekte und Einrichtungen werden geschlossen oder müssen neue Wege der Erreichbarkeit finden. Gelungene Beispiele zeigen wir wie immer in den Rubriken „Vor Ort“ und „Praxis konkret“.

Eine Erkenntnis können wir Ihnen bereits jetzt mit auf den Weg geben: Der demografische Wandel wird die aktuellen Probleme auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt nicht lösen – wir sind auch weiterhin gefragt, uns für die Belange aller jungen Menschen einzusetzen und ihnen Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft zu ermöglichen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre

Doris Beneke

Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit



Inhalt

DIE ANALYSE

Die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf den Übergang Schule – Berufsausbildung	Stephanie Matthes	4
Keine einfachen Antworten ... Hinweise zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Jugendsozialarbeit	Jens Pothmann	10
Jugend im ländlichen Raum im Blick behalten! Erste Ergebnisse einer qualitativen DJI-Studie	Frank Tillmann und Sarah Beierle	15
Mobilität und Benachteiligung: Wie können transnationale Erfahrungen Ausbildungs- und Arbeitschancen junger Menschen verbessern?	Katrin Weihmann	19
Ausbildungsmobilität in Europa	Ulrike Wisser	23
Im Gespräch mit: Jörg Freese, Beigeordneter des Deutschen Landkreistages und Kovorsitzender der Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ des BMFSFJ	Annika Koch und Andrea Pingel	27

KONTRAPUNKT

Ausbildung, Karriere, Beruf – Die kühnen Vorstellungen der Generation Y	Erik Albrecht und Klaus Hurrelmann	30
---	------------------------------------	----

VOR ORT

„Das ist keine Streichelzooveranstaltung!“ Wie ein bewährtes Netzwerk einen strukturschwachen Landkreis in die Zukunft trägt	Tina Fritsche	35
Hinter dem Horizont geht's weiter	Britta Sembach	39

PRAXIS KONKRET

„friedA fragen“ – Ansprache, Information, Beratung und Begleitung von jungen Menschen zu Ausbildung in Thüringen	Antje Müller	42
Jugendbüros im Bergischen Land	Martin Schäfer	46

DIE NACHLESE

25 Jahre KJHG heißt auch 25 Jahre § 13 SGB VIII	Andrea Pingel	50
---	---------------	----

Nahaufnahme 49

Impressum 54



Die Analyse

*Die demografische Entwicklung
und ihre Auswirkungen auf den
Übergang Schule –
Berufsausbildung*



Die Zahl der Geburten in Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch zurückgegangen. Seit den 1960er-Jahren mit über 1,3 Millionen Neugeborenen hat sie sich bis heute mehr als halbiert. Der folgende Beitrag beleuchtet, wie sich der demografische Verfall auf die Chancen Jugendlicher beim Übergang Schule – Berufsausbildung auswirkt.¹

Stephanie Matthes

Während noch vor wenigen Jahren von einer deutlichen Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt die Rede war, ist aktuell wieder zunehmend von Problemen und Herausforderungen zu lesen. Viele Betriebe haben immer größere Schwierigkeiten, ihre Lehrstellen zu besetzen. Gleichzeitig haben weiterhin viele Jugendliche Probleme, einen Ausbildungsplatz zu finden. Wie wird die weitere demografische Entwicklung die Lage verändern? Gibt es Grund zur Hoffnung, dass sich die schrumpfende Kinderzahl in Deutschland zumindest positiv auf die Chancen Jugendlicher beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung auswirkt?

Warum die Demografie überhaupt eine Rolle spielt

Der zentrale Grund, warum Demografie und die Ausbildungschancen der Jugendlichen zusammenhängen, liegt in einer Besonderheit des dualen Berufsausbildungssystems: Während im Hochschulbereich die Zahl der neu einzurichtenden Studienplätze eine staatliche Angelegenheit ist und relativ flexibel der aktuellen Abiturienten-/innenzahl angepasst wird, hängt die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge von der Zahl der von den Betrieben angebotenen Ausbildungsplätze und der Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen ab. Die Betriebe richten sich aber bei ihrem Angebot primär nach ihrem

Bedarf und nicht nach dem Bedarf der Jugendlichen. Bei unverändertem Angebot können sich die Ausbildungschancen der Jugendlichen deshalb nur dann verbessern, wenn ihre Zahl sinkt.

„Betriebe orientieren sich am Eigenbedarf und nicht an dem der Jugendlichen.“

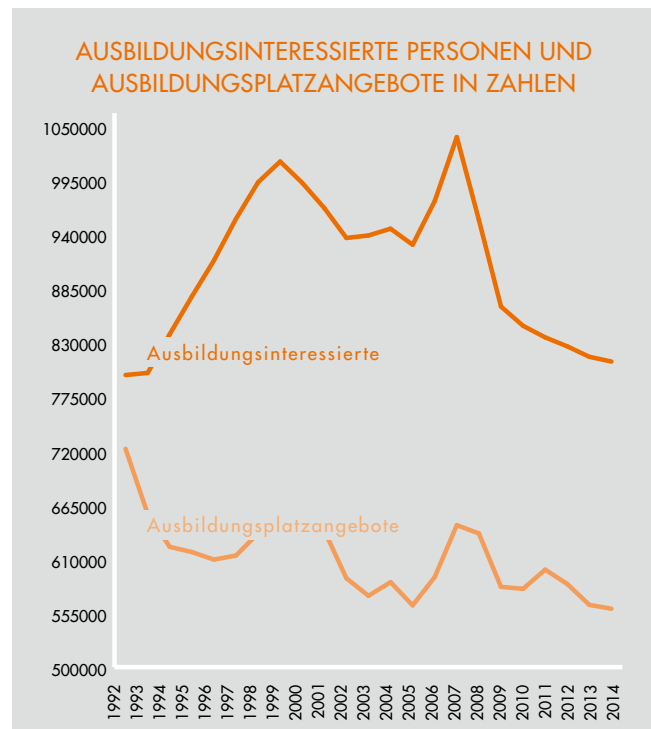
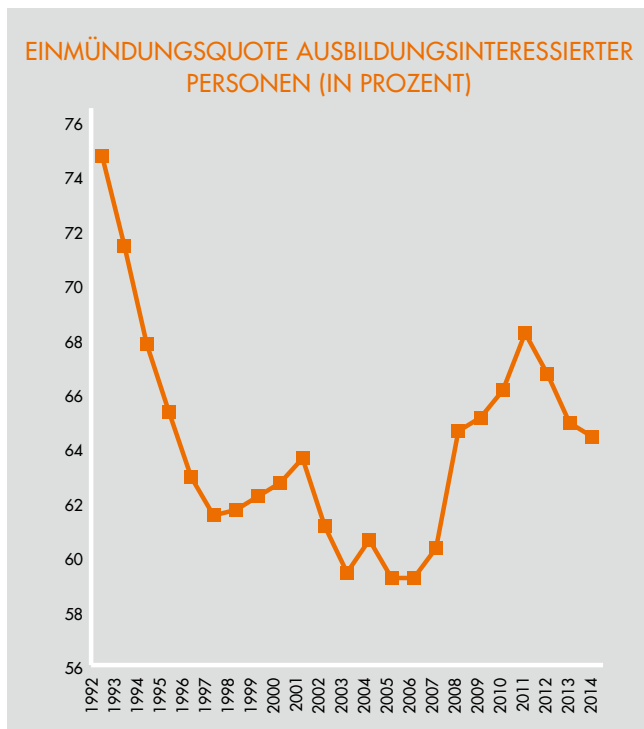
Dass die Ausbildungschancen von Jugendlichen im Zeitverlauf tatsächlich auch aus demografischen Gründen erheblichen Schwankungen unterliegen, zeigt ein Blick auf die vergangenen Jahrzehnte. Infolge der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre (die zwar ihrerseits deutlich weniger Kinder bekamen, aber eine quantitativ stark besetzte Elterngeneration waren) strömten bis in die 2000er-Jahre hinein zunehmend mehr ausbildungsinteressierte Jugendliche auf den Ausbildungsmarkt. Da dieser Anstieg jedoch nicht von einer entsprechenden Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes begleitet wurde, konkurrierten immer mehr Jugendliche um die viel zu geringe Zahl an Ausbildungsplätzen. Somit sanken ihre Ausbildungschancen deutlich – gemessen an ihrer Einmündungsquote in Berufsausbildung. Viele Bewerber/-innen blieben bei ihrer Lehrstellensuche erfolglos oder wurden in Übergangsmaßnahmen abgedrängt. Im Jahr 2007 standen zum Ende des Vermittlungsjahres offiziell 130.900 erfolglose

Bewerber/-innen gerade einmal 18.400 noch offenen Ausbildungsplätzen gegenüber.²

Zu einer tendenziellen Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt kam es erst, als nach 2007 die Kinder jener Generation in ihr Jugendalter gelangten, die nach dem Geburtenknick geboren worden waren. Die Zahl der ausbildungsinteressierten begann damit zu sinken.³ 2014 lag ihre Zahl bei nur noch 810.500, rund 20 Prozent weniger als noch sieben Jahre zuvor. Die Konkurrenz unter den Jugendlichen nahm ab und der relative Anteil der ausbildungsinteressierten Jugendlichen, der in eine Berufsausbildung einmündete, stieg wieder deutlich an. Mit 68,2 Prozent im Jahr 2011 lag er auf einem so hohen Niveau wie seit Mitte der 1990er-Jahre nicht mehr. Auf die Frage, warum sich der positive Trend nach 2011 nicht unvermindert fortsetzte, wird im Folgenden noch eingegangen. Zunächst aber soll ein kurzer Blick darauf geworfen werden, wie sich die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen in Zukunft voraussichtlich entwickeln wird.

Prognosen zur weiteren Entwicklung

Ein Ende des ungünstigen demografischen Trends mit einer stetig geringeren Kinderzahl ist bei einer Geburtenziffer von 1,4 (nötig wären 2,1) momentan nicht absehbar. Aktuellen



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum 30. September; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz zufolge werden im Jahr 2025 nur noch 707.000 Personen eine allgemeinbildende Schule verlassen, darunter knapp 450.000 ohne und knapp 258.000 mit Studienberechtigung.⁴ Im Vergleich zu 2014 ist dies ein Rückgang von 5,6 Prozent auf Seiten der Abiturienten/-innen und von 18,4 Prozent auf Seiten der Nichtstudienberechtigten. Besonders schrumpfen wird also ausgerechnet jene Gruppe, die bislang das Hauptklientel der dualen Berufsausbildung darstellte.

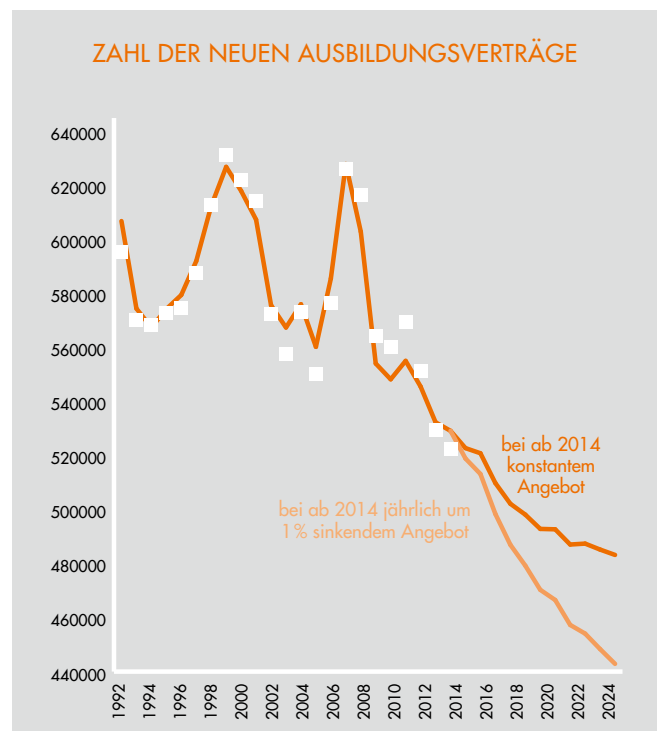
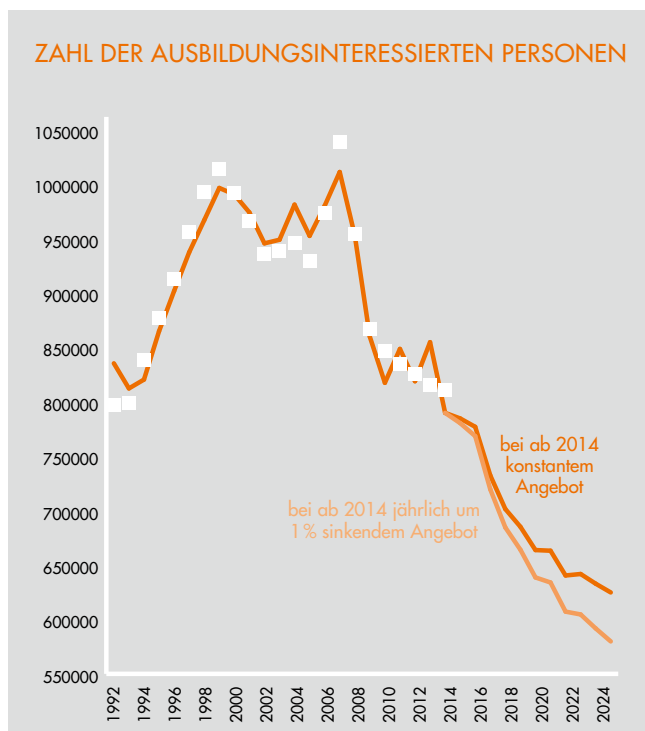
Auf Basis der vorausgerechneten Schulabgänger/-innenzahlen und früherer Erfahrungswerte lässt sich mathematisch abschätzen, mit wie vielen ausbildungsinteressierten Personen pro Jahr gerechnet werden kann und wie viele Ausbildungsverträge daraus resultieren könnten. Die Zahl der ausbildungsinteressierten Personen dürfte demnach bis 2025 um weitere 165.000 Personen sinken und sich auf einen Wert von etwa 625.000 einpendeln. Dieser noch günstige Fall setzt allerdings voraus, dass das Ausbildungsplatzangebot ab 2014 stabil bleibt. Wie im Folgenden noch skizziert wird, ist die wahrscheinlichere Variante jedoch, dass sich das Ausbildungsplatzangebot an die rückläufige Zahl der Jugendlichen anpasst und so die Zahl der ausbildungsinteressierten Personen sowie die der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge noch deutlich stärker zurückgehen.

Besonders brisant sind solche düsteren Prognosen vor dem Hintergrund der steigenden Zahlen von Personen, die das Er-

werbsleben aus Altersgründen beenden. Den BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen zufolge kann davon ausgegangen werden, dass im mittleren Qualifikationsbereich, d.h. bei den Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung, bereits bis 2025 1,730 Mio. Personen mehr aus dem Erwerbsleben ausscheiden als neu hinzukommen. Selbst bei erhöhter Zuwanderung und steigenden Erwerbsquoten wird es, so die Autoren der Studie, bei ansonsten unveränderten Rahmenbedingungen „nicht gelingen, den relativ konstanten Fachkräftenbedarf auf der mittleren Qualifikationsebene langfristig zu befriedigen.“⁶

Wenigstens für (benachteiligte) Jugendliche eine gute Entwicklung?

Betrachtet man die Entwicklung der Einmündigungsquote vor dem Hintergrund der demografischen Schwankungen in den vergangenen Jahrzehnten, so wird deutlich, dass sich die sinkende Geburtenzahl in Deutschland zukünftig tatsächlich positiv auf die Einmündigungschancen von Jugendlichen in eine Berufsausbildung auswirken könnte. Zumal die Prognosen eines Fachkräftemangels auf der mittleren Qualifikationsebene mit der Gefahr einer Produktionsverlagerung ins Ausland in den vergangenen Jahren eine intensive bildungspolitische



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen⁵

Debatte darüber ausgelöst haben, wie solchen Szenarien entgegengewirkt werden kann. „Niemand darf verloren gehen“ ist seitdem das Motto zahlreicher Maßnahmen zur Vermeidung von Ausbildungslosigkeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Die im Dezember 2014 von Bund, Ländern und Sozialpartnern gegründete Allianz für Aus- und Weiterbildung benennt insbesondere „Jugendliche mit schlechteren Startchancen, junge Menschen mit migrationsbedingten Problemlagen sowie Menschen mit Behinderung“ als Zielgruppe dieser Maßnahmen.⁷ Um sie alle in eine betriebliche Berufsausbildung zu integrieren, sind für die kommenden Jahre unter anderem eine Nettosteigerung der Ausbildungsplätze, die Einrichtung zusätzlicher Plätze für eine assistierte Ausbildung und der Ausbau von ausbildungsbegleitenden Hilfen geplant. Ausbildungsinteressierten Jugendlichen zu einer Ausbildung zu verhelfen, ist ganz offensichtlich nicht mehr nur ein sozialpolitisch bedeutungsvoller Schritt, sondern auch zunehmend eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit.

Risiken und Probleme

Wenngleich die demografische Entwicklung die Chancen Jugendlicher auf einen erfolgreichen Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung auf den ersten Blick begünstigt, so gibt es dennoch eine Reihe von Risiken und Problemen, die diese Entwicklung belasten könnte.

Besonders problematisch ist, dass die verbesserten Chancen der Jugendlichen mit schlechteren Stellenbesetzungschancen der Betriebe einhergehen. Dadurch, dass in den Medien bereits jetzt sehr intensiv darüber berichtet wird, wie schwierig es für viele Betriebe ist, Auszubildende zu finden, können Jugendliche leicht zu falschen Schlussfolgerungen gelangen. Aus der Botschaft, „Betriebe suchten händeringend Lehrlinge“, wird dann oft der Schluss gezogen, es sei nun einfach, einen Ausbildungsplatz zu finden. Die jetzt schon starke Fokussierung auf wenige prestigeträchtige Ausbildungsberufe wird durch diese Wahrnehmung womöglich noch verstärkt. Wenn leistungsschwächere Jugendliche nun aber zunehmend weniger beliebte Ausbildungsberufe – zum Beispiel aus dem Gastronomiebereich oder dem Lebensmittelhandwerk – außer Acht lassen und sich stattdessen auf aus ihrer Sicht attraktivere Berufe im kaufmännischen oder Medienbereich bewerben, so besteht die Gefahr, dass sowohl die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze (in den zunehmend außer Acht gelassenen Berufen) steigt als auch die Zahl der Jugendlichen, die bei ihrer Bewerbung erfolglos bleiben.⁸ Gerade vor dem Hintergrund, dass die Wirtschaft sich zunehmend bemüht, auch studienberechtigte Jugendliche für eine Berufsausbildung zu gewinnen, ist die Konkurrenz um Ausbildungsplätze

in den beliebten Berufen ungeachtet der insgesamt sinkenden Ausbildungsplatznachfrage unter den Jugendlichen groß.

„Manche Ausbildungen müssen dringend attraktiver werden!“

Wenn sich die Risiken, Ausbildungsplätze nicht besetzen zu können, weiterhin einseitig auf bestimmte Branchen und Berufe konzentrieren, steigt außerdem die Gefahr, dass Betriebe, die auf ihren Ausbildungsplätzen immer wieder sitzen bleiben, Anpassungsreaktionen zeigen und sich vom Ausbildungsmarkt zurückziehen.⁹ Dies hätte ungünstige Folgen für das Verhältnis von Angebot und Nachfrage und die Ausbildungschancen von Jugendlichen würden sich bei Weitem nicht so positiv entwickeln wie es zur Verhinderung eines Fachkräftemangels eigentlich nötig wäre und wie es die demografische Entwicklung auch eigentlich zuließe. Es ist zu vermuten, dass die seit 2011 wieder leicht gesunkene Einmündungsquote u. a. auch schon auf solche Anpassungsreaktionen frustrierter Betriebe zurückzuführen ist.

Um aus der demografischen Entwicklung positive Konsequenzen für die Übergangschancen von Jugendlichen zu ziehen, müssen Jugendliche also gezielt bei ihrer Berufsorientierung unterstützt werden. Ganz wichtig ist, ihnen ein realistisches Bild ihrer faktischen Erfolgchancen auf dem Ausbildungsmarkt zu vermitteln. Will man langfristig eine schleichende Abwärtsspirale und Erosion des Ausbildungssystems verhindern, bedarf es jedoch auch einer stärkeren Angleichung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ausbildungsberufen. Wenn alle Berufe ähnlich attraktiv erscheinen, verteilen sich die Besetzungsrisiken der Betriebe gleichmäßiger und es sinkt die Gefahr, dass ein Teil von ihnen bei der Gewinnung von Auszubildenden überhaupt nicht mehr zum Zuge kommt und sich deshalb dauerhaft von der Ausbildung verabschiedet. //

Die Autorin:

Stephanie Matthes ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich „Berufsbildungsangebot und -nachfrage/Bildungsbeteiligung“ am Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).
E-Mail: stephanie.matthes@bibb.de

Literatur:

ALLIANZ FÜR AUS- UND WEITERBILDUNG (2014): Programm für 2014–2018. Berlin.

EULER, Dieter (2010): Einfluss der demografischen Entwicklung auf das Übergangssystem und den Berufsausbildungsmarkt. Gütersloh.

„Auf dem Ausbildungsmarkt sinken sowohl die Nachfrage als auch das Angebot.“

DERS. (2011): „Führt der demografische Wandel zu einem Verschwinden des Übergangssystems?“ In: Berufsbildung, 130 (8/2011), S. 2–5.

KULTUSMINISTERKONFERENZ (2013): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2012 bis 2025 (Dokumentation Nr. 200 vom Mai 2013). Berlin.

MAIER, Tobias; Zika, Gerd; Wolter, Marc Ingo; Kalinowski, Michael; Helmrich, Robert (2014): „Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Flexibilität“. In: BIBB REPORT 23/2014.

MATTHES, Stephanie; Ulrich, Joachim Gerd; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf (2015): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2014. Duales System vor großen Herausforderungen. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bonn.

SCHIER, Friedel; Ulrich, Joachim Gerd (2014): „Übergänge wohin? Auswirkungen sinkender Schulabgängerzahlen auf die Berufswahl und Akzeptanz von Ausbildungsangeboten“. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 110 (3), S. 358–373.

gen 2015 bis 2025 wurde mit zwei unterschiedlichen Annahmen zur künftigen Entwicklung des Ausbildungsplatzangebotes gearbeitet. Die obere Kurve gibt die Schätzwerte unter der Annahme eines ab 2014 konstanten Ausbildungsplatzangebotes wieder, die untere die Schätzwerte unter der Annahme eines ab 2014 jährlich um 1 Prozent sinkenden Angebotes.

⁶ Maier u. a. (2014), S. 13.

⁷ Allianz für Aus- und Weiterbildung (2014), S. 3.

⁸ Vgl. Schier; Ulrich (2014).

⁹ Vgl. Euler (2010), Euler (2011).

Anmerkungen:

¹ Grundlage des Beitrags ist der folgende Artikel: Matthes, Stephanie; Ulrich, Joachim Gerd (2015): „Einflüsse des demografischen Wandels auf die Chancen und Risiken Jugendlicher beim Übergang Schule – Berufsausbildung“. In: Schlemmer, Elisabeth; Kuld, Lothar; Lange, Andreas (Hrsg.): Familie, Bildung und Beruf in Zeiten demografischen Wandels (in Vorbereitung).

² Vgl. Matthes u. a. (2015).

³ Besonders starke Auswirkungen auf die Verringerung der Zahl der ausbildungsinteressierten Personen hatte der Geburteneinbruch im Osten Deutschlands, zu dem es im Zusammenhang mit der politischen Wende 1989 gekommen war. Zusätzlich gedämpft wurde die Ausbildungsplatznachfrage außerdem durch den verstärkten Trend zur schulischen Höherqualifizierung.

⁴ Vgl. Kultusministerkonferenz (2013), Sonderberechnungen des Statistischen Bundesamtes zur Vorbereitung des Berufsbildungsberichts 2015.

⁵ Die Darstellung der Zahl der ausbildungsinteressierten Personen basiert auf einer regressionsanalytischen Schätzung anhand der Zahlen a) der nichtstudienberechtigten Schulabgänger/-innen, b) der Abiturienten/-innen und c) der Ausbildungsangebote. Die Darstellung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge basiert auf einer regressionsanalytischen Schätzung anhand der Zahlen a) der ausbildungsinteressierten Personen sowie b) der Ausbildungsangebote. Die quadratischen Markierungen informieren über die Ist-Werte der Jahre 1992 bis 2014, die Linien über die Schätzungen anhand der Prädiktoren. Für die Schätzun-

Lesen Sie weiter: Hintergrundmaterial zum Schwerpunkt finden Sie unter www.jugendsozialarbeit.de/dreizehn



***Keine einfachen
Antworten ...
Hinweise
zu den
Auswirkungen des
demografischen
Wandels auf
die Jugend-
sozialarbeit***

Nachdem der „Demografische Wandel“ noch Ende des letzten Jahrhunderts nur zögerlich Einzug in die fachpolitischen Debatten der Kinder- und Jugendhilfe gehalten hatte, kann davon zumindest für die ersten eineinhalb Dekaden des 21. Jahrhunderts keine Rede mehr sein.

Jens Pothmann

Die Debatten um die Konsequenzen aus den demografischen Veränderungen in ihrer mittlerweile erreichten gesellschaftlichen Breite haben eine mitunter irritierende Begleitmusik. Schreckensszenarien werden entworfen und zum Schüren von Ängsten eingesetzt. Da ist vom „Aussterben der Deutschen“ die Rede oder auch vom „Krieg der Generationen“. Es wird über einen „Altenüberschuss“ sowie vom „Kindermangel“ gesprochen. Und nicht zuletzt werden Automatismen einer „demografischen Rendite“ bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen für eine bestehende Infrastruktur propagiert.

Im nachfolgenden Beitrag soll differenzierter hingeschaut werden. Es werden zunächst einige Hinweise zur Bevölkerungsstatistik gegeben. Dabei geht es einerseits um die Relevanz solcher Daten für die Handlungsfelder der Jugendsozialarbeit sowie andererseits um die Verfügbarkeit der Ergebnisse. Im Anschluss wird auf Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für Ost- und Westdeutschland fokussiert. Abschließend werden mögliche Schlussfolgerungen aus den zu beobachtenden demografischen Veränderungen für Praxisentwicklung und Fachpolitik zur Diskussion gestellt.

Bevölkerungsstatistik und Prognosen für die Jugendhilfe

Es gibt keine Daten darüber, wie viele junge Menschen von der Jugendsozialarbeit erreicht werden oder im Laufe ihres Aufwachsens von den Angeboten und Strukturen erreicht worden sind oder gar erreicht werden müssten.¹ Grundsätzlich kommen alle jungen Menschen im Lauf ihrer Biografie in Betracht, Angebote oder Strukturen der Jugendsozialarbeit – beispielsweise im Rahmen der Schulsozialarbeit oder auch später im Kontext der Jugendberufshilfe – in Anspruch zu nehmen. Vor diesem Hintergrund sind die Angaben zur tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung, aber auch zu den zu erwartenden zukünftigen Trends bei der Demografie grundsätzlich von Relevanz – gleichwohl für den Blick in die Zukunft der Jugendsozialarbeit oder auch die Entwicklung von Perspektiven und Szenarien für die Handlungsfelder noch andere Faktoren wie beispielsweise rechtliche und politische Entwicklungen sowie solche der Fachpraxis selber von zum Teil mindestens ebenso großer Bedeutung sind.

Mit der Bevölkerungsstatistik ist ein Blick in die Vergangenheit genauso möglich wie einer in die Zukunft. Zu unterscheiden sind dabei die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung von denen der Bevölkerungsvorausberechnung.

- Bei der Bevölkerungsfortschreibung befindet man sich in Deutschland aktuell in einer Übergangsphase. Zurzeit wer-

den einerseits Angaben von 1987 bzw. 1990 für Ost- und Westdeutschland fortgeschrieben, andererseits liegen die ersten Fortschreibungsergebnisse des ersten bundesweiten registergestützten Zensus aus dem Jahre 2011 vor.² Über kurz oder lang wird aller Voraussicht nach die Basis der Bevölkerungsfortschreibungen allein der bundesweite registergestützte Zensus aus dem Jahre 2011 sein. Diese Basis wird voraussichtlich alle zehn Jahre von den Statistischen Ämtern erneuert werden.

- Der demografische Wandel kann in einem engeren Sinne mit Veränderungen des Aufbaus und der Anzahl der Bevölkerung beschrieben werden. Zu beobachten ist dies beispielsweise in den einschlägigen Publikationen der amtlichen Statistik zum Umfang und zum zukünftigen Bevölkerungsaufbau in Deutschland bzw. den einzelnen Bundesländern – den sogenannten Bevölkerungsvorausberechnungen. Auf der Basis von im Wesentlichen drei Komponenten – Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung, Wanderungsbewegungen – wird der demografische Wandel über Vorausberechnungsmodelle dargestellt. Aktuell ist zurzeit seitens des Statistischen Bundesamtes die 12. Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2008.³ Die 13. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes steht eigentlich an und wird – beispielsweise im Rentenversicherungsbericht 2014 – für das Frühjahr 2015 angekündigt.⁴ Die Erstellung bzw. Veröffentlichung der Ergebnisse hat sich bislang auch wegen des Zensus 2011 hinausgezögert, zumal diese Angaben die Basis für die nächste Bevölkerungsvorausberechnung sein werden.⁵

Doch welche Altersgruppen sollte man bei den Ergebnissen für die Bevölkerungsfortschreibung oder auch die Bevölkerungsvorausberechnung mit Blick auf die Handlungsfelder der Jugendsozialarbeit betrachten? Für die Jugendsozialarbeit ist in der Vergangenheit im Rahmen der Kinder- und Jugendberichte oftmals auf die 15- bis unter 27-Jährigen als Referenzgröße rekurriert worden.⁶ Allerdings gibt es beispielsweise aufgrund der Schulsozialarbeit gute Gründe, zumindest auch die 10- bis unter 15-Jährigen noch hinzuzunehmen. In jedem Fall ist die demografische Referenzgröße für die Jugendsozialarbeit je nach Handlungsfeld unterschiedlich. Auch vor diesem Hintergrund vermeidet der 14. Kinder- und Jugendbericht eine generelle Festlegung hinsichtlich der Bestimmung einer altersspezifischen Zielgruppe.⁷ Gleichwohl stellen sowohl die Altersspanne der 10- bis unter 25-Jährigen insgesamt als auch die darin enthaltenen Altersgruppen in Fünf-Jahres-Schritten angemessene Bezugs- und Referenzgrößen dar.

Zukünftige Bevölkerungsentwicklungen in Ost- und Westdeutschland

Die hier für das Arbeitsfeld der Jugendsozialarbeit in den Blick genommene Gruppe der 10- bis unter 25-Jährigen wird sich nach Angaben der Bevölkerungsvorausberechnung bis Mitte der 2020er-Jahre bundesweit um knapp 15 Prozent auf etwa 10,5 Mio. reduzieren. Das heißt, im benannten Zeitraum wird sich ausgehend vom Jahr 2013 mit 100 Indexpunkten der Indexwert auf 85 reduzieren (vgl. Abb. 1).⁸

Diese bundesweite Entwicklung ist insbesondere auf die Entwicklung in den westlichen Flächenländern zurückzuführen. Hier wird sich die Stärke der Bevölkerungsgruppe im Alter von 10 bis unter 25 Jahren – wiederum ausgehend vom Jahr 2013 – auf knapp 83 Indexpunkte reduzieren, was einem Rückgang von etwa 17 Prozent entspricht. Im Vergleich dazu fallen sowohl die Veränderungen in den ostdeutschen Flächenländern als auch in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg mit einem Rückgang von jeweils weniger als 5 Prozent bis Mitte der 2020er-Jahre vergleichsweise gering aus (vgl. Abb. 1).

Betrachtet man die Zielgruppen für die Handlungsfelder der Jugendsozialarbeit noch einmal eingehender, so wird deutlich, dass der Rückgang für die Altersgruppe der 10- bis unter 25-Jährigen nach dem derzeitigen Stand der offiziellen Bevölkerungsvorausberechnung sowohl regional unterschiedlich als auch altersgruppenspezifisch verlaufen wird. Das heißt im Einzelnen:

- Bundesweit wird die Gruppe der 10- bis unter 15-Jährigen zwischen 2013 und 2025 um rund 10 Prozent zurückgehen. Dabei wird der Verlust in dieser Altersgruppe in den westlichen Flächenländern 13 sowie in den östlichen 6 Prozent betragen. Für die Stadtstaaten ist von einer Zunahme um 8 Prozent auszugehen.
- Die Zahl der 15- bis unter 20-Jährigen wird sich im hier betrachteten Zeitraum bundesweit sogar um fast 15 Prozent verringern. Dieser Rückgang geht vor allem auf den erheblichen Rückgang zwischen 2015 und 2020 in den westlichen Flächenländern zurück. Bis 2025 wird sich die Zahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dieses Alters um 19 Prozent verringern. Hingegen wird die Zahl der 15- bis unter 20-Jährigen in den östlichen Flächenländern bis 2020 um 13 Prozent steigen und dann in etwa das Niveau bis zumindest 2025 halten. In den Stadtstaaten werden die Veränderungen in dieser Altersgruppe laut die-

ser offiziellen Berechnungen alles in allem zu vernachlässigen sein. Zwischen 2020 und 2025 deutet sich eine leichte Zunahme für diese Altersgruppe an.

- Für die 20- bis unter 25-Jährigen schließlich beträgt der bundesweite Rückgang bis 2025 sogar 18 Prozent. Diese Entwicklungen gehen mit einer jeweils etwas anderen Dynamik auch für die Flächenländer in Ost- (-14 Prozent) und Westdeutschland (-19 Prozent) sowie die Flächenländer (-19 Prozent) einher.

Diese Entwicklungen für die 10- bis unter 25-Jährigen und deren Altersgruppen markieren alles in allem einen Rückgang von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Allerdings werden mit Blick auf die Altersgruppen auch Verschiebungen im Altersaufbau sichtbar sowie vor allem regional mitunter voneinander abweichende Entwicklungstrends. Deutlich wird aber auch, dass die hier nachgezeichneten Trends eines demografischen Wandels keine plötzlichen Ereignisse sind, sondern in der Regel eher langfristige Prozesse, die jedoch – zumindest kurz- und mittelfristig – auch so gut wie unumkehrbar sind. Ferner wird anschaulich, dass demografische Prozesse in der Regel nicht linear verlaufen, sondern in Wellenbewegungen. Das heißt, zu demografischen Entwicklungen gehören auch Konsolidierungen oder zeitweilige Wiederanstiege einzelner Altersgruppen.

„Disparitäten und Ungleichzeitigkeiten sind für zukünftige Konzepte entscheidend.“

Die Analysen haben einmal mehr gezeigt, dass demografische Veränderungen sich regional sehr unterschiedlich vollziehen können. So hat hierauf zuletzt auch der 14. Kinder- und Jugendbericht noch einmal verwiesen.⁹ Es gibt dabei nicht nur Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern auch zwischen Bundesländern sowie innerhalb der Bundesländer zwischen Kreisen, kreisfreien Städten sowie insgesamt auf der Ebene der Gemeinden.¹⁰ Diese Tatsache ist für Praxisentwicklung und Jugendhilfepolitik folgenreich. So sind verallgemeinernde Aussagen zu den demografisch bedingten Einflüssen auf die Bedarfs- und Inanspruchnahmeentwicklungen in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe immer mit einem gewissen Vorbehalt versehen. Für die konkrete Planung und Politik vor Ort sind neben überregionalen Betrachtungen immer auch spezifischere Analysen der Bevölkerungsvorausberechnungen für den jeweiligen Raum notwendig. Damit wird eine wichtige Aufgabe für die kommunale Jugendhilfeplanung und -politik markiert.

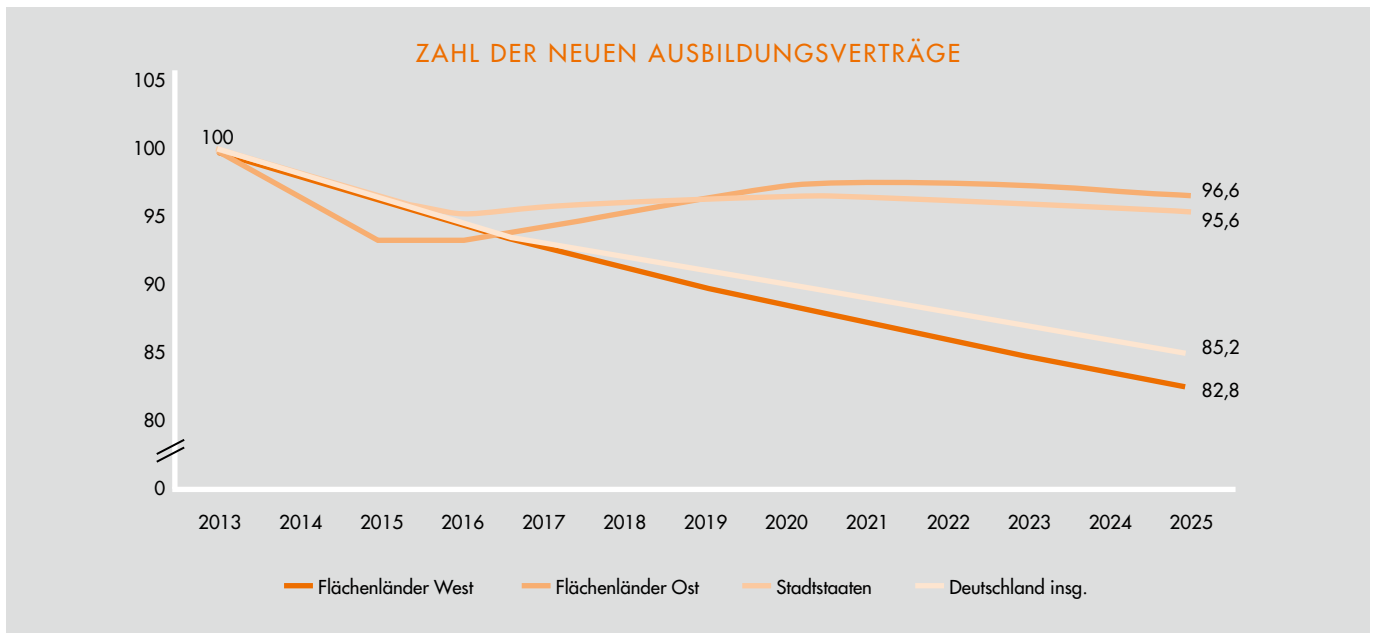


Abbildung 1: Vorausberechnung der Bevölkerung für die 10- bis unter 25-Jährigen (Deutschland; 2013–2025; Indexentwicklung 2013 = 100)
 Lesehilfe: Eine Veränderung von 100 auf 85 Indexpunkte, wie sie hier bundesweit für die Altersgruppe der 10- bis unter 25-Jährigen ausgewiesen wird,
 ist gleichbedeutend mit einem Rückgang der Zahl von Kindern und Jugendlichen in diesem Alter um 15 Prozent.
 Quelle: Statistisches Bundesamt: 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; eigene Berechnungen

Implikationen für Praxisentwicklung und Politikgestaltung

Stellt man sich die Frage nach Zusammenhängen zwischen der demografischen Entwicklung auf der einen Seite und konkreten Schlussfolgerungen für die Handlungsfelder der Jugendsozialarbeit sowie damit verbundene fachpolitische Implikationen auf der anderen Seite, liegen die Antworten nicht gleich auf der Hand, sondern müssen im Rahmen von Praxisentwicklung und Politikgestaltung gegeben werden. Dies ist auf die Heterogenität der Angebote, Arbeitsansätze sowie nicht zuletzt der Zielgruppen zurückzuführen, wenn diese auf verschiedene sozialpädagogische Angebote zur sozialen, schulischen und beruflichen Unterstützung und Integration junger Menschen zielen. Hinzu kommt, dass die demografische Entwicklung zweifelsohne einen relevanten Einflussfaktor auf zukünftige Entwicklungen in den Handlungsfeldern darstellt, aber bei Weitem nicht der wichtigste oder gar der einzige sind. Hinzu kommen beispielsweise Veränderungen in Schule und Beruf sowie bei den einschlägigen Institutionen, die die biografischen Übergänge junger Menschen prägen und ausgestalten. Ferner sind auch politische Entscheidungen über Aufgaben und Funktionen der Angebote der Jugendsozialarbeit sowie fiskalische Ressourcen und rechtliche Rahmungen für die Handlungsfelder zu berücksichtigen.

Und nicht zuletzt muss eine „Demografiestrategie“ für die Kinder- und Jugendhilfe bei aller Orientierung an der Bevölkerungsentwicklung immer auch den Wandel von Lebenslagen

sowie die Veränderungen von Einstellungen bei den Zielgruppen in den Blick nehmen.

Die Auswirkungen demografischer Veränderungen sollten immer erst im Zusammenspiel mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren, aber auch im Horizont von sich verändernden Lebenslagen und -stilen junger Menschen sowie den sich daran anschließenden Aufgaben und Aufträgen und damit verbundenen fachlichen Weiterentwicklungen bewertet werden. Dies lässt sich – ohne hier im Einzelnen darauf eingehen zu wollen – am Beispiel der Schulsozialarbeit¹¹ oder auch des Ausbildungs- und Übergangssystems¹² illustrieren.

Damit dies gelingt, bedarf es nicht allein einer kontinuierlichen differenzierten Beobachtung demografischer Entwicklungen, sondern es braucht auch so etwas wie eine fachpolitische Demografiestrategie für die Jugendsozialarbeit. Hierzu sollte beispielsweise gehören:

- das eigene Selbstverständnis mit Blick auf Veränderungen des Aufwachsens junger Menschen selbst, aber auch der institutionellen Rahmung zu überprüfen und neu zu bestimmen,
- sich der fachlichen und politischen Rolle für die Jugendsozialarbeit zu vergewissern, und zwar einerseits nach innen gerichtet mit Blick auf die Eigenständigkeit als Arbeits- und Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe sowie andererseits nach außen gerichtet hinsichtlich der Schnittstellen zu anderen Agenturen des Erziehungs- sowie Bildungs- und Sozialwesens,

„Der Wandel von Lebenslagen und Politik ist schwer vorauszusagen – aber relevant.“

- in Anbetracht einer Zunahme heterogener soziokultureller und religiöser Milieus die Frage zu stellen, wie man heute oftmals schwieriger zu erreichende Gruppen und Milieus besser ansprechen und Zugänge schaffen kann,
- die Transparenz und Leistungsfähigkeit der aktuellen Finanzierungsstrukturen und Förderpraxis zumindest kritisch zu hinterfragen und hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit zu bewerten,
- die politische Akzeptanz des Feldes über eine bessere Sichtbarkeit durch eine Verbesserung der Datenlage und des Forschungsstandes zu erhöhen. //

Der Autor:

Dr. Jens Pothmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsverbund DJI/TU Dortmund an der Fakultät 12 der Technischen Universität Dortmund in der „Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik“. E-Mail: jpothmann@fk12.tu-dortmund.de

Literatur:

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.) (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin.

BUCHER, Hansjörg (2013): Demografische Entwicklung bis 2025 als Rahmenbedingung für die Kinder- und Jugendhilfe. Herausgegeben von der Sachverständigenkommission des 14. Kinder- und Jugendberichts in der Reihe: Materialien zum 14. Kinder- und Jugendbericht, München.

CICHOLAS, Ulrich; Ströker, Kerstin (2012): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2011 bis 2030/2050. Statistische Analysen und Studien, Band 72. Herausgegeben von Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.) (2013): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 14. Kinder- und Jugendbericht. Drucksache 17/12200, Berlin.

DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.) (2014): Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren (Rentenversicherungsbericht 2014). Drucksache 18/3260, Berlin.

KOMMUNALVERBAND JUGEND UND SOZIALES (Hrsg.) (2010): Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel. Herausforderungen und Perspektiven der Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und deren Familien in Baden-Württemberg – Berichterstattung 2010, Stuttgart.

POTHMANN, Jens (2014): Benachteiligung in Zahlen. Daten-

lage zur Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen. Eine Expertise. Herausgegeben von der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit NRW, Köln.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12 koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011 (Zensusdaten mit dem Stand vom 10.04.2014), Wiesbaden.

Anmerkungen:

¹ Dieser Abschnitt basiert in Teilen auf der Aufarbeitung der Datenlage zur Demografie für das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Expertise für die hiesige Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (vgl. Pothmann (2014), S. 16 ff.).

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2014).

³ Vgl. Statistisches Bundesamt (2009).

⁴ Vgl. Deutscher Bundestag (2014), S. 3.

⁵ Bevölkerungsvorausberechnungen werden nicht allein vom Statistischen Bundesamt erstellt. Daneben werden mitunter von Ländern auch eigene Vorausberechnungen durchgeführt (vgl. z. B. Cicholas; Ströker (2012)). Zusätzlich werden Bevölkerungsvorausberechnungen auch jenseits der amtlichen Statistik durchgeführt, beispielsweise im Rahmen des „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung.

⁶ Vgl. BMFSFJ (2005).

⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (2013), S. 324 ff.

⁸ Bei diesen Berechnungen wird für 2013 der Wert aus der Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde gelegt. Dieser liegt bei 12,3 Mio. jungen Menschen und liegt damit 1 Prozent unter den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung für 2013 auf der Basis des Zensus 2011.

⁹ Vgl. Deutscher Bundestag (2013), S. 80 ff. Die Sachverständigenkommission zum 14. Kinder- und Jugendbericht hat zum Thema „Demografischer Wandel“ gleich auf mehrere Expertisen zurückgegriffen. Diese Beiträge beschäftigten sich einerseits mit Auswertungen zu den demografischen Veränderungen sowie andererseits mit Analysen und Bewertungen zu möglichen Auswirkungen auf die Leistungen und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Expertisen sind seitens des Deutschen Jugendinstitutes 2013 auf der Homepage veröffentlicht worden.

¹⁰ Vgl. auch Bucher (2013).

¹¹ Vgl. u. a. Kommunalverband Jugend und Soziales (2010), S. 85 ff.

¹² Vgl. Deutscher Bundestag (2013), S. 190 ff.



Was bedeutet es für Jugendliche, auf dem Lande aufzuwachsen und welche Zukunftswünsche haben sie? Wie kann die Perspektive der Jugendlichen stärker in das politische Handeln einfließen?

Frank Tillmann und Sarah Beierle

Diesen Fragen geht die von der Beauftragten für die neuen Bundesländer geförderte Studie „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“ des Deutschen Jugendinstituts nach, die dazu Untersuchungen in acht ländlichen Regionen durchführt. In den ausgewählten drei westdeutschen und fünf ostdeutschen Landkreisen wurden Dokumente und Strategiepapiere im Handlungsfeld „Jugend und Demografie“ analysiert und hinsichtlich ihrer jugendpolitischen Ausrichtung ausgewertet. In Experten-/inneninterviews mit lokalen Entscheidungsträgern/-innen aus Politik, Regionalplanung, Verwaltung, Jugendvertretung und Zivilgesellschaft wurden Aufschlüsse über die Wahrnehmung der Belange von Jugendlichen in den Untersuchungsregionen gewonnen. Noch fortlaufend werden die Lebenswelten, Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen selber über Gruppendiskussionen erfasst und abgebildet. In projektbegleitenden Workshops mit jugendpoliti-

schen Akteuren der Kreis-, Landes- und Bundesebene werden dann die Ergebnisse zurückgespiegelt und diskutiert, um auf Basis der vorliegenden Befunde Ansätze für eine jugendgerechte Demografiepolitik zu erarbeiten. Die folgende thesenhafte Darstellung beruht auf Zwischenergebnissen des dreijährigen Projekts, das noch bis Ende 2015 fortgesetzt wird.

Aktuelle demografische und soziale Entwicklungen in den ländlichen Regionen

Zunächst ein Überblick zu den Strukturmerkmalen der ausgewählten Landkreise, die für die Lebenswirklichkeit von Jugendlichen relevant sind: Alle Untersuchungsregionen sind

„Wir werden in vielen Bereichen benachteiligt ...“ – Die Perspektive der Jugendlichen

durch eine starke Abwanderung junger Menschen und eine deutliche Alterung der Bevölkerung geprägt. Das schnelle Schrumpfen und Altern der ländlichen Bevölkerung ist dabei sowohl Ursache als auch Resultat von hochbelasteten kommunalen Kassen. Zum einen sind die Kaufkraft und die Steuereinnahmen durch hohe Arbeitslosigkeit und einen ausgeprägten Niedriglohnsektor sehr gering. Zum anderen müssen hohe Transferleistungen gezahlt werden und die Pro-Kopf-Ausgaben für die Aufrechterhaltung von Infrastruktur sind überproportional hoch.

Für den Jugendbereich bedeutet der Rückgang des Anteils junger Menschen, dass institutionell vorgesehene Mindestzahlen nicht mehr erreicht werden, sodass Schulen zusammengelegt oder geschlossen werden. Jugendclubs schließen und Kommunen können sich ihre Schwimmbäder nicht mehr leisten. Vereine ringen um den jungen Nachwuchs und kommerzielle Angebote wie Diskotheken, Kinos oder Einkaufsmöglichkeiten für Jugendliche sind meist nur noch in den Kreisstädten angesiedelt, während der öffentliche Nahverkehr oftmals lediglich während der Schulöffnungszeiten aufrechterhalten wird. Generell ziehen sich Anbieter kommerzieller Freizeitangebote angesichts sinkender Einwohner-/innenzahlen zuerst aus der Fläche zurück, sodass es dadurch folglich besonders auf die öffentlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Angebote im Freizeitbereich ankommt.

Doch auch in den Kreisstädten richten sich die bestehenden Angebote vermehrt an den Bedürfnissen der älteren Generation aus. Somit verliert die Region für junge Menschen durch die schlechte Versorgungsqualität, das reduzierte Bildungsangebot und die teils unsicheren Arbeitsplatzperspektiven immer mehr an Attraktivität. Solche „Push-Faktoren“ führen insbesondere bei den gut qualifizierten jungen Menschen dazu, dass diese nach Beendigung der Schule die Region verlassen.

Haben solche Entwicklungen lange als „Phänomen Ost“ gegolten, so zeigen sie sich inzwischen vielfach auch in ländlichen Räumen Westdeutschlands, sodass die mit den demografischen Entwicklungen einhergehenden Herausforderungen und deren Bewältigung zu einer gesamtdeutschen Aufgabe geworden sind. Vergleicht man die Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie weitere strukturelle Indikatoren – zum Beispiel die Entfernungen zur nächsten größeren Stadt oder die Dichte des öffentlichen Nahverkehrs –, so ähneln die westdeut-

schen Untersuchungslandkreise oft eher denen in Ostdeutschland als vielen anderen Landkreisen im eigenen Bundesland.

Anliegen der Untersuchung ist es jedoch insbesondere, die Perspektive von jungen Menschen abzubilden. So sehen sich – nach den vorliegenden Befragungsergebnissen – Jugendliche auch selbst hinsichtlich ihrer Bildungs- und Berufsperspektiven, aber auch beim Zugang zu Freizeitangeboten gegenüber der urbanen Jugend deutlich benachteiligt. Sie müssen weite Entfernungen in Kauf nehmen, um (Berufs-)Schulen oder Arbeitsstellen zu erreichen, was sich entsprechend auf ihre verbleibende Freizeit auswirkt. Eine Betätigung in Vereinen, in Angeboten der Jugendarbeit oder gar in Interessensvertretungen geht mit zusätzlichen Fahrzeiten einher. Vielerorts ist der Busverkehr jedoch an den Schülertransport gekoppelt, sodass eine Nutzung in den frühen Abendstunden oder am Wochenende nicht möglich ist. Es fehlt an wohnortnahen Räumen, in denen sie sich mit Gleichaltrigen treffen können. Die vorhandenen Plätze werden oft als heruntergekommen oder für die Altersgruppe wenig ansprechend beschrieben. Zudem wird ihre Präsenz an Treffpunkten im öffentlichen Raum – etwa auf Marktplätzen – von Erwachsenen vielfach per se als störend empfunden, auch wenn von ihnen keinerlei Störungen ausgehen. Auch alternative Wege des Austausches mit Gleichaltrigen über das Internet sind aufgrund des verbreitet unzureichend ausgebauten mobilen Datenverkehrs erheblich eingeschränkt.

„Die Verinselung steigt mit fehlendem sozialem Kapital.“

Im Hinblick auf ihr Verhältnis zu anderen Generationen nehmen die Jugendlichen die stattfindende Alterung der Bevölkerung sehr deutlich wahr. Dies führt in ihren Augen auch dazu, dass der älteren Generation wesentlich mehr Aufmerksamkeit zuteilwird und sich junge Menschen nur schwer Gehör verschaffen können. Von Schule oder Politik würden bestenfalls ihre Wünsche abgefragt, ohne dass daraus konkrete Ergebnisse oder Umsetzungen folgen würden. Zudem würde der Fokus von Angeboten eher auf eine jüngere Altersgruppe gerichtet, indem Jugendclubs die Aufgabe der Betreuung von älteren Kindern zwischen 11 und 13 Jahren übernehmen und somit keine geeigneten Räume für Jugendliche mehr bieten würden. Dem Wunsch nach eigenverwalteten Räumen würde dagegen

„Ältere und Kinder stehen im Fokus der Politik – Jugendliche fühlen sich zunehmend übergangen.“

von Bürgermeister/-innen oder auch Vereinen oder Gemeinden, die über solche Räume verfügen oder darüber entscheiden können, mit großer Skepsis begegnet.

Wie stark der einzelne Jugendliche von diesen Benachteiligungen betroffen ist, steht in Abhängigkeit zu seinen persönlichen Ressourcen. Verfügen junge Menschen über die Unterstützung in der Familie oder durch einen breiten Freundeskreis, so können sie bspw. Mobilitätshemmnisse besser überwinden, indem sie sich zu entsprechenden Orten fahren oder mitnehmen lassen. Oder aber sie werden finanziell unterstützt und können sich ein Mofa und Benzin oder ggf. Taxifahrten leisten. Ist dieses soziale und finanzielle Kapital jedoch nicht vorhanden, so verstärken sich die sozialen Benachteiligungen aufgrund des abgelegenen Wohnorts und es steigt die Gefahr der Verinselung, da Gleichaltrige und Freizeitangebote von Vereinen bzw. der Jugend(sozial)arbeit kaum oder gar nicht erreicht werden können.

Auf dem Land stehen alle Jugendlichen vor der Frage: gehen oder bleiben?

Die jungen Menschen haben sich schon frühzeitig damit beschäftigt, ob sie in der Region bleiben oder diese verlassen wollen. Diese Entscheidungen hängen zum einen mit der wahrgenommenen Lebensqualität, aber auch mit den beruflichen Plänen der Jugendlichen zusammen. Wir haben bei unseren Gruppendiskussionen fünf Typen solcher Mobilitätspräferenzen herauskristallisieren können:

- Ein erster Typ hat sich aufgrund der wahrgenommenen schlechten Lebensqualität schon frühzeitig dazu entschlossen, die Region so schnell wie möglich zu verlassen.
- Ein zweiter Typ bezieht die niedrige Lebensqualität vorrangig auf die starken Mobilitätseinschränkungen, die sich mit dem 18. Lebensjahr und einem eigenen Auto auflösen würden. Insofern müsste die Jugendzeit lediglich „durchlitten“ werden, danach würde sich die Situation deutlich verbessern und die Lebensqualität so ansteigen, dass man in der Region bleiben wolle.
- Eine dritte Gruppe hat sich mit den Bedingungen vor Ort arrangiert, identifiziert sich mit der Region und kann sich einen Fortzug nicht vorstellen.
- Auf der anderen Seite gibt es aber auch zwei Typen, die sich aus sozial äußerst interaktiven Jugendlichen zusam-

mensetzen. Diese Jugendlichen verfügen über einen großen Freundeskreis, nehmen verschiedenste Freizeitangebote wahr und sind zudem noch in Vereinen bzw. ehrenamtlich engagiert. Ein Teil dieser Aktiven fühlt sich regional so stark eingebunden, dass sie auch weite Fahrzeiten in Kauf nehmen, um am Wohnort verbleiben zu können.

- Andererseits sind es aber auch die sozial Aktiven, die gerne den Wohnort verlassen wollen, um neue Erfahrungen zu sammeln und ein Studium oder eine Ausbildung in einer neuen Stadt zu beginnen.

Handlungsbedarfe für die kommunale Jugendpolitik

Die Perspektive der Jugendlichen kann vor dem Hintergrund des gesammelten Interviewmaterials nun mit der Perspektive der lokalen Entscheidungsträger/-innen kontrastiert werden. Aus Sicht der jugendpolitischen Akteure der lokalen Ebene sind die Bedürfnisse und Bedarfe Jugendlicher kaum im Bewusstsein politischer Handelnder außerhalb des Jugendbereichs verankert. Da die Zuständigkeit für Jugend auf verschiedenen administrativen Ebenen (Kommunal-, Kreis-, Landes- und Bundesebene) liege, Jugendpolitik auf Langfristigkeit angelegt sei und dem politischen Denken in Legislaturperioden entgegenstehe, würde diese kaum kontinuierlich verfolgt oder nur symbolisch betrieben. Die eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten schmälern aber zugleich auch die Möglichkeit, dass junge Menschen sich aktiv einbringen können und ihr Lebensumfeld als gestaltbar wahrnehmen. Somit wird Jugend als eine entscheidende Schlüsselgruppe für die Vitalität und die zukünftige Entwicklung einer Region oftmals verkannt.

„Jugend wird nicht als Schlüsselgruppe zur regionalen Entwicklung erkannt.“

Die Auswertungen der Dokumentenanalysen weisen darauf hin, dass in den besonders finanzschwachen Untersuchungsregionen ein starkes und mitunter ausschließlich reaktives Programmengagement stattfindet, was sich in einer umfangreichen Teilnahme an Landes- und Bundesprogrammen ausdrückt, durch die zusätzliche Fördergelder eingeworben werden. Diese Programme zielen vorwiegend auf quantitative Strategien ab, indem Angebote für Jugendliche gesichert bzw. ausgebaut werden sollen. Qualitative Strategien, die darauf ausgerichtet sind, den sozialen Zusammenhalt zu stärken oder

„Die Regionen müssen eigenständige jugendpolitische Strategien entwickeln.“

durch strategische Vernetzung vorhandene Ressourcen besser zu nutzen, finden sich dagegen stärker in solchen Landkreisen, die fernab von Modellprogrammen basierend auf Regionalanalysen eigene Leitbilder und Initiativen für Jugendliche entwickeln.

Die Strategie, durch Teilnahme an Modellprogrammen zusätzliche Gelder zu akquirieren, hängt auch damit zusammen, dass Jugendarbeit als kommunale Aufgabe, die in angemessener Höhe ausgestattet sein sollte, in der Regel drastisch unterfinanziert ist. Der anhaltende Rückgang der Zahl junger Menschen setzt den Jugendhilfebereich zusätzlich unter einen hohen Legitimationsdruck. Entsprechend der haushaltspolitischen Logik brauchen weniger Jugendliche auch proportional weniger Schulen, Sporthallen und Sozialpädagogen/-innen. Allerdings könnte auch andersherum argumentiert werden, dass bei einer schrumpfenden Menge junger Menschen die Jugendarbeit intensiviert werden müsste, um die fehlenden Kontexte herzustellen, in denen sich gleichaltrige Peergroups begegnen können.

Um einer „Projektitis“ im Jugendbereich entgegenzuwirken, die sich auch negativ auf die Kontinuität von pädagogischen Fachkräften als Ansprechpartner/-innen für Jugendliche auswirkt, sollten in den Regionen eigenständige Konzepte und Strategien entwickelt werden, um den demografischen Veränderungen proaktiv und gestaltend zu begegnen. Hierfür sollten Akteure der Jugendarbeit bzw. der Jugendsozialarbeit in Bezug auf die Bedeutsamkeit ihrer Arbeit im ländlichen Raum deutlicher erkennbar werden. Ein Weg hierfür ist bspw. die Nutzung der politischen Gremien – wie etwa der Jugendhilfeausschuss. Zudem muss der gesetzliche Auftrag, die Jugendsperspektive in einer aktuellen Jugendhilfeplanung konsequent zu berücksichtigen, umgesetzt werden – doch leider liegt Letztere in vielen Landkreisen z. T. seit vielen Jahren brach.

Darüber hinaus sollte ein fachlicher Austausch zur Jugend(sozial)arbeit im ländlichen Raum gestärkt werden mit den besonderen Herausforderungen, die durch die räumlichen Distanzen bestehen. Geschieht dies nicht, so laufen die Regionen Gefahr, dass der eigentliche Bedarf an Angeboten unartikuliert bleibt, da die Jugendlichen den vorhandenen fernbleiben. Oftmals werden Programme oder Modelle der Städte eins zu eins auf ländliche Räume übertragen, ohne dass die strukturellen Besonderheiten – insbesondere Mobilitätsbarrieren – berücksichtigt würden.

Insofern gilt es, Angebote zu unterbreiten, die auf den Interessen der Jugendlichen beruhen und dabei auf ihren Tages- und Wochenablauf abgestimmt und ohne größeren Aufwand zu erreichen sind. Um den Zugang sicherzustellen, gilt es, Abhol-services zu stärken und zu finanzieren, Fahrtkosten bei Pro-

grammen und Projekten konsequent einzurechnen und – falls die Erreichbarkeit nicht gewährleistet ist – Formen von mobiler Jugendarbeit zu entwickeln. Zudem sollten die Räumlichkeiten und das Gelände von Schulen, aber auch Einrichtungen vor Ort (z. B. Gemeindehäuser) stärker gemeinschaftlich genutzt und den Jugendlichen teils selbstverwaltete Räume zur Verfügung gestellt werden.

Der Jugendsozialarbeit kommt insbesondere die Aufgabe zu, sozial schwache Jugendliche, die aufgrund ihres peripher gelegenen Wohnortes doppelt benachteiligt sind, zu unterstützen und auf Teilhabe hinzuwirken. Durch niedrigschwellige Angebote, die der Medien- und Internetaffinität Jugendlicher entgegenkommen, sollten diese darin unterstützt werden, sich mit ihrer Region auseinanderzusetzen und ihre Bedarfe zu artikulieren. Andererseits muss Politik die Möglichkeit des tatsächlichen Einmischens von Jugendlichen aber auch durch eine faktische Machtdelegierung an Jugendliche unterstützen. Schlussendlich geht es darum, die Lebensqualität für junge Menschen zu verbessern, sodass sich jede/-r Jugendliche/-r zu gegebener Zeit frei von Exklusionsbefürchtungen dafür entscheiden kann, in einer Region zu bleiben, diese zu verlassen oder ggf. später wieder dorthin zurückzukehren. Die Wahrscheinlichkeit für einen Verbleib oder eine Rückkehr in die Region wird jedoch nur dann steigen, wenn junge Menschen ihr Lebensumfeld als gestaltbar und lebenswert wahrnehmen. //

Die Autoren/-innen:

Frank Tillmann ist wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut (DJI). E-Mail: tillmann@dji.de

Sarah Beierle ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut (DJI). E-Mail: beierle@dji.de

Weitere Informationen zur Studie finden Sie auf: www.dji.de/jugendimblick



Mobilität und Benachteiligung:

Wie können transnationale Erfahrungen Ausbildungs- und Arbeitschancen junger Menschen verbessern?

Trotz des erklärten Ziels der Europäischen Kommission, den Anteil von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den transnationalen Maßnahmen zu erhöhen, bleiben Auslandserfahrungen weiterhin eher den bessergestellten jungen Menschen vorbehalten.

Katrin Weihmann

Für viele, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene mit sozialen oder persönlichen Benachteiligungen, die sogenannten „NEETS“ („Not in education, employment or training“), bleiben internationale Mobilität und Auslandsaufenthalte unerreichbar. Aus den Erfahrungen transnationaler Projekte wird jedoch deutlich, dass Auslandsaufenthalte in besonderer Weise gerade (aus-)bildungsbenachteiligte Jugendliche durch alternative Erfahrungen in einem ungewohnten Umfeld nicht nur im Bereich des Selbstwerts stärken, sondern helfen, resignative Grundhaltungen zu überwinden und Alltagskompetenz zu steigern. Zudem wirken sie sich positiv auf die Stabilisierung von Arbeits- und Sozialverhalten aus.

Aufgrund des organisatorischen Aufwandes und der Notwendigkeit, über geeignete Kontakte im Ausland zu verfügen, übersteigt die Umsetzung transnationaler Aktivitäten i. d. R. die Möglichkeiten einzelner Träger bzw. Projekte.

Mit „Fit in Europe“ neue Wege gehen

Hier knüpft das Projekt „Fit in Europe“ an, das vom Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz gefördert und vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. umgesetzt wird. „Fit in Europe“ ist ein Teil der rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktpolitik und arbeitet mit Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für junge Erwachsene zusammen.

Seit Ende 2012 ermöglicht dieses Projekt jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren mit sozialen Benachteiligungen und ohne konkrete Arbeitsmarktperspektive einen Auslandsaufenthalt in Frankreich oder Spanien. Hierbei wird jeweils mit einer Aufnahmeorganisation in Marseille und León zusammengearbeitet. „Fit in Europe“ geht davon aus, dass junge Menschen mit multiplen Problemlagen und sozialen Benachteiligungen besonders von einer solchen Mobilitätserfahrung profitieren, auch wenn ein solcher Auslandsaufenthalt schwieriger umzusetzen ist. Im Rahmen des Projektes wurde ein transnationales Modul erarbeitet, das ein Vorbereitungstraining, einen vierwöchigen Auslandsaufenthalt einschließlich drei Wochen Praktikum in individuell ausgewählten Betrieben sowie eine Nachbereitung umfasst.

Wer ist dabei? – Akquise und Auswahl der Teilnehmenden

Die Teilnehmenden stehen zu jeder Zeit des Projektverlaufes im Mittelpunkt. Ausgehend davon, dass nicht jede/-r für ein trans-

nationales Mobilitätsprogramm geeignet ist bzw. sich aktuell in einer Phase befindet, in der die Teilnahme an einem solchen Programm zu empfehlen ist, liegt ein besonderes Augenmerk auf der gezielten und sorgfältigen Auswahl, der Vorbereitung und Betreuung der Teilnehmenden. Die Mitarbeitenden von „Fit in Europe“ stellen das Projekt, seine Ziele und Inhalte bei Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Rheinland-Pfalz vor. Die kooperierenden Träger informieren Teilnehmende ihrer Maßnahmen über das Angebot und konkretisieren mit einzelnen jungen Menschen ihr Interesse an „Fit in Europe“. Bei der Erstellung der Bewerbungsunterlagen (hierzu zählen u. a. Lebenslauf und Motivationsschreiben) findet die erste Einstimmung auf den Prozess statt, der die drei Module Vor- und Nachbereitung sowie Auslandsaufenthalt umfasst.

Außer der Altersgrenze von 18 bis 25 Jahren und der Notwendigkeit, dass die jungen Menschen an einer arbeitsmarktpolitischen, ESF-geförderten Maßnahme in Rheinland-Pfalz teilnehmen und keine akute Drogen- oder strafrechtliche Problematik vorliegt, gibt es keine Ausschlusskriterien. Insbesondere Fremdsprachenkenntnisse werden nicht vorausgesetzt. Seit 2012 haben 46 junge Menschen an „Fit in Europe“ teilgenommen, 39 entschieden sich nach der Teilnahme an der Vorbereitung für den Auslandsaufenthalt und traten diesen auch an. Größtenteils haben die Teilnehmenden Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe 2, meist ohne anschließende berufliche Ausbildung. Es handelte sich um 19 Frauen und 27 Männer. Die Mehrheit aller Teilnehmenden war 20 bzw. 21 Jahre alt.

Begleitung ermöglichen – Vorbereitung, Sprache und Interkulturalität

Das erste Modul des transnationalen Projektes ist die Vorbereitung, zu der bis zu acht Teilnehmende aus unterschiedlichen Orten in Rheinland-Pfalz eingeladen werden, um eine Woche gemeinsam in einem speziell konzipierten Training zu arbeiten. Die Teilnehmenden werden auf die ihnen bevorstehende interkulturelle Erfahrung vorbereitet. Hierzu gehört der Erwerb von grundlegenden Fremdsprachenkenntnissen, das Lernen über die neue und eigene Kultur sowie die interkulturelle Sensibilisierung.

Zusätzlich findet eine praktische Vorbereitung auf den Auslandsaufenthalt statt. Da viele Teilnehmende sich durch eine geringe Mobilität und Selbstständigkeit auszeichnen, findet das Vorbereitungstraining explizit nicht am Wohnort der Teilnehmenden statt, sodass sich die jungen Erwachsenen bereits jetzt in einer für sie fremden Umgebung mit zu Beginn unbekanntem Menschen zurecht- und einfinden müssen. Daneben stehen im



Training ebenso praktische Übungen im Vordergrund (wie zum Beispiel Orientierung auf einem Flughafen), aber auch Fragen zu Alltag und Selbstorganisation inklusive Finanzen und Wohnsituation. In den letzten Projektjahren wurde deutlich, dass die Vorbereitungswoche nachweislich dazu führt, dass sich Sorgen und Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Auslandsaufenthalt sowie Sprachbarrieren verringern. Darüber hinaus dient sie der Identitätsentwicklung und -stärkung: Der Unterschied zum Maßnahmenalltag, die Beziehung zum Trainer/-innenteam, die angewandten (u. a. gruppenspezifischen) Methoden sowie die Konstellation der Gruppe führen zu motiviertem Mitarbeiten und einer persönlichen Öffnung bei allen Beteiligten.

Dies zeigt sich auch im Feedback der Teilnehmenden, so antwortet zum Beispiel ein junger Mann nach der Vorbereitungszeit: „Was mich antreibt, jetzt mitzufahren? Etwas mal aus meinem Leben zu machen. Es mir selbst und allen anderen zu zeigen, dass ich es kann, wenn ich will.“

Während des Aufenthalts im Ausland werden die jungen Erwachsenen vier Wochen von der Aufnahmeorganisation vor Ort betreut und je nach persönlichem Interesse in entsprechende Praktika vermittelt. Neben der Zeit im Praktikumsbetrieb sind Exkursionen und ein soziokulturelles Programm vorgesehen.

Junge Menschen im Rahmen einer Qualifizierung ins Ausland zu schicken, bedeutet also keineswegs die Finanzierung eines Urlaubs mit gelegentlichen praktischen Übungen. Lernen im Ausland findet auf einem anspruchsvollen Niveau statt. So er-

möglicht vor allem der Lernort „ausländischer Betrieb“ Erfahrungen, die das Inland nicht bietet. Aber auch die Bewältigung der vielfach neuen Umgebung (Wohnen, Fahrt zum Arbeitsplatz etc.) gehört dazu. Speziell für die Zielgruppe von „Fit in Europe“ steht allerdings die Persönlichkeitsentwicklung im Vordergrund. Das Auslandspraktikum fördert ihre Personal- und Selbstkompetenz, die u. a. Selbstständigkeit, Selbstvertrauen, Eigeninitiative, Flexibilität, Kritikfähigkeit sowie Teamfähigkeit umfassen.

Nachbereitung – persönliche Baustellen und innere Handbremsen (weiter) lösen

Im Anschluss an den Auslandsaufenthalt findet eine Woche nach der Rückkehr der Teilnehmenden eine dreitägige Nachbereitung statt. Die Teilnehmenden kehren mit einer sehr hohen Motivation für die Gestaltung der eigenen beruflichen Zukunft zurück. Um diese Motivation zu nutzen, ist eine intensive Begleitung am Ende des Projektes bei den jeweiligen Trägern unabdingbar. Die Nachbereitung, zu der auch die Ansprechpersonen der Teilnehmenden aus den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eingeladen werden, wird zur Vorbereitung auf die Vermittlung in Arbeit, Ausbildung, Schule oder Nachholen des Schulabschlusses usw. genutzt. Es ist an dieser Stelle sinnvoll und notwendig, die Jobcenter bzw. Agenturen für Arbeit aktiv einzubinden.

„Mobilität ist mehr als Verreisen!“

Diese Phase ist wesentliche Voraussetzung für eine langfristige, stabile Nutzung der Effekte und Wirkungen aus der transnationalen Erfahrung. Es gilt hier insbesondere den ersten „Rückfall“ in den familiären, sozialen und institutionellen Alltag individuell zu reflektieren, weitere Strategien für konkrete Vorhaben zu erschließen und einen positiven nachhaltigen Nutzen aus der Erfahrung zu ziehen. Abschließend erhalten die Teilnehmenden ein Zertifikat, ein Praktikumszeugnis sowie den Europass Mobilität. Diese sind für sie bei der zukünftigen Arbeitsmarktintegration häufig von großem Vorteil.

Verbesserung der Chancen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Die transnationale Mobilitätserfahrung trägt für die Teilnehmenden zum Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen und wichtiger Schlüsselqualifikationen bei. Sie kehren mit einer unglaublichen Bandbreite an neuen Erfahrungen, aber auch Kompetenzen wie Selbstorganisation, Eigenverantwortlichkeit und Selbstmotivation – um nur einige zu nennen – zurück. Die jungen Erwachsenen, die in der Regel nur wenige formale Qualifikationen und schlechte Aussichten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben, erhalten neue Perspektiven.

Die Erfahrung im Ausland bietet ihnen oftmals eine verstärkte Anerkennung. Der Kontextwechsel birgt für sie die Möglichkeit, in einer völlig anderen Umgebung neu zu beginnen – ohne eine belastende Geschichte oder Vergangenheit: „Besonders gut hat mir gefallen, einfach fremd in einem Land zu sein, in dem mich keiner kennt.“ Die jungen Erwachsenen repräsentieren im Ausland Deutschland und werden nicht spezifisch oder vorrangig als benachteiligt wahrgenommen. Dies befähigt sie zu anderem Handeln und Wachsen. Viele Teilnehmende berichten, dass die Teilnahme an „Fit in Europe“ ihr Leben zum Teil stark beeinflusst hat. Sie beschreiben diese Zeit als intensive Erfahrung – die Dinge um sie herum sehen sie nun mit anderen Augen. Dies ist kein Prozess, der leicht und reibungslos abläuft, nicht selten ist es eine intensive, aber manchmal auch verwirrende Erfahrung. Dennoch ist es für die Mehrheit ein positiver Prozess. „Ein Perspektivenwechsel erhöht das Glücksempfinden.“

Nach dieser Mobilitätserfahrung treffen sie neue Entscheidungen in ihrem Privat-, Bildungs- und Arbeitsleben. Ihr Engagement und ihre Eigeninitiative, jetzt durchstarten zu wollen, sind gestärkt. Ganz allgemein zeigen sich bei vielen Teilnehmenden gestiegene Bewerbungsbemühungen sowie auch realere Vorstellungen von der zukünftigen Ausbildungs- oder Ar-

beitsperspektive. „Ich habe über mich selbst gelernt, dass ich mehr kann als gedacht.“

Die Voraussetzung des erfolgreichen Gelingens ist die intensive Kooperation zwischen allen beteiligten Akteuren. Bisher hat es sich zur Vorbereitung und erfolgreichen Teilnehmendenakquise im Projekt bewährt, wenn die Fachkräfte der kooperierenden Träger bei den Aufnahmeorganisationen und vor Ort in Marseille und León waren, um sich selbst ein konkretes Bild über die Lage und Anforderungen machen zu können. Eine strategische transnationale Vernetzung ist daher nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.

Wirkungen, Nachhaltungen, Perspektiven

„Fit in Europe“ betritt ein Terrain der internationalen Jugendmobilität, das bisher wenig beschrieben und bearbeitet ist. Nahezu bei allen bisherigen Teilnehmenden können sichtbare Selbstwertsteigerungen verzeichnet werden, die sich nicht nur in einer veränderten Körperhaltung niederschlagen, sondern auch zu deutlichen Motivationsschüben führen. Entgegen bisheriger Bildungserfahrungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen konnten der Abbau von fatalistischen (Trägheits-)Haltungen, die Reflexion von fremdbestimmten Erwartungshaltungen, eine Steigerung von Lernbereitschaft und -fähigkeit in bisher undenkbarem Umfang (Fremdsprache, Autonomie, Sozialverhalten u. a.), Fremdheitstoleranz, Durchhaltevermögen und verschiedene andere Einstellungen und Fähigkeiten sichtbar gesteigert werden. Dies wird z. B. deutlich durch die Aussage eines Teilnehmenden: „Ich habe über mich gelernt, zu was ich alles fähig bin, wo meine Grenzen sind und wie ich mit ihnen umgehe.“

Die Erfahrung, aufgrund der eigenen persönlichen Leistung eine Herausforderung, wie sie „Fit in Europe“ ermöglicht, gemeistert zu haben, und die hierdurch wahrgenommene Selbstwirksamkeit und Selbstbefähigung sind maßgebliche Erfolge für jede/-n einzelnen Teilnehmende/-n. Der Aufwand ist zweifellos größer als in üblichen Mobilitätsprogrammen. Mit Projekten wie „Fit in Europe“ kann jedoch eine Zielgruppe einbezogen werden, die bisher kaum erreicht wurde – eine Zielgruppe, die von dieser Art von Programmen mehr als von anderen und mehr als andere profitiert. //

Die Autorin:

Katrin Weihmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (www.ism-mainz.de) und Projektleiterin von „Fit in Europe“. E-Mail: katrin.weihmann@ism-mainz.de



Ausbildungs- mobilität in Europa

Europa will die berufliche Bildung stärken und der Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig entgegentreten. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und wachsende Ausbildungsmobilität können dazu beitragen.

Ulrike Wissner

Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 und ihre negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Mitgliedstaaten bestimmen auch heute noch die politische Agenda der EU. Die Europa-2020-Strategie als wichtigster Fahrplan zur Bekämpfung der Negativentwicklung nimmt neben der Globalisierung und dem Klimawandel aber auch die Alterung der Bevölkerung als Herausforderung in den Blick. Denn – so zeigen Untersu-

chungen – 75 Prozent der Regionen in der EU sind durch den demografischen Wandel, insbesondere durch die Abwanderung junger Menschen und eine schnelle Zunahme der älteren Bevölkerung betroffen. Demgegenüber verzeichnen die 25 Prozent prosperierenden Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte einen Bevölkerungszuwachs durch Einwanderung, der auf Kosten der ländlichen Räume geht.


Grenzüberschreitende Mobilität – eine Antwort auf die Jugendarbeitslosigkeit?

Fachkräftesicherung in Europa ist das Gebot der Stunde, was ein gemeinsames Verständnis über moderne und qualitative Bildungs- und Berufsbildungssysteme erfordert. Als eine der Leitinitiativen der EU-Wachstumsstrategie sollte „Jugend in Bewegung“ die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten in Verbindung mit der Erleichterung des Zugangs junger Menschen zum Arbeitsmarkt unterstützen. Außerdem sollte die grenzübergreifende Mobilität zu Bildungszwecken von Schülern/-innen, Studierenden und Auszubildenden gestärkt werden. Im November 2011 einigten sich die Bildungsminister und -ministerinnen der EU sogar auf eine Mobilitätsbenchmark: Bis zum Jahr 2020 sollen 6 Prozent der 18- bis 34-Jährigen in der beruflichen Bildung mindestens zwei Wochen zu Ausbildungs- oder Qualifizierungszwecken im Ausland verbracht haben. Eine erste Zwischenevaluation ist für 2015 vorgesehen. Spannend wird die Frage sein, ob sich angesichts der hohen Jugendarbeitslosenquoten die grenzüberschreitende Mobilität als Teil der Lösung darstellt.

Auf die dramatische Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit antwortete die Europäische Union mit einer Reihe von Politikinitiativen, die die Mitgliedstaaten unterstützen sollen, dieser Krisensituation Herr zu werden. Neben der finanziellen Unterstützung aus den Europäischen Strukturfonds ist hier besonders die EU-Jugendgarantie zu nennen. Sie empfiehlt den Staaten, Strukturreformen im Bereich der beruflichen Bildung und Arbeitsmarktintegration durchzuführen, um jungen Menschen perspektivisch Ausbildungs- und Beschäftigungswege anzubieten, bevor diese vier Monate arbeitslos sind. Kurzfristig sollte diesem Ziel in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit auch mit Übergangsmaßnahmen Rechnung getragen werden.

Was bringt die EU- Jugendgarantie?

Die Vermittlung beruflich verwertbarer Fähigkeiten an junge Menschen ist ein zentrales Anliegen der EU-Jugendgarantie. Es werden Strukturreformen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung vorgeschlagen, die dazu führen sollen, dass jungen Menschen die Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt werden, die Arbeitgeber nachfragen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften soll damit stimuliert werden.



*„Erstmals gibt es eine
konzertierte Aktion für
die berufliche Bildung
in Europa.“*

Für Schulabbrecher/-innen und geringqualifizierte junge Menschen sollen Wege zurück in das System der allgemeinen und beruflichen Bildung ermöglicht werden, gerade auch über Angebote des zweiten Bildungsweges. Programme sollen Lernumfelder anbieten, die den besonderen Bildungserfahrungen und -bedürfnissen dieser Zielgruppen entsprechen und die es ihnen ermöglichen, zuvor nicht erreichte Qualifikationen zu erwerben und zu beruflich verwertbaren Abschlüssen zu kommen.

Auch die Förderung der beruflichen Mobilität ist ein Handlungsfeld der EU-Jugendgarantie. Junge Menschen sollen über Arbeitsangebote, Praktika und Ausbildungsstellen sowie mögliche Unterstützungen in anderen Regionen und Ländern informiert werden, zum Beispiel durch Angebote und Programme, die die Menschen zur Mobilität und zur Arbeit innerhalb der Union ermutigen. Dabei sollte sichergestellt werden, dass eine angemessene Unterstützung zur Verfügung steht, um jungen Menschen, die eine Arbeitsstelle in einer anderen Region oder einem anderen Mitgliedsstaat finden, bei der Integration in ihr neues Umfeld zu helfen. Sieht man sich die verschiedenen Umsetzungspläne für die EU-Jugendgarantie an, so führte ein Viertel der 21 Mitgliedstaaten das Angebot transnationaler Ausbildung und Lernen für junge Menschen als Bestandteil nationaler Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme an.

Arbeitsplatzbezogenes Lernen im In- und Ausland stärken

Die berufliche Aus- und Weiterbildung hat eine neue Aufmerksamkeit erhalten. Der Bildungsmonitor der EU aus dem Jahr 2014¹ bestätigt dies. Auch hier heißt es, dass berufliche Bildung und Ausbildung sowie arbeitsplatzbezogenes Lernen eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und beim Übergang in den Arbeitsmarkt spielen könnten, aber nur bei 27 Prozent der jungen Menschen, die derzeit in der beruflichen Bildung sind, werden Schule und Arbeitsplatz kombiniert, einschließlich der betrieblichen Ausbildung.

Dass eine hochwertige Form der betrieblichen Berufsausbildung grundsätzlich von großer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung ist und nicht nur ein Mittel zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit darstellt, diese Überzeugung wächst. Die betriebliche Ausbildung und ihre Akzeptanz und Anerkennung bieten möglicherweise auch einer wachsenden Gruppe von jungen Menschen mehr Chancen als die traditionellen Systeme. Bewusstseinsbildung sowohl mit Blick auf junge Menschen selbst, auf Eltern, aber gerade auch hinsichtlich der notwendigen Partner für die Etablierung einer betrieblichen Ausbildung ist eine wichtige Aufgabe in den Umsetzungsplänen der EU-Jugendgarantie.

Dazu beitragen soll auch die „Europäische Ausbildungsallianz“, die im Juli 2013 in Leipzig ins Leben gerufen wurde, um für den europaweiten Auf- bzw. Ausbau betrieblicher Ausbildungssysteme wie der dualen Berufsausbildung zu werben, und die Reformer der Ausbildungssysteme in den Mitgliedstaaten unterstützen will.²

Für diese bisher in der Geschichte der EU nie dagewesene konzentrierte Aktion für die berufliche Bildung sind insbesondere die Entscheidungsträger und Fachkräfte der beruflichen Bildung gefragt, sich in der grenzübergreifenden Ausbildungszusammenarbeit zu engagieren. Grenzübergreifende Zusammenarbeit und Peer Learning sind wichtige unterstützende Maßnahmen bei der Modernisierung der nationalen beruflichen Bildungs- und Ausbildungssysteme. Voraussetzung der Zusammenarbeit sind dabei das gegenseitige Verständnis und der Respekt für die unterschiedlichen bildungspolitischen Traditionen der beteiligten EU-Staaten.

Praktikums- und Ausbildungsstellen als Angebote für junge Menschen sollen auch in das Europäische Netzwerk der Arbeitsvermittlungsstellen aufgenommen werden. Unter der Initiative „Dein erster EURES-Arbeitsplatz“ wurden bisher junge Menschen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einem Job in anderen Ländern unterstützt. Dies soll jetzt auf Ausbildungs- oder Praktikumsplätze ausgeweitet werden.

Die deutsche Bundesregierung formuliert die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit junger Erwachsener durch Stärkung betriebsintegrierter Ausbildungselemente in der Europäischen Union sowie die Deckung des Fachkräftebedarfs der deutschen Wirtschaft im In- und Ausland als strategische Ziele³ ihrer internationalen Zusammenarbeit. Auch die Bundesländer engagieren sich verstärkt in einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Bildungs- und Berufsbildungsbereich, insbesondere in Grenzgebieten und europäischen Regionen. Auch hier gilt es, die Chancen der entstehenden regionalen europäischen Arbeits- und Bildungsräume für junge Menschen zu nutzen.

Programme wie Mobipro „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus Europa“ des Bundes, grenzüberschreitende Ausbildungsangebote der Industrie- und Handelskammern in Grenzregionen oder die Unterstützung bilateraler beruflicher Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Länder wollen Ausbildungsperspektiven für junge Menschen aus anderen EU-Staaten bieten, die aufgrund der angespannten Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation in ihren Heimatländern nur wenig berufliche Perspektiven haben. In der Regel nehmen diese Programme aber nicht die gesamte Lebenssituation der jungen mobilen Menschen in den Blick. Wenn „Chancen eröffnen“ ein Anliegen der Maßnahmen ist, braucht es auch eine Aufnahme- und Willkommenskultur, die

„Ausbildungsmobilität muss Bildung, Orientierung und Persönlichkeitsstärkung ermöglichen.“

sich als Mindeststandard u. a. an der Europäischen Qualitätscharta für Mobilität von 2006 orientieren sollte:

- Es ist auf den persönlichen Lernweg, die Qualifikation und die Motivation der Teilnehmer/-innen einzugehen und es müssen Verbesserungen und Ergänzungen möglich sein.
- Mentoringssysteme müssen gewährleisten, dass den Teilnehmern/-innen während ihres gesamten Aufenthalts Personen mit Rat und Tat zur Seite stehen und die Integration der jungen Menschen im Blick steht.
- Auch bei der Wiedereingliederung in ihr Herkunftsland sollten die Teilnehmer/-innen insbesondere dazu beraten werden, wie sie ihre während des Auslandsaufenthalts erworbenen Fähigkeiten nutzen können und Hilfe bei der Wiedereingliederung erhalten.

Ein Blick in die Grenzregionen

Was die demografische Entwicklung, die Fachkräftesicherung und die notwendige Bildungs- und Beschäftigungsmobilität der EU im Großen abstrakt erscheinen lässt, kann sich in den Grenzregionen für junge Menschen sehr konkret darstellen. Ein Beispiel ist die Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie – Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Im Zusammenhang mit den politischen Herausforderungen der Schaffung eines Arbeitsmarktes in der Großregion und der Suche nach grenzüberschreitenden Antworten zeigt die demografische Entwicklung folgendes Bild: In der Gruppe der 20-Jährigen wird die Zahl bis 2040 nur in Luxemburg und Wallonien steigen – das zeigen die Statistiken der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle –, sie wird in allen anderen Regionen stagnieren (Lothringen, deutschsprachige Gemeinde) oder stark zurückgehen (Saarland, Rheinland-Pfalz). Sieht man sich dagegen die Jugendarbeitslosenzahlen an, so sind diese am höchsten in Wallonien (32,8 Prozent), Lothringen (27,5 Prozent) und Luxemburg (15,3 Prozent).

Die jugendpolitisch Verantwortlichen der Regionen haben sich vor diesem Hintergrund in den letzten zwei Jahren mit Aspekten der Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit Jugendlicher in der Großregion befasst. Eine längerfristige Strategie soll dabei auch den Austausch von Jugendlichen und Fachkräften der Jugendarbeit sowie des Dialogs im Jugendbereich in der Großregion fördern und das Zusammenwirken von Jugendarbeit und Arbeitsmarktpolitik zugunsten junger Menschen verbessern.

Das Ziel der Jugendhilfe liegt darin, Kindern und jungen Menschen frühzeitig die Möglichkeiten und Chancen einer Großregion zu vermitteln und junge Menschen nicht nur als potenzielle

Arbeitskräfte zu betrachten. Deshalb setzt sich die Jugendarbeit dafür ein, bei den jungen Menschen ein Bewusstsein dafür zu wecken, dass sie in der Großregion in einem international geprägten Raum leben, der viele Möglichkeiten bietet. Die Politik sollte die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass junge Menschen im grenzübergreifenden Zusammenspiel die notwendigen Kompetenzen erwerben (Mehrsprachigkeit, Mobilität, Schlüssel- und Handlungskompetenzen) und diese durch den formalen Bildungsbereich und die Wirtschaft anerkannt werden.

Die Verantwortung der Jugendsozialarbeit

Mobilitätsbereitschaft und Mobilitätsmöglichkeiten in Europa werden mehr und mehr die Zukunftschancen junger Menschen bestimmen – wer jung und mobil ist, hat gute berufliche und persönliche Perspektiven. Benachteiligte junge Menschen sind heute noch immer eine vernachlässigte Zielgruppe grenzüberschreitender Maßnahmen und Angebote, was auch die Jugendgarantiepläne zeigen.

Die vielfältigen Maßnahmen der letzten Jahre durch Bund, Länder, Kommunen und freie Träger zur Förderung von europäischen Mobilitätsangeboten für benachteiligte junge Menschen in Programmen und Konzepten zeigen, dass dies als Aufgabe der Jugendsozialarbeit ernst genommen wird. Mit der EU-Jugendstrategie wollen Bund und Länder hierzu weitere Beiträge leisten, indem sie z. B. die Fachlichkeit bei auf Mobilität ausgerichteten Angeboten in Programmen und Konzepten der Jugendsozialarbeit unterstützen und die Nutzbarkeit von internationalen Jugendfreiwilligendiensten als Bildungs- und Orientierungszeit für junge benachteiligte Menschen prüfen. //

Die Autorin:

Ulrike Wisser ist Projektkoordinatorin in der Servicestelle zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland bei JUGEND für Europa. E-Mail: wisser@jfemail.de

Anmerkungen:

- ¹ European Commission (2014): Education and Training Monitor.
- ² Siehe auch http://ec.europa.eu/education/policy/vocational-policy/alliance_de.htm.
- ³ Siehe Strategiepapier der Bundesregierung zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand.

„Politik muss junge Menschen ernst nehmen“

Im Gespräch mit:

Jörg Freese, Beigeordneter des Deutschen Landkreistages und Kovorsitzender der Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ des BMFSFJ



DREIZEHN: Herr Freese, viele Landkreise haben mit zurückgehenden Geburtenzahlen zu kämpfen, „Landflucht“ ist ein seit Jahren bekanntes Phänomen. Wie nehmen Sie aus Ihrer Perspektive als kommunaler Spitzenverband diese Entwicklungen wahr?

Jörg Freese: Wir nehmen das sehr genau wahr, vor allem auch in der Heterogenität – auch innerhalb des Verbandes. Zum einen gibt es da neben boomenden Großstädten auch die schwachen, schrumpfenden Städte, deren Infrastruktur nur schwer aufrechtzuerhalten ist, oder eben ländliche Räume, die sozusagen personell leerlaufen und ausbluten. Auch innerhalb der Kreise gibt es ja sehr große Unterschiede: Da gibt es Regionen, in denen es nicht nur wirtschaftlich, sondern auch demografisch gut läuft – die haben ganz andere Probleme: Verdichtung, explodierende Grundstückspreise, hohe Lebenshaltungskosten. Deshalb ist es wichtig, auch die Regionen mit gegenläufigen Entwicklungen im Blick zu behalten.

DREIZEHN: In welcher Weise sind junge Menschen von diesen Entwicklungen betroffen?

Freese: Das fängt ganz banal mit dem Kindergarten an: Früher dauerte es in der Regel nach der Geburt um die drei Jahre, bis ein Kind in den Kindergarten kam – heute sind es meist

nur ein oder zwei Jahre. Das erfordert eine anders aufgestellte Infrastruktur. Auf der anderen Seite hat sich insgesamt die Lebenserwartung verlängert, Regionen altern und schrumpfen zusätzlich in den jüngeren Jahrgängen – hier werden die Kommunen vor neue Herausforderungen gestellt.

DREIZEHN: Gibt es denn so etwas wie eine Strategie, um diesen Entwicklungen zu begegnen?

Freese: Für den gesamten Verband nicht, nein. Das maßen wir uns auch nicht an – ich glaube, wir können nicht wissen, ob das, was in der Prignitz gut ist, auch im Landkreis Esslingen gut sein kann. Dafür haben wir die kommunale Selbstverwaltung, es wäre falsch, nach einer bundesweiten Strategie zu rufen. Die Bundesregierung muss natürlich versuchen zu gucken, wo die Rahmenbedingungen für alle Beteiligten verbessert werden können: für schrumpfende, für wirtschaftlich schwächere und auch für boomende Regionen.

DREIZEHN: Findet aktuell ein gezielter Abbau und Rückzug von öffentlichen Einrichtungen statt, um sie an anderer Stelle zu konzentrieren?

Freese: Wenn man in bestimmten Systemen Grenzen unterschreitet, funktionieren sie nicht mehr. Man kann natürlich

„Es gibt viele für Jugendliche relevante Themen – die Politik muss sie einbinden.“

immer versuchen, die Angebote kleiner zu machen – aber irgendwann ist kein Angebot mehr da. So zum Beispiel in der Schule: Hier kann es an einer Schule theoretisch 15 verschiedene Kurse geben – aber acht davon werden gar nicht angeboten, weil die Lehrkräfte fehlen. Das ist ja nicht nur eine Frage der Finanzierbarkeit, sondern auch der Qualität. Die Folge ist, dass Angebote an einer Stelle gebündelt werden – mit dem Folgeeffekt, dass die Wege und Fahrtzeiten zunehmen. Das ist auch bedauerlich – aber in vielen Ländern, gerade in den ostdeutschen Ländern, ja schon lange Realität. Das ist bei der Krankenhausversorgung auch so – die Menschen akzeptieren das sogar, weil sie eben wissen, dass dafür die Qualität hoch ist. Aber Schließung von Infrastruktur bedeutet auch immer fehlende oder geringere Attraktivität, es bedeutet, dass Arbeitsplätze wegfallen. Die Betroffenen finden zumeist anderswo Jobs – aber natürlich nicht unbedingt in der Region. In der Folge fehlen sie dann auch in der Bevölkerung, sie sind sozusagen einfach weg.

DREIZEHN: Gerade das Thema „Mobilität“ spielt ja für junge Menschen im ländlichen Raum eine wesentliche Rolle. Wie können hier Verbesserungen ermöglicht werden mit dem Ziel, Jugendliche auch nach der Schule für eine Ausbildung in der eigenen Region zu halten?

Freese: Die Frage ist, ob das realistisch ist. Junge Menschen, die eine Ausbildung machen – und erst recht, wenn sie ein Studium beginnen –, haben natürlich auch das Recht, einfach wegzugehen. Das hängt ja oft gar nicht mit dem Herkunftsort zusammen – viele haben große Lust, auch mal was anderes zu sehen, das ist doch ganz normal. Das sollte man auch nicht verhindern wollen, finde ich. Aber man muss ihnen verschiedene Optionen anbieten: Ein 16-Jähriger wird vielleicht auch nicht unbedingt gleich von zu Hause ausziehen, nur weil er eine Ausbildung anfängt. Auch nach der Ausbildung muss er die Möglichkeit haben, im Ort einen Job zu finden – er muss aber ebenso die Möglichkeit haben, auch woanders hinzugehen. Und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Leute auch wiederkommen wollen. Denn das ist ja eine Erfahrung, die es interessanterweise bei der Mediziner Ausbildung gibt: Die höchsten Chancen, Ärzte in den ländlichen Raum zurückzuholen, hat man bei denen, die dort auch groß geworden sind. Und eins sollte man nicht vergessen: Ländliche Regionen oder Kleinstädte haben ihre eigene Attraktivität und ihren Reiz – das kann gerade auch für junge Familien anziehend sein. Nur müssen dann eben auch gewisse Rahmenbedingungen stimmen.

DREIZEHN: Haben Sie einen Einblick, ob es neue Debatten gibt, um das Mobilitätsproblem von Jugendlichen in ländlichen Regionen zu lösen?

Freese: Ich bin da sehr optimistisch, dass hier Wege gefunden werden – je nach Region natürlich auch sehr unterschiedliche. Ob die Ideen dann immer auch dem Einzelnen helfen, ist eine andere Frage. Jedenfalls wird der öffentliche Personennahverkehr nie in dem Umfang vorgehalten werden können wie in einer Großstadt – das ist keine Frage.

DREIZEHN: Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, Jugendangebote, Jugendtreffs und Kurse für junge Menschen anzubieten, wenn die Nachfrage aufgrund von weniger Kindern und Jugendlichen sinkt. Wie können diese Angebote vor Ort weiter bestehen?

Freese: Die Gestaltung der Jugendarbeit unter solch schwierigen Bedingungen ist natürlich eine Herausforderung, da habe ich großen Respekt vor. Ich weiß aber, dass vor Ort viele Dinge gut gemacht werden, auch wenn die Nachfrage geringer wird.

DREIZEHN: Haben Sie denn den Eindruck, dass die Kommunen, in denen es nur noch wenige junge Menschen gibt, diese Kinder und Jugendlichen besonders unterstützen bzw. sich für deren Belange einsetzen?

Freese: Ich meine schon, dass das Bewusstsein, also sozusagen der Wert des knappen Guts junger Mensch auch erkannt wird. Diese Erkenntnis hilft sicherlich auch, wenn es darum geht, die jungen Menschen an den Vorhaben in der Gemeinde oder dem Kreis zu beteiligen. Da bin ich auch sehr für das Wahlrecht ab 16 Jahren. Wir versuchen auch als Verband, die Partizipation von jungen Menschen voranzubringen, sie aktiv in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden. Das ist auf gemeindlicher Ebene noch einfacher als auf Kreisebene. Über die Aktivitäten rund um die Eigenständige Jugendpolitik ist ja sehr viel Handwerkszeug in die Fläche gekommen. Es gibt relevante Themen für junge Leute und das sind mehr als nur die übliche Skaterbahn. Man muss versuchen, sie aktiv einzubinden, und zwar dauerhaft in einem vernünftigen Verfahren, und dafür sind schon viele Möglichkeiten geschaffen worden.

DREIZEHN: Hat die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ schon Schwerpunkte und Ziele festgelegt? Welche Arbeitsformen soll es geben?

„Ländliche Regionen haben ihren Reiz – aber auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen.“

Freese: Das gilt es nun festzuklopfen. Es gibt Ideen und Vorstellungen des Ministeriums, die auch mit der Vorsitzenden und dem Kovorsitzenden abgestimmt sind. Inhaltliche Schwerpunkte stehen noch nicht fest, es gibt aber eine ganze Reihe von Vorschlägen aus dem BMFSFJ. Es werden auch Ideen aus der Arbeitsgruppe kommen, das muss man dann mit Prioritäten versehen. Vom Verfahren her soll es so sein, dass wir in verschiedene Regionen fahren, die von der demografischen Entwicklung geprägt sind, und uns angucken, welche Prozesse und Entwicklungen dort stattfinden und wie sich diese auf junge Leute auswirken. Wir wollen das vor Ort erleben – diese Herangehensweise finde ich sehr spannend: Es ist etwas anderes, wenn man sich selbst vor Ort ein Bild macht, als wenn man nur wissenschaftliche Analysen dazu liest. Auf diese Weise können wir auch mit jungen Leuten ins Gespräch kommen – solche Eindrücke sind eine Bereicherung für unsere Arbeit.

DREIZEHN: Sollen am Schluss konkrete Handlungsempfehlungen verabschiedet werden?

Freese: Ja – ich kann mir da verschiedene Empfehlungen vorstellen in Richtung Wahlalter bei Kommunalwahlen, Mitbestimmung bei kinder- und jugendrelevanten Themen, weiterer Forschungsbedarf, neue Bundesprogramme. Aber da will ich der Arbeit unserer AG nicht vorgreifen – wir stehen ja noch am Anfang des Prozesses.

DREIZEHN: Die Arbeitsgruppe heißt „Jugend gestaltet Zukunft“ – wie sehen denn die Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen in diesem Prozess aus?

Freese: Alles soll eng verzahnt werden mit der Arbeit der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ – parallel laufen ja auch die Prozesse zum „Strukturierten Dialog“ und zu „Ich mache Politik“. Wir ergänzen diese Arbeit durch unsere örtlichen Erfahrungen – insgesamt finde ich das eine gute Chance, junge Menschen zu beteiligen.

DREIZEHN: Jugendliche aus Jugendorganisationen und Jugendverbänden sind ja nun gerade die, die besonders engagiert sind. Die Jugendlichen aus der Jugendsozialarbeit sind selten in Jugendverbänden oder anderen Gruppen organisiert. Wie kommen die Interessen und Belange dieser Zielgruppe in den Blick der AG – gerade in Bezug auf die Themen Schule, Ausbildung, Ausbildungsförderung, Übergang Schule – Beruf?

Freese: Es besteht natürlich der Auftrag an uns alle in der Arbeitsgruppe, auch die Belange dieser Jugendlichen zu berücksichtigen und im Blick zu haben. Eine institutionalisierte Vertretung gibt es in der AG nicht. Ich hoffe aber sehr, dass auch diese Jugendlichen sich beteiligen, z. B. über die Internetformen des Strukturierten Dialogs und „Ich mache Politik“.

DREIZEHN: Es soll also auch um Fragen des „normalen“ Übergangs in Ausbildung und Beruf gehen?

Freese: Da wäre mein Anliegen, sozusagen auch die „Dazwischenliegenden“ zu erreichen – das ist das Schwere. Ich glaube, neben den Jugendlichen, die z. B. durch die Jugendsozialarbeit unterstützt werden, wäre es wichtig, ganz „normale“ Auszubildende und andere junge Menschen jugendpolitisch zu erreichen. Wenn jemand seinen Hauptschul- oder Realschulabschluss macht, ein Handwerk lernt, würde ich mich auch gerne dafür einsetzen, damit ein Auslandsaufenthalt für ihn möglich wird – dies soll nicht nur den Studierenden vorbehalten bleiben. Aber dafür ist eigentlich nur vor oder nach der Ausbildungszeit. Während der Ausbildung wird sich ein Handwerksmeister mit sieben Gesellen z. B. schwertun, einen Auszubildenden für einen Auslandsaufenthalt freizustellen. Aber das kann und darf nicht das Endergebnis sein.

DREIZEHN: Lassen Sie uns zum Schluss etwa 20 Jahre weiter in die Zukunft blicken: Was wünschen Sie sich persönlich als ein dauerhaftes Ergebnis der Arbeitsgruppe?

Freese: Also, ich würde mir einfach wünschen, dass wir als Gesellschaft junge Leute ernst nehmen – die Politik muss da Vorreiter sein. Wir müssen jungen Menschen das Gefühl geben, dass wir uns für sie und ihre Belange interessieren, wir müssen sie einbeziehen, mitnehmen und beteiligen. //

ak/ap

Ausbildung, Karriere, Beruf

– Die kühnen Vorstellungen der Generation Y

Die Sozialisationsforschung macht uns deutlich: Die Persönlichkeitsentwicklung findet in einer intensiven Wechselwirkung zwischen den persönlichen Ressourcen und den sozialen und ökologischen Umweltbedingungen statt. Diese ständige produktive Verarbeitung der Realität hat ihren Kulminationspunkt im Jugendalter, weil in dieser Lebensphase die Fähigkeit erwächst, über das eigene Leben sensibel, teilweise hypersensibel nachzudenken.

Erik Albrecht und Klaus Hurrelmann

Schauen wir auf die Menschen, die 1985 bis 2000 geboren wurden. Sie sind heute zwischen 15 und 30 Jahre alt und stehen an der Schwelle zur Berufsausbildung oder zum Berufseintritt, die älteren erleben mitunter schon einen ersten Berufswechsel. Globalisierung, Digitalisierung, Wandel der Arbeitswelt – sie erleben die gewaltigen Umbrüche der deutschen Gesellschaft. Die junge Generation wird durch sie geprägt und muss sich mit ihnen auseinandersetzen. Das hinterlässt tiefe Spuren in ihren Persönlichkeiten, Charaktereigenschaften und Mentalitäten.

Wie „tickt“ diese neue Generation, die sich jetzt anschickt, die verantwortliche Rolle in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu übernehmen? Welcher biografische Stempel wird ihr aufgedrückt? Sie ist mit den interaktiven digitalen Medien groß geworden (was ihr die Bezeichnung der „digitalen Eingeborenen“ eingebracht hat) und erschließt sich damit jeden Winkel der Welt. Sie hat politische Spannungen, Terroranschläge und globale Kriege miterlebt und weiß intuitiv, wie unsicher das öffentliche Leben geworden ist. Sie ist durch 9/11, Fukushima und die Eurokrise in gewisser Hinsicht „sozial traumatisiert“ und hat erfahren, wie ungewiss der Übergang in den Beruf sein kann;

die Jugendarbeitslosigkeit machte es 20 bis 30 Prozent von ihnen unmöglich, einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz zu erhalten. Sie hat sich als „überflüssige“ Generation empfinden müssen, die eigentlich gar nicht gebraucht wird. Als Ausgleich hat sie die Zuwendung und Unterstützung ihrer Eltern erfahren, die sie behütet und gefördert haben wie kaum eine Generation vor ihr. Alles in allem ahnt sie: Sie könnte die erste Generation seit dem Zweiten Weltkrieg sein, für die das Versprechen auf immer mehr Wohlstand nicht mehr gilt.

Die aktuellen Jugendstudien – die Shell Jugendstudien, Sinus Mileustudien, McDonalds' Ausbildungsstudien und auch die World Vision Kinderstudien – zeigen, wie die jungen Leute auf diese komplexe Situation reagieren. Sie haben ihren eigenen originellen, also einen eigenwilligen Weg gefunden, mit der Ungewissheit und Unsicherheit in ihrer Biografie umzugehen. Sie haben sich eine offene und suchende Haltung angewöhnt, arrangieren sich unauffällig mit den Gegebenheiten, die sie vorfinden, manövrieren und taktieren flexibel, um sich Vorteile zu verschaffen und gehen alle Herausforderungen mit einer Mischung aus Pragmatismus und Neugier an. Das hat ihnen in den USA das Etikett „Generation Why“ eingebracht, womit die



fragende und suchende Grundhaltung symbolisiert werden soll. Die Bezeichnung „Generation Y“ hat sich inzwischen auch im Deutschen verbreitet.

Was sind die zentralen Lebensprinzipien der Generation Y? Was bedeuten sie für Ausbildung, Beruf und Karriere? Das lässt sich in fünf Punkten zusammenfassen.

1 2 3 4 5

„Das macht man nun einmal so“ lässt die Generation Y nicht gelten. Stattdessen fragt sie nach dem Warum, dem „Why“. Denn Lebensläufe sind offen geworden. Ausbildung, Beruf, Hochzeit, Kinder – früher hatte die Gesellschaft klar strukturierte Erwartungen an die Jugend. Heute muss jeder junge Mann und jede junge Frau immer wieder erneut jede biografische Entscheidung selbst fällen. Die Frage nach dem Sinn ist für sie gewissermaßen zum Kompass ihres Lebens geworden.

Im Entscheiden ist die Generation Y ohnehin Meister: Fernsehsender, Internet, Urlaubsziele, Schulformen, Schulfächer und

selbst Studiengänge – in vielen Lebensbereichen haben die Ypsiloner deutlich mehr Möglichkeiten als andere Generationen vor ihnen. Das trainiert: Bei wichtigen Entscheidungen verlassen sie sich stärker auf ihre Intuition, während ihre Eltern Entscheidungen rationaler anzugehen versuchen, dann aber oft am Überangebot der erhältlichen Informationen verzweifeln.

Mit der Sinnfrage hat die Generation Y einen Weg gefunden, um sich dem Druck, der auf ihr lastet, zu entziehen. Sie ist ihre Antwort auf Turboabitur oder den Ruf nach lückenlosen Lebensläufen seitens der Wirtschaft. Stattdessen fragt sie: „Warum?“, und stellt ihre eigenen Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Sie lässt sich Zeit mit dem Erwachsenwerden. Hatten in den 1960er-Jahren 70 Prozent der 30-Jährigen die Hürden zum formellen Eintritt in die Gesellschaft genommen, verfügten über eine abgeschlossene Ausbildung, eine eigene Wohnung und finanzielle Unabhängigkeit, waren verheiratet und hatten Kinder, so sind das heute in diesem Alter in etwa nur halb so viele. Von den 30-jährigen jungen Männern leben immer noch über zehn Prozent im Elternhaus, dem Hotel Mama. Abwarten, Improvisieren, Umdisponieren – das ist zur zweiten Haut der Ypsiloner geworden, denn so sind sie groß geworden. Sie

„Das Spiel mit den Optionen wird zur Anleitung zum Glücklichein.“

sind keineswegs passiv angepasst, sondern gehen tastend und sondierend in die reale Welt hinein, fragen sich ständig nach dem Sinn dessen, was sie tun oder lassen, und greifen dann zu, wenn sich eine Gelegenheit dafür ergibt.

1 2 3 4 5

Leben, Liebe und Karriere erscheinen den Ypsilonern nie so planbar wie etwa der Generation ihrer Eltern. Wie auch? In ihre Jugend fällt die Zeit der „Generation Praktikum“, ein großer Teil der älteren Ypsiloner bekam keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. In Deutschland hat sich das seit drei Jahren geändert, aber nur in Deutschland. In allen anderen Ländern Europas herrscht der Krisenmodus mit beängstigend hoher Arbeitslosigkeit weiter vor.

Die Generation Y hat daraus zweierlei gelernt: Nichts ist mehr sicher; auch der kurzfristigen Veränderung der Wirtschaftslage in Deutschland kann man noch nicht so wirklich trauen, wie ein Blick über die Grenzen zeigt. Und: Es geht immer irgendwie weiter. Auf die Frage, wie ihr Leben in fünf Jahren aussehen soll, können die meisten deshalb nur mit Schulterzucken antworten. Die junge Generation geht ohne Masterplan durch ihr Leben. Stattdessen hat sie immer Plan B, C und wohl auch D in der Hinterhand. Von außen scheint uns Älteren das manchmal ziellos und beliebig. Für die Generation Y ist es nur konsequent.

Sie jongliert nicht ständig mit mehreren Optionen, weil sie nicht weiß, was sie will. Die Generation Y strickt sich damit ihr eigenes Sicherheitsnetz. Sie will mit allen Mitteln sicherstellen, im Leben immer wieder auf die Füße zu fallen. Klappt ein Praktikum oder eine Bewerbung nicht oder wird ihr Zeitvertrag nicht verlängert, stehen Ypsiloner nicht vor dem Scherbenhaufen ihrer Zukunft. Sie wechseln einfach zu Plan B. Dank dieser Sicherheit im Hinterkopf kommt die junge Generation erstaunlich gut mit den Ungewissheiten ihres Lebens zurecht. Sie hat die Welt ohnehin nie anders kennengelernt. Die Erkenntnis, dass die gesellschaftliche Ordnung nicht in Stein gemeißelt ist, macht sie zu Pragmatikern. Wenn sich alles ändern kann, rüstet nur eine möglichst gute Bildung für den Ernstfall. Das Spiel mit den Optionen ist gewissermaßen ihre Anleitung zum Glücklichein in einer Gesellschaft, in der zu frühes Festlegen auf eine bestimmte Karriere immer mehr zum Risiko wird, später mit allem oder nichts dazustehen.

1 2 3 4 5

Die Generation Y glaubt nicht an den ewigen Job bis zur Rente. Sie glaubt an ewiges Lernen für immer neue Jobs. Starrer Frontalunterricht in der Schule widerspricht ihrem gesamten

Lebensentwurf. „Egotaktiker“, die sie sind, brauchen eben Optionen. Das Bildungssystem soll ihnen, die als Digital Natives gewohnt sind, Wissen jederzeit online abzurufen, die gleichen Freiheiten bieten wie andere Lebensbereiche. Individualistisch wie die Generation Y erzogen ist, will sie in Schule, Ausbildung und Hochschule durchsetzen, dass die Lehrkräfte persönlich auf sie eingehen. Individuelle Diagnosen des Lern- und Leistungsstandes und ebenso individuelle Angebote für die Förderung des Weiterkommens und die Lösung von Herausforderungen prägen schon heute das Bildungssystem; die Ypsiloner sehen das gern.

Das bedeutet für den Alltag des schulischen Unterrichts, dass Lehrer/-innen, Ausbilder/-innen und Dozenten/-innen viel größere Spielräume für Freiarbeit und Eigenarbeit einräumen als bisher. Ihre Rolle verändert sich vom Pauker zum Trainer, der bestimmte Aufgaben vorgibt, die die Generation Y in ihrem eigenen Rhythmus, mit selbst gewählten Methoden und Medien bearbeiten und lösen kann. Lehrende, Auszubildende und auch die Dozenten/-innen an den Hochschulen werden immer mehr zu Beratern/-innen und Supervisoren/-innen. Die Ergebnisse werden von den Schülern/-innen und Studierenden in Teamarbeit erstellt, der Lehrer und der Dozent haben eine Rolle als Coach.

Diese Form des Lernens und Arbeitens wird sich auch in Schule, beruflicher Ausbildung und Hochschule weiter durchsetzen. Wegen ihrer hohen Affinität gegenüber modernen Medien werden junge Leute alle Angebote gerne annehmen, die sie über Internet erreichen und die sie in ihrer Gestalt selbst mit beeinflussen können. Schulen, Ausbildungszentren und Hochschulen werden sich insgesamt in Richtung von Agenturen weiterentwickeln, die gemeinsam von Lehrkräften, von außerhalb kommenden Fachleuten und den lernenden Jugendlichen selbst betrieben werden. Die Ypsiloner legen Wert darauf, produktiv sein zu können und aus der Passivität von Lernempfängern/-innen hervorzutreten. Schon in der Schule, erst recht in der Hochschule wollen sie bestimmte Produkte und Dienstleistungen erstellen, die für ihre eigene Bildung nützlich sind, aber auch für die Nachbarschaft und das Gemeinwesen. Von ihnen selbst mitbetriebene Firmen sind hierfür ideal, die mit Betrieben und Einrichtungen außerhalb der Schule zusammenarbeiten.

1 2 3 4 5

Arbeit als Broterwerb – das Konzept ist für weite Teile der Generation von gestern. Sie sucht in ihrem Job Erfüllung, Selbstverwirklichung und auch so etwas wie den Sinn ihres Lebens. In keinem anderen Bereich sind die Ypsiloner so radikale Utopisten wie bei Arbeit und Beruf. Gerade hier ermöglichen es ihnen ihr egotaktisches Spiel mit verschiedenen Optionen und ihr Hang zum Individualismus, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Und die sind für viele Unternehmen revolutionär: Abschied von

„Über 40 Prozent legen Wert auf einen Beruf, der Zukunft hat – und dass die eigene Leistung anerkannt wird.“

Hierarchien, Umorganisation der Arbeitsabläufe zu einzelnen Projekten, Teamwork, flexible Arbeitszeiten, Mitarbeiterbeteiligung und die konstante Suche nach Antworten auf die Frage „Why?“,: „Warum so und nicht anders?“

In der Arbeitswelt schwimmen nach den kühnen Vorstellungen der Generation Y die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit. Die Generation Y liebt projektbezogenes Arbeiten. Die innere Logik von Projekten motiviert sie deutlich mehr als starre Büroarbeitszeiten. Gleichzeitig pochen die Ypsiloner darauf, dass Arbeitgeber auch auf ihre Bedürfnisse eingehen. Sie befürworten den Kapitalismus, jedoch einen solchen, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht. Sie möchten Arbeiten und Leben miteinander während des gesamten Lebenslaufs verbinden. Ihr Motto lautet: Beim Leben arbeiten und beim Arbeiten leben.

Karriere? Nur, wenn die Freizeit nicht zu kurz kommt. Die Ypsiloner sind bereit, hart zu arbeiten – aber bitte in Maßen. Ihnen geht es nicht darum, ihre Arbeitszeit möglichst stressfrei abzusetzen, um dann nach Dienstschluss ihr Leben zu genießen. Sie wollen beides: eine erfolgreiche Karriere und Familie oder Freunde, die nicht zu kurz kommen. Dieser Wunsch wird, wie viele andere Impulse auch, besonders stark von den Frauen vorangetrieben.

Arbeitsverträge sind heute flexibel, auch was ihre Laufzeit angeht. Loyalität gegen eine lebenslange Anstellung – der Deal gilt gerade für junge Arbeitnehmer/-innen nicht mehr. Die Generation Y hat daraus ihre eigenen Konsequenzen gezogen. Wenn Unternehmen keine sichere Karriere bis zur Rente mit Aufstiegschancen mehr bieten, hilft es nichts, für die ersten paar Jahre im Job die Zähne zusammenzubeißen, bis die erste Beförderung interessantere Aufgaben bringt. Die Generation Y sucht jetzt und sofort Erfüllung in ihrem Job. Meist ohne traditionelles Statusdenken: Karriere ist für viele nicht eine Frage des Geldes oder des Einflusses, sondern eine Frage, ob die Aufgaben nach einer Beförderung noch interessanter werden. Erste Unternehmen reagieren bereits, indem sie neben der traditionellen Managementkarriere, bei der eine jede Beförderung weiter von der eigentlichen Arbeit entfernt, auch Expertenkarrieren als alternative Aufstiegsmöglichkeiten anbieten.

Das alles gilt nicht nur für die Überflieger unter den Ypsilonern, die der Generation ihren Namen gegeben haben. Aus der McDonalds' Ausbildungsstudie können wir ablesen: Quer durch alle Gruppen und Bildungspositionen sind die jungen Leute keineswegs primär an materiellen Gratifikationen ausgerichtet. Vielmehr stehen an der Spitze „weiche“ Faktoren, die das Arbeitsklima betreffen, und die Übereinstimmung des Berufs mit den eigenen Fähigkeiten und Bedürfnissen. Über 70 Prozent der befragten 15 bis 25 Jahre alten Jugendlichen wünschen sich vor allem eine Arbeit, die Spaß macht, jeder Zweite,

dass die Tätigkeit kongruent ist mit den eigenen Fähigkeiten und Neigungen und sie mit netten Arbeitskollegen/-innen zusammenarbeiten. Daneben spielen vor allem Sicherheitsaspekte eine Rolle sowie gute Erfolgs- und Zukunftschancen, aber auch die Anerkennung der eigenen Leistung sowie eine Arbeit, die persönlich voll und ganz erfüllt. Über 40 Prozent der unter 25 Jahre alten jungen Leute legen ganz besonderen Wert auf einen Beruf, der Zukunft hat, und darauf, dass die eigene Leistung anerkannt wird. Man sieht hier, dass für das duale System der Berufsausbildung durchaus weiterhin gute Chancen bestehen. Wenn es sich richtig aufstellt, ist es weiter attraktiv für die Ypsiloner.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine leistungsorientierte Bezahlung gehören für gut jeden Dritten zu den besonders wichtigen Anforderungen an einen Beruf. Dass man sich im Beruf weiterentwickeln kann und dass die Tätigkeit abwechslungsreich ist, halten jeweils ein Drittel der Jüngeren für ganz besonders wichtig. Erfolgsorientierte Aspekte wie gute Aufstiegsmöglichkeiten und hohes Einkommen spielen zwar auch eine Rolle, aber keine besonders herausragende: Rund 30 Prozent wünschen sich unbedingt einen Beruf mit guten Aufstiegsmöglichkeiten, jeder Vierte einen Beruf, der ein hohes Einkommen verspricht.

1 2 3 4 5

70 Prozent sind überzeugt, ohne Familie könne man heute nicht glücklich werden. Für viele scheint sie eine Art sicherer Hafen in einer unsicheren Welt. Sie sind hier durchaus freiwillig „spießig“ und der Bausparvertrag hat bei ihnen hohe Attraktivität. Aber Vorsicht: Die Familienkonzepte sind vielfältig: Traditionelle Großfamilie mit Großeltern, konventionelle Kleinfamilie, Patchworkfamilie, Homo-Ehe, WG-Leben mit Kindern – alles wird akzeptiert. Allerdings immer mit Berufsbeteiligung beider Partner.

In kaum einem Bereich haben sich gesellschaftliche Konventionen so aufgelöst wie bei der Familie. Wilde Ehen grenzen längst nicht mehr an Kuppelei, die Homo-Ehe unterscheidet sich nur noch in wenigen Punkten von der unter Heterosexuellen. In der Generation Y kann jede und jeder Einzelne für sich selbst entscheiden, wie sie oder er das eigene Leben gestalten will und welche Rolle Beziehung und Familie darin spielen sollen. Familienleben muss sich für jeden Einzelnen gut anfühlen, lautet die Maxime der Generation Y. Nicht für Staat, Kirche oder Gesellschaft.

Partnerschaft und Liebe? Wie jede vor ihr verliebt sich die Generation Y stürmisch. Ypsiloner prüfen aber ganz genau, ob sie auch wirklich den richtigen Partner gefunden haben. Treue

„Die jungen Leute sind keineswegs primär an materiellen Gratifikationen interessiert.“

ist wichtig, Ehrlichkeit jedoch ebenso. Die Ypsiloner knüpfen ihr Schicksal nicht mehr bedingungslos aneinander. Single sein ist keine Schande – und für die Generation Y gibt es keinen Grund, eine Beziehung nicht zu beenden, wenn sie nicht mehr funktioniert.

Die Ypsiloner sind auch in der Liebe eine Generation der Realisten: Auslandssemester, Jobs in verschiedenen Städten, die Doppelbelastung durch Kinder und Beruf – Beziehungen sind heute vielfältigem Druck ausgesetzt. Auch deshalb suchen sie nach dem idealen Partner, aber sie nehmen Abstand von überdrehten romantischen Figuren und können hier recht pragmatisch werden. Und sie verlangen, dass der Arbeitgeber ihnen Zeit für die Familie gibt. Wozu haben sie sonst schließlich Kinder?

Sie stehen für einen neuen Lebensentwurf. Der für ihre Großeltern und Eltern noch gültige Drei-Phasen-Rhythmus der Lebensgestaltung passt für sie nicht mehr: 25 bis 30 Jahre Ausbildung zur Vorbereitung auf einen Beruf, der dann 25 bis 30 Jahre ausgeübt wird, um die verbleibenden 25 bis 30 Jahre des Lebens im Ruhestand zu verbringen. Zur sinnvollen Lebensgestaltung streben sie ein Miteinander von Leben, Lernen, Arbeiten und Familie in jeder Lebensphase an und nicht ein Nacheinander. Sie haben den Wunsch, einen solchen flexibel strukturierten Lebenslauf nach ihren eigenen Bedürfnissen auszugestalten und dabei gleichzeitig das Gemeinwohl im Auge zu behalten. Diese Quadratur des Kreises ist ihnen durchaus zuzutrauen, denn sie sind Meister im Aushalten von Widersprüchlichkeiten.

Fazit: Die Generation Y ist eine Generation der heimlichen Revolutionäre

Bei aller Harmonie und Konfliktscheu verändert die Generation Y Bildung, Familie, Beruf und Gesellschaft grundlegender, als es auf den ersten Blick scheint. Klein, wie sie ist, steigt sie nicht auf die Barrikaden. Sie will einfach keine Energie unnützlich für den Kampf um Prinzipien verschwenden, von dem sie sich wenig verspricht. Ohnehin hat sie oft das Gefühl, dass ihr schlicht und einfach die Masse fehlt, um gezielt auf die Politik Einfluss zu nehmen. Stattdessen macht sie keine falschen Kompromisse, sondern lebt ihr Leben einfach nach den eigenen Vorstellungen.

Keine Frage: Mit dieser Einstellung, mit dieser Haltung werden die 15- bis 30-Jährigen unsere Welt radikal verändern. Wir spüren es ja, sie haben in Bildung, Wirtschaftsleben und Familie klammheimlich einen strukturellen Wandel eingeleitet.

Während Familienpolitiker/-innen über Betreuungsgeld und Homo-Ehe streiten, leben die Ypsiloner längst, wie es ihnen gefällt.

Und übrigens: Nur auf den ersten Blick scheinen sie unpolitisch zu sein. Es stimmt, sie interessieren sich nicht dafür, eine bessere Welt zu schaffen, und ideologischen Parolen laufen sie selten hinterher. Klassische Klischees des „Politisch-Seins“ erfüllen sie nicht. Sie sehen keinen Grund zu politischer Auflehnung wie die Generation der 68er, auch nicht zu Opposition gegen die Eltern und Großeltern, und auch nicht gegen die politischen Machthaber. Sie fühlen sich insgesamt nicht bevormundet oder benachteiligt. Auch deshalb gehen sie eine strategische Allianz mit ihren Eltern ein, wie wir sie bisher selten in der Generationenforschung beobachten konnten.

In einer Zeit von Globalisierung, Bankenrettung und Digitalisierung, in der politische Entscheidungen immer wieder als alternativlos dargestellt werden, sind die Ypsiloner zu flexiblen Lebensplanern geworden, die gelernt haben, dass es stets andere Optionen gibt, als es auf den ersten Blick erscheint. Fordert die Wirtschaft mit Verweis auf den harten internationalen Wettbewerb mehr Einsatz im Beruf, bestehen die Ypsiloner im Gegenzug auf flexibleren Arbeitszeiten und Heimarbeit. Statt lückenloser Lebensläufe für eine Karriere mit vermeintlich sicheren Arbeitsplätzen nimmt die Generation Y Elternzeit oder kehrt an Schulen oder Universitäten zurück, um sich weiterzubilden.

Wir können also resümieren: Was auf den ersten Blick oft kühn, arrogant und anmaßend erscheint, ist auf den zweiten eine imponierend nachhaltige „evolutionäre Revolution“. Sie ist „heimlich“, weil sie nicht öffentlich als Programm verkündet wird. Es gibt kein Programm außer den persönlichen Wünschen und Interessen. Die aber sind auf ein gutes Leben gerichtet, auf die Verbindung von Arbeit und Leben, um genau zu sein. Ypsiloner glauben fest daran, dass ihre egotaktisch-intuitiv ausgewählten Ziele nicht nur ihnen persönlich, sondern der gesamten Menschheit zugutekommen. Sie könnten damit richtig liegen. //

Die Autoren:

Erik Albrecht ist freier Journalist. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen neben der Generationenforschung auch in der Osteuropapolitik. E-Mail: erik@erikalbrecht.de

Dr. Klaus Hurrelmann ist Professor of Public Health and Education an der Hertie School of Governance GmbH. E-Mail: hurrelmann@hertie-school.org

Vor Ort

„Das ist keine Streichelzooveranstaltung“

*Wie ein bewährtes Netzwerk einen
strukturschwachen Landstrich in die Zukunft trägt*

Tina Fritsche

S. 17 M/RW
Stalberg Rest



Hier waren wir doch schon mal ... Bereits 2011 haben wir Sabine Bräunicke und Caroline Liebau aus dem Kyffhäuserkreis besucht und von ihrem Engagement für junge Menschen in diesem strukturschwachen Gebiet berichtet. Seitdem sind wichtige Förderprogramme wieder ausgelaufen, andere neue Entwicklungen wie etwa die Jugendberufsagenturen haben Fahrt aufgenommen. Wir wollten wissen, wie hat sich die Jugendsozialarbeit im Kyffhäuserkreis entwickelt? Unser Weg führt uns zurück in die Region, wir treffen auf „alte Probleme“ und bewährte Ansprechpartner/-innen, aber auch auf neue Gesichter, alternative Finanzierungswege und ein Netzwerk, das hält.

Leicht war es nicht. Aber wie soll es auch anders sein in einem Landkreis, der seit der politischen Wende mit Abwanderung, Geburtenrückgang und überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatte. Der nah bei, aber doch irgendwie abseits liegt zwischen Göttingen, Leipzig und Erfurt. In dem die Deutsche Bahn die Zugverbindungen kappt, die Schulbusse den öffentlichen Nahverkehr ersetzen müssen und in dem es deshalb fast kein Fortkommen ohne Auto gibt. Da dauert der Weg zur Berufsschule schon mal drei Stunden, der Einkauf wird zum Tagesausflug, vom Arztbesuch ganz zu schweigen.

Der Landkreis altert stärker im Vergleich zu anderen Kommunen in diesem Bundesland. Seit 2008 geht die absolute Zahl der Abwanderungen zwar leicht zurück, aber in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen vermeldet der Landkreis nach wie vor fast doppelt so viele Wegzüge wie Zuzüge. Vor allem die unter 30-jährigen Frauen verlassen das ländliche Gebiet, was die Spirale der Überalterung und des künftigen Geburtenrückgangs verstärkt. Zu attraktiv ist das Angebot vor allem auch in den beiden Hochschulstädten Erfurt und Nordhausen. Dass nun auch duale Berufsausbildungen aufgrund des demografischen Wandels zunehmend in die Landeshauptstadt verlegt werden, verstärkt die Tendenz der Abwanderung unter den jungen Menschen.

Für den eh schon mager besiedelten Landstrich ist die Entvölkerung bittere Realität und dramatische Prognose gleichermaßen. Das Thüringer Landesamt für Statistik rechnet mit einem Bevölkerungsrückgang um 17,5 Prozent bis zum Jahr 2020 – ein harter Schlag vor allem für Kommunen in dörflichen Bereichen, aber auch für die Hilfestrukturen im Landkreis. „Durch die Kopplung der finanziellen Zuschüsse an die demographische Entwicklung wird mit einer Senkung der Finanzmittel zu rechnen sein“, befürchten die Autoren der 107 Seiten starken „Potenzialanalyse im Bereich Jugendsozialarbeit im Kyffhäuserkreis“, die das Landratsamt Kyffhäuserkreis im August 2013 vorgelegt hat. Da die Zuwendungen des

Landes und des Bundes im Bereich der Jugend(sozial)arbeit z. B. im Rahmen der „Örtlichen Jugendförderung“ an eine Pro-Kopf-Berechnung gebunden seien, führe die demografische Entwicklung in die Planungsunsicherheit und „drängt die Jugend(sozial)arbeit in die Defensive“ (ebd., S. 18). Eine weitere Gefahr sei, so warnen Experten/-innen, dass die „Ausdünnung sozialer und kultureller Infrastruktur“ rechts-extremistische Tendenzen befördern könne (ebd., S. 19).

„Wir müssen immer schauen, wo das Geld herkommt.“

Resigniert die Hände in den Schoß legen wollen die Fachleute der Jugendsozialarbeit im Kyffhäuserkreis allerdings noch lange nicht. Denn auch wenn die Bevölkerungszahl sinkt, werde es nicht weniger Jugendliche mit Problemlagen geben – „vielmehr ist zu erwarten, dass die Problemlagen verschiedenartiger und komplexer werden.“ Mit gezielten Maßnahmen, einer Imagekampagne des Landkreises und durch klug vernetzte Kooperationen der unterschiedlichsten Akteure – im Jugend- und Sozialamt, beim Jobcenter, an den Schulen oder in den Jugendhilfeeinrichtungen – wird versucht, den Landkreis strukturell attraktiver zu machen, junge Menschen in eine Bildungslaufbahn zu bringen und eine nachhaltige Angebots- bzw. Infrastruktur aufzubauen, die die Abwanderung bremst und die Zuwanderung fördert. Immer wieder haben Sabine Bräunicke und ihre Verbündeten Programme initiiert, Gelder aus Europa und vom Bund an Land gezogen, Netzwerke gestrickt. „Wir sind nicht gesegnet mit Einnahmen. Wir mussten immer gucken, wo wir Geld her bekommen“, sagt die Amtsleiterin im Jugend- und Sozialamt Kyffhäuserkreis. Vieles wurde hier in den vergangenen zehn Jahren ausprobiert, angewandt und weiterentwickelt, um benachteiligte Jugendliche während der Schulzeit, beim Übergang von der Schule in den Beruf und in der Phase der beruflichen Orientierung zu stärken: Finanzierungen aus den Programmen von „JUGEND STÄRKEN – Aktiv in der Region“, „Die 2. Chance“ für Schulverweigerer, die Bundesinitiative „Lernen vor Ort“, Kompetenzagenturen, Jugendmigrationsdienste und das Programm „Stärken vor Ort“ konnten in den Kyffhäuserkreis geholt werden mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Jugendlichen zu verbessern. Da Förderungen durch den Europäischen Sozialfonds jedoch per se befristet sind, standen bewährte Strukturen mit Ablauf der Förderperiode jedes Mal vor der Frage, wie die Bedarfe der Jugendlichen auch trotz auslaufender Gelder abgesichert werden können.

Gerade angesichts der absehbaren Brüche und Finanzierungslücken hilft die gute strukturelle Vernetzung der Träger und Projekte – und der handelnden Personen: In Arbeitskreisen

treffen sich die Mitglieder der AG der Jugendhilfe regelmäßig, tauschen sich über Erfolge und Probleme in den Bereichen Hilfen zur Erziehung, Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit aus und werden an der Jugendhilfeplanung beteiligt. Seit 2010 arbeiten die Verantwortlichen beim Land und der Arbeitsagentur unter dem virtuellen Dach, dem „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ zusammen, um mit den Möglichkeiten und Leistungen der verschiedenen Einrichtungen und Behörden möglichst konkret und passgenau jungen Menschen mit Anlaufschwierigkeiten zu helfen. Dabei sind unter anderem die ARGE, das Jobcenter, das Sozialamt, die Bundesagentur für Arbeit und die Jugendberufshilfe Thüringen. Dass sich die Akteure/-innen zum Teil schon seit Jahren kennen, trägt zum Gelingen bei. „Bei anderen mag es gut sein, dass immer neue Leute dazukommen, bei uns bringt es unsere Projekte voran, dass wir seit vielen Jahren mit den gleichen Leuten zusammenarbeiten“, betont Bräunicke. „Hier sind kreative Leute am Werk, deren Fachwissen sich über Jahre entwickelt hat und die auf dieser Basis auch mal was Neues anschieben können.“

„Den Jugendlichen ist es egal, welcher Topf uns finanziert.“

Bekanntes Gesichtern zu begegnen, trägt nicht nur die projektübergreifende Zusammenarbeit, sondern auch die Jugendlichen, die in unsicheren Zeiten sichere Bezugspersonen suchen. Das weiß auch Caroline Liebau, die als Koordinatorin bei der Jugendberufshilfe Thüringen bereits zahlreiche Projekte betreut hat. „Einige der jungen Leute kennen uns von der Kompetenzagentur“ – einem Bundesprojekt, dessen Fördergelder Mitte 2014 ausliefen. Daraufhin sprang das Jugend- und Sozialamt für ein halbes Jahr ein, bis am 1.1.2015 mit „Kompakt“ kein Folge-, aber doch ein ähnliches Projekt an den Start gehen konnte; „Kompakt“ ist auf ein Jahr befristet und wird unter anderem aus ESF-Landesmitteln finanziert. Liebau und ihre zwei Kolleginnen stehen hier Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 30. Lebensjahr auf dem Weg der sozialen und beruflichen Integration aufsuchend-begleitend zur Seite. Für die Case Managerinnen sind die Verwaltungsdetails der Finanzierung und die Bezeichnung der Projekte relevant – für die Zielgruppe sind sie es nicht. Da zählt: Sind die, die mir vor ein, zwei Jahren schon mal geholfen haben, noch da? Bekomme ich die Hilfe, die ich brauche? Ist meine Beraterin nett zu mir und hat sie Ahnung von dem, was sie tut?

Wie wichtig die enge Zusammenarbeit und die kurzen Weg der professionell in diesem Feld agierenden Fachleute untereinander sind, wird im Gespräch mit Jens Hesse deutlich.

Der Leiter der Jugendberufsagentur schätzt die „konstruktive Zusammenarbeit der schnellen Anrufe und kurzfristigen Verabredungen“. Kollegen aus anderen Landkreisen fragen da schon mal teils neugierig, teils neidisch nach, wie das denn gehe? „Es ist eine gewachsene Struktur, in der wir beraten, wo wir in ein paar Jahren stehen wollen und wie wir einen klugen Maßnahmenkatalog aufstellen können.“ Dazu zähle auch, kritisch auf Widersprüche und Hakeleien hinzuweisen – untereinander, aber auch im Kontakt mit dem Ministerium. „Das ist keine Streichelzooveranstaltung. Wer nicht miteinander kooperiert, kann nicht auf Probleme stoßen. Wir kommen gerade in der Zusammenarbeit an politische und gesetzgeberische Grenzen, die uns vorher nicht aufgefallen sind.“ Dass zum Beispiel die Jugendhilfe die Sanktion gegen Jugendliche als Instrument nicht kenne, der Sachbearbeiter der ARGE aber gezwungen sei, einen unwilligen Jungerwachsenen mit einer mehrwöchigen Leistungssperre zu belegen, sei „kontraproduktiv. Erstens kann der ja nicht von Luft und Liebe leben und außerdem wollen wir doch zusammen mit der Jugendhilfe Pläne machen, wie wir uns gegenseitig zugunsten der Jugendlichen unterstützen können!“

Wo der Gesetzgeber Ermessensspielräume verbaut, wird das Vertrauen zwischen den Akteuren arg strapaziert. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit lässt sich, davon ist Hesse überzeugt, nur mit einer früh greifenden Strategie angehen: „Wenn wir die Probleme der Schulabbrecher nicht an den Schulen in den Griff bekommen, haben wir später im Jobcenter umso mehr Probleme. Das ist wie ein roter Faden, der sich durchzieht. Wenn die Sozialarbeit an den Schulen nicht funktioniert, funktioniert auch keine Berufsberatung und am Ende verwalten wir nur noch Hartz IV.“ Berufliche Integration gelinge nur mit sozialer Integration im Wohn- und Lebensumfeld. „Deshalb ist das Bündnis an der Stelle Schule so wichtig.“ Seit 2013 gibt es nun Schulsozialarbeiter/-innen an allen Regelschulen und an Berufsschulen – auch ein Erfolg von Bräunicke, Hesse und Co.

Die Programme der letzten Jahre zeigen Erfolg: Von 2005 bis Januar 2015 hat der Kyffhäuserkreis die Arbeitslosenquote von 26,9 Prozent auf 12,4 Prozent gedrückt, die Jugendarbeitslosenquote lag zu Beginn 2015 bei 6,9 Prozent. „Alle Akteure am Übergang Schule – Beruf, von der Jugendberufsagentur, dem Jobcenter, der Jugendhilfe etc. haben intensiv zusammengearbeitet. Die Zahlen haben sich positiv nach unten entwickelt, zum Beispiel bei der Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zu Thüringen“, freut sich Bräunicke. „Jeder hat an seinem Fleck gut gearbeitet.“ Und es geht immer weiter: Im Januar 2015 startete das ressortübergreifende, ESF-geförderte Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ – an dem der Kyffhäuserkreis nach einem erfolgreichen Interessenbekundungsverfahren als eine von bundesweit 185

Kommunen beteiligt ist. Vier Jahre lang können nun Projekte zum Übergang von der Schule in den Beruf umgesetzt werden.

„Ein neues Programm soll neue Finanzmittel in den Landkreis bringen.“

Dennoch: Der Kampf gegen die Entvölkerung fordert viele Ressourcen und mehr Mittel. Derzeit arbeitet das Netzwerk an einem Konzept für das Programm „Land(auf)Schwung“. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft lobt 1,5 Millionen Euro aus für „strukturschwache Landkreise [...], die in besonderem Maße von den Herausforderungen der Daseinsvorsorge und mangelnder Wirtschaftskraft durch den demografischen Wandel betroffen sind.“ Ende Mai soll das Konzept stehen. Und wieder ist es die Klugheit und Erfahrung der vielen, die intensiv in Arbeitsgruppen und Ideenworkshops über der Frage brüten, mit welchen Maßnahmen der ländliche Raum gestärkt werden kann: Welche Busse und Mitfahrgelegenheiten brauchen die Menschen, um sich im ausgedehnten Landkreis zu bewegen? Könnten Krankenschwestern besser ausgebildet werden, damit nicht nur Ärzte/-innen die medizinische Versorgung in den Dörfern abdecken? Wie lässt sich gemeinsames Einkaufen organisieren? Wo kommen Berufsschüler/-innen unter, wenn mehrstündige Fahrwege unzumutbar sind? Wie können die Kompetenzen und Bedürfnisse von jungen und alten Menschen in generationsübergreifenden Projekten gebunden werden? Können Ältere von den Digital Natives den Umgang mit dem Internet lernen – in Gegenden der großen Entfernungen ein echter Vorteil. „Es gibt ein großes Pfund, das wir haben“, sagt Bräunicke nicht ohne Stolz in der Stimme. „Gemessen an unserer hohen Arbeitslosenquote haben wir verhältnismäßig viele Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren.“

Dass es auch diesmal kein Selbstläufer wird, das Geld in den Kyffhäuserkreis zu ziehen, weiß die Realistin und Regionalpatriotin Bräunicke: „Allein aus Thüringen sind drei Kreise im Rennen und nur einer wird den Zuschlag bekommen. Wir werden natürlich kämpfen!“ //

Die Autorin:

Tina Fritsche ist freie Journalistin und lebt in Hamburg.
E-Mail: tina.fritsche@gmx.de

HINTER DEM HORIZONT GEHT'S WEITER

Britta Sembach

Schon auf dem Weg zur Jugendwerkstatt Hindenburg, einer Einrichtung des Diakoniewerkes Osterburg e.V., wird deutlich, worum es hier geht: Man fährt vorbei an der Grundschule in Hohenberg-Krusemark. In den Fenstern kleben noch die Papiersterne aus der Weihnachtszeit. An diesem Montagmorgen um Viertel nach zehn sind keine Kinder zu sehen, das Gebäude und der Spielplatz sind verwaist. „Ach ja, die Grundschule“, sagt Petra Panse, die Leiterin der Jugendwerkstatt, „die wurde vor ein paar Wochen geschlossen.“ Deutlicher kann nicht werden, worunter viele Menschen hier leiden: Der Strukturwandel im ländlichen Raum ist in vollem Gang und macht vor allem vor den jungen Menschen nicht halt. Im Gegenteil: Sie sind es, die besonders darunter leiden. Zumal es im Landkreis Stendal in Sachsen-Anhalt ganz besonders viele junge Menschen mit Hilfebedarf gibt, allein die Quote der Arbeitslosen zwischen 15 und 25 Jahren ist mit 12,2 Prozent die höchste im ganzen Bundesland.

Das ist aber nur einer der Gründe dafür, warum das Diakoniewerk Osterburg sich in diesem Feld besonders engagiert, etwa mit seinem Projekt „Starthilfe“. Hier werden Jugendliche aufgefangen, die irgendwie durchs Netz gefallen sind. Die Hartz IV bekommen und ohne Perspektive sind. Weil sie irgendwann den Anschluss in der Schule verpasst, keinen Abschluss gemacht haben, vielleicht sogar früh Eltern geworden sind. Jugendliche, auf die in dieser strukturschwachen Region mit ohnehin wenigen Arbeitsplätzen nicht gerade viele Arbeitgeber warten. Das Jobcenter kümmert sich besonders intensiv um diese Jugendlichen, will sie „aktivieren“ und schickt sie z. B. nach Hindenburg (Altmark) – in der Regel bleiben sie zwischen sechs und acht Monaten. Hier werden sie intensiv betreut, denn alle wissen, dass diese Jugendlichen noch ganz viel lernen müssen.

„Die räumliche Abgelegenheit ist ein großer Vorteil für die Arbeit.“

Das können sie in der geschützten Atmosphäre auf dem maulerischen Grundstück hier in Hindenburg (Altmark). Hindenburg ist ein winziges Nest mit etwas mehr als einer Handvoll Einwohnern/-innen und einer einzigen Attraktion, dem Zigarettenautomaten. Der Krämerladen ist seit Langem geschlossen,

ein Metzger macht nur alle paar Tage auf. Bis zum nächsten Bahnhof läuft man acht Kilometer. „Dass wir hier so abgelegen sind, ist einer unserer großen Vorteile“, sagt Petra Panse. Denn die Jugendlichen müssen sich hier Tag für Tag durchbeißen, sich an Regeln halten, Strukturen akzeptieren, Anweisungen befolgen und ihre Arbeit tun – ohne Chance, sich absetzen zu können. Deshalb nennen sie die Jugendwerkstatt auch halb liebevoll „Alcatraz“, wie die berühmte Gefängnisinsel in der Bucht von San Francisco. Die Kleinbusse der Jugendwerkstatt holen die Jugendlichen morgens um halb acht vom Bahnhof ab und bringen sie am Nachmittag wieder hin. Wer früher gehen will ... muss wandern. Das hat der eine oder die andere durchaus schon gemacht, ein Vergnügen ist das nicht. Und meistens machen sie das auch nur einmal.

Wer erst einmal akzeptiert hat, dass er hier akzeptiert wird, so wie er ist, hat es leichter. In der Holzwerkstatt kümmert sich der gelernte Heizungsbaumeister Frank Schneider um die Jugendlichen. Seine große Qualität: Er geht auf jeden Einzelnen seiner Schützlinge ein, guckt genau, was er oder sie brauchen könnte, und macht die entsprechenden Angebote. Dennis¹ etwa, sagt er, sei ein ganz besonderer Fall: Der junge Mann hält es nicht lange in geschlossenen Räumen aus, auch die anderen aus der Gruppe gehen ihm schnell auf die Nerven. Also findet Schneider so lange immer wieder neue Aufgaben im Garten und im benachbarten Backhaus für ihn, bis der Junge bereit und in der Lage ist, ein paar Stunden in der Werkstatt zu sein. Heute etwa baut er hingebungsvoll und konzentriert hölzerne Podeste für eine Kita. Die alten waren morsch geworden, nun werden sie von Dennis repariert. Außerdem hatte er gleich noch eine Idee für ihre Verschönerung: In mühevoller Kleinarbeit hat er lustige Tierfiguren und ein Clownsgesicht ausgesägt und bunt bemalt, damit die Kinder wieder Spaß an ihrem Spielgerät haben.

Das wäre vor ein paar Monaten gar nicht denkbar gewesen, meint Frank Schneider und freut sich über diesen Erfolg. Und Erfolge sieht er jeden Tag: Wenn Isabell liebevoll an ihrem Vogelhäuschen baut und immer pünktlich zur Arbeit erscheint. Sie ist froh, dass sie etwas gefunden hat, das sie wirklich interessiert. Vorher war sie in der Textilwerkstatt – das war aber nicht so ihr Ding. Nun also Holz. Noch besser als die Arbeit mit dem Material ist aber etwas anderes: das neue Selbstbewusstsein, Dinge gestalten zu können, sie zu Ende zu bringen und dabei diszipliniert

„Die Jugendlichen erfahren hier eine ihnen unbekannte Wertschätzung.“



zu sein. Das hat der jungen Mutter auch das Selbstbewusstsein gegeben, sich für eine Ausbildungsstelle zu bewerben. Und die hat sie nun fast sicher – es fehlt nur noch eins: der Schulabschluss. Für den lernt sie montags bis mittwochs in den Unterrichtsräumen der Jugendwerkstatt und ist zuversichtlich, dass sie die Prüfungen für den Hauptschulabschluss dieses Mal schafft.

Sie und alle anderen 21 Jugendlichen in dieser Maßnahme wissen ganz genau, dass das ihre letzte Chance ist. Wenn sie es hier nicht packen, schaffen sie es vielleicht nirgends mehr. Und so fügen sie sich – meistens jedenfalls – in die Strukturen, den strengen Regeln und nicht verhandelbaren Ritualen. Schon das gemeinsame Mittagessen ist für viele keine alltägliche Erfahrung. „In vielen Familien gibt es schon lange keine festen Strukturen mehr“, weiß Petra Panse, „gemeinsame Mahlzeiten sind da nicht vorgesehen.“ Die Familienmitglieder lebten oft nebeneinanderher, keiner kümmert sich um den anderen. Das ist hier ganz anders – und eine Erfahrung, an die sich die jungen Menschen auch erst wieder gewöhnen müssen. Ist sie doch ungewöhnlicher Ausdruck einer Haltung, die sagt: Du bist mir nicht egal, es ist mir wichtig zu wissen, wie es dir geht. „Wenn der Martin mal einen Tag nicht auftaucht, dann fahr ich abends bei dem vorbei und schaue, was los ist“, sagt Frank Schneidler – und macht sich damit bei den Jugendlichen nicht immer beliebt. Wer wird schon gerne beim Krankfeiern erwischt? Aber die Botschaft ist eindeutig: Mir ist wichtig, dass du durch das Programm kommst – und ich unterstütze dich dabei.

Dennoch sind die Erwartungen nicht allzu hoch: „Ich bin oft schon froh, wenn einer das Jahr übersteht, ohne eine Straftat zu begehen“, gibt Schneidler offen zu. Denn es ist zwar schon schwierig geworden, in der Region einen Augenarzt zu finden – jemanden, der einem Drogen verkauft, findet man aber leider auch in diesem Landkreis schnell. Das ist ein Riesensproblem. Montags etwa ist die Werkstatt immer leerer als mittwochs, die Betreuer/-innen hier wissen schon, dass vielen Jugendlichen noch ein hartes Wochenende in den Knochen steckt. Wer allerdings mit Drogen auf dem Gelände erwischt wird, kann sich gleich

abholen lassen: von der nächsten Polizeistreife. Wer sich nun über eine bequeme Fahrt zum Bahnhof freut, hat dies allerdings zu früh getan. Die Beamten/-innen haben strikte Anweisung von Petra Panse, ihre Zöglinge direkt am Ortsausgang abzusetzen. Und die wissen: Die acht Kilometer bis Goldbeck können ganz schön lang werden.

Lang wird für die Leitung auch manchmal die Zeit, bis eine neue Maßnahme bewilligt wird. Der Diakoniewerk Osterburg e. V. muss seine Projekte immer wieder neu beim Jobcenter oder in Ministerien beantragen. Und die sehen es nicht immer gern, dass Hindenburg so mitten im Nirgendwo liegt. Eines ihrer Argumente: Der Fahrdienst mit den Kleinbussen sei teuer und aufwendig, solche Maßnahmen könne man genauso gut in Stendal anbieten. Das findet Petra Panse verständlicherweise nicht. Die Reizarmut ihrer kleinen Insel ist es ja genau, die deren Charme und durchaus auch den Erfolg des Programms „Starthilfe“ ausmache. Weil die Jugendlichen, die hier sind, sich wirklich darauf einlassen müssen und während der gesamten Zeit ihre Betreuer/-innen als Ansprechpartner/-innen – und irgendwie natürlich auch ein bisschen als „Aufpasser“ – haben. Die Beziehungen hier sind sehr persönlich und intensiv, „manche Schicksale gehen mir dann oft zu sehr an die Nieren“, gesteht Petra Pigorsch. Sie kümmert sich sowohl um die Ausbildungsküche wie um die Näh- und Polsterwerkstatt. Sie erinnert sich an einen Jungen, der unter ihrer Anleitung die Liebe fürs Tischlern und Polstern entdeckt hat – und schließlich sogar in diesem Bereich eine Lehrstelle fand. Leider war er aber noch nicht so weit, den ganz normalen Alltag in einem ganz normalen Betrieb zu bewältigen, ihm wurde irgendwann gekündigt. „Das hat mir schon sehr leid getan, weil das so ein begabter Junge war“, sagt sie mit Bedauern in der Stimme. Dabei ist der Fall schon einige Zeit her. Heute hat sie Gabriel unter ihren Fittichen, der sich gerade an einer Sitzfläche zu schaffen macht. Ein anderer Diakonieverein hat über zwanzig massive Holzstühle geschickt, die neue Polster bekommen sollen. Das ist ein Geben und Nehmen mit den benachbarten Einrichtungen. Die Jugendlichen kommen so an ihre Aufträge, das heilpädagogische Heim an günstige neue Stühle. Nur Zeitdruck darf es

„Das Projekt muss immer wieder um seine Finanzierung kämpfen.“



keinen geben, die Jugendwerkstatt nimmt solche Aufträge nicht an. „Das ist einfach nicht möglich“, so Pigorsch, „ich weiß ja nie genau, welche Jugendlichen kommen und in welcher Verfassung sie gerade sind. Manchmal schaffen wir viel weg – und manchmal geht es eben langsamer.“ Aber ihre Auftraggeber wissen das und planen großzügig.

Gabriel arbeitet ruhig und konzentriert. Er ist bereits zum zweiten Mal in der „Starthilfe“ – das erste Mal flog er raus, weil er zu unregelmäßig kam. Nun wird der 23-Jährige bald Vater und will es noch einmal probieren mit dem Schulabschluss. Er will seinem Kind etwas bieten können – und er weiß mittlerweile, dass das ohne vernünftige Ausbildung schwierig wird. Wie es weitergehen soll, weiß er auch schon: Eine Lehre als Koch will er machen, denn kochen macht ihm Spaß. Auch er lobt die Lage am „Ende der Welt“ der Jugendwerkstatt: „Ich komme hier runter, bin nicht abgelenkt und kann mich gut konzentrieren“, sagt er. Auch mit den anderen Jugendlichen kommt er ganz gut aus – auf jeden Fall komme man hier nicht, wie er sagt, „in schlechte Gesellschaft.“ Von seiner Leidenschaft fürs Kochen hatten letztes Jahr auch alle anderen etwas: Er hat das Weihnachtsmenü für die ganze Truppe gekocht. Die Anerkennung dafür tat und tut ihm gut. Und er weiß ganz genau: „Wenn ich ein guter Vater sein will, habe ich eh keine Wahl. Dieses Mal halte ich hier durch!“

Auch Martin arbeitet heute intensiv. Es hat lange gedauert, bis Schneidler Zugang zu dem scheu wirkenden Jungen bekommen hat, der sich aber nichts gefallen lässt. Bis der endlich sein Projekt gefunden hatte: Er baut eine Bank aus Holz, Schneidler zeigt ihm, wie die Steckverbindungen gearbeitet werden müssen, hilft beim Sägen und Feilen. Die Skizze, die Martin gemacht hat, bevor er sich an die Arbeit machte, hat alle überrascht: So ein kompliziertes Projekt hatten selbst sie ihm nicht zugetraut. Auch Suse hat heute einen guten Tag. Gut gelaunt sitzt sie an der Nähmaschine und näht bunte Stofffetzen aneinander, die später mal zu einem Kissenbezug werden sollen. Sie hat schon mehrere Maßnahmen hinter sich, hier gefällt es ihr am besten. Weil man in verschiedene Berufe hineinschnuppern kann und

mehr lernt als anderswo, findet sie. Und dass sie Petra Panse so nebenbei nach den neuesten Entwicklungen in ihrem Privatleben fragt, scheint sie auch nicht zu stören. Im Gegenteil, wahrscheinlich spürt sie, dass sie hier als ganze Person gesehen wird. Und dennoch ist die „Starthilfe“ immer wieder in Gefahr: Erstens allein durch die Tatsache, dass es immer weniger Jugendliche in der Region gibt. Nach Zahlen des Statistischen Landesamtes sinkt der Anteil der unter 20-Jährigen in der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2025 auf 14,1 Prozent. Das wären 13 Prozent weniger als noch im Jahr 2008. Aber der Landkreis Stendal hat noch ein ganz eigenes Problem: Er ist flächenmäßig der größte in Sachsen-Anhalt und hat dabei die zweitniedrigste Bevölkerungsdichte mit 50 Einwohnern pro km².

Petra Panse und ihr Team hoffen dennoch, weitermachen zu können. Schließlich haben sie viel investiert, damit die Starthilfe seit ihrem Start vor neun Jahren so funktioniert, wie sie es heute tut – und dabei hilft auch der weit entfernte Bahnhof enorm. //

Die Autorin:

Britta Sembach ist Journalistin und Mediatorin und lebt in Berlin. E-Mail: kontakt@brittasembach.de

Anmerkungen:

¹ Die Namen der Jugendlichen wurden von der Redaktion geändert.

„friedA fragen“

– *Ansprache, Information, Beratung und Begleitung von jungen Menschen zu Ausbildung in Thüringen*

Antje Müller

Juli 2014: Lucas¹ Mutter sorgt sich um ihren Sohn. Nach zwei abgebrochenen Ausbildungen in Berufsförderungswerken ist er 25 und schon eine ganze Weile zu Hause, ohne sich um Arbeit oder Ausbildung zu kümmern. Sie findet „friedA fragen“ im Internet und fragt an, ob das friedA-Team sich um Lucas kümmern könnte. Lucas erkrankte mit zwei Jahren schwer und verlor sein Gehör fast vollständig. Er lernte die Gebärdensprache und besuchte eine spezielle Schule mit Internat, die er mit dem Hauptschulabschluss beendete. Seit einem Jahr trägt Lucas ein Cochlear-Implantat, das ihm das Hören ermöglicht. Er trainiert beständig seine Sprachfähigkeiten. „friedA fragen“ (F.) nimmt mit Lucas (L.) Kontakt auf und begleitet ihn seitdem über Facebook und auch persönlich:

10.7.

- L: Ich möchte nicht Ausbildung machen. Ich möchte Geld verdienen, da muss Mama nicht alles bezahlen.
F: Denk noch mal darüber nach. Geld verdienen ist gut, aber mit einer fundierten Ausbildung hast du wesentlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

4.9.

- L: Ich wollte eigentlich Kfz-Mechaniker-Ausbildung machen, weil Auto habe ich immer Interesse. Ich mache doch besser Industriemechaniker-Ausbildung, weil ich damals Industriemechaniker-Ausbildung gemacht ohne Abschluss.
F: Das ergab auch der Berufsorientierungstest. Die Berufsberaterin empfiehlt dir eine begleitete betriebliche Ausbildung als Maschinen- und Anlagenführer. Während der Ausbildung bekommst du dann auch Nachhilfe und Unterstützung.

19.9.

- L: Am Mittwoch um 10 Uhr habe ich ein Gespräch bei der Bäckerei für Job.
F: Das ist ein guter Anfang. Trotzdem solltest du dich weiter für Ausbildungen als Maschinen- und Anlagenführer bewerben. Wir helfen Dir bei der Suche und bei deinen Bewerbungen.

08.12.

- L: Ich habe eine Post bekommen von der Firma Metallbau ... Ist auch leider abgelehnt.
F: Das tut uns leid. Mach weiter mit dem Bewerben, Absagen gehören dazu. Wir schauen weiter nach freien Ausbildungsstellen für dich und setzen uns noch mal mit deiner Berufsberaterin in Verbindung.

15.1.

- L: Die Arbeit (in der Großbäckerei) macht Spaß, ist aber anstrengend. Ich muss schnell arbeiten.
F: Hast du mal darüber nachgedacht, dort eine Ausbildung zu machen?
L: Ausbildung als Bäcker verdienen nicht viel, Metall ist besser.

18.1.

- L: Ich muss dringend einen Ausbildungsplatz finden. Aber bitte nur Metall.
F: Ja weiß ich. Wie gesagt, da arbeiten wir dran.

26.01.

- F: Hallo L., heute hat mich Frau B. zurückgerufen. Sie erzählte mir, dass du im Oktober oder November mit Frau S. (Agentur für Arbeit) telefoniert hattest. Du hast ihr gesagt, dass du keine Vermittlungsvorschläge mehr haben möchtest, weil du ja die Arbeit in der Bäckerei hast.
L: Ok. Dann muss ich mit Frau S. telefonieren oder????
F: Genau. Du sollst sie anrufen und sagen, dass du Vermittlungsvorschläge für Metallbetriebe möchtest, weil du trotz der Arbeit ab August eine Ausbildung machen möchtest.
L: Ok mache ich. Dann muss ich morgen sie anrufen.
F: Falls es notwendig ist, kannst du auch einen Termin bei ihr vereinbaren. Wenn es zeitlich passt, kann ich auch mit hinkommen.
L: Mache ich.
L: Aber ich hab Problem. Ich brauche Telefonnummer von Frau S.

10.02.

- F: Hallo L., hat es geklappt mit dem Anruf auf der Hotline? Hast du vielleicht schon einen Termin bei Frau S.?
L: Ich hab noch nicht angerufen.
F: Musst du aber so schnell wie möglich. Mach mal bitte :)
L: Mache ich morgen früh ok.

„friedA fragen“ begleitet und unterstützt L. weiterhin bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz für September 2015, bei der Bewerbung und bei allen anderen Fragen, die L. in diesem Zusammenhang hat.²

Das Projekt „friedA fragen – Gewinnung von Auszubildenden über soziale Online-Netzwerke“ wurde von der Jugendberufshilfe Thüringen e. V. im Rahmen der Landesinitiative „Thüringen braucht dich“ entwickelt. In der Annahme, dass junge ausbildungslose Thüringer und Thüringerinnen in den gut frequentierten sozialen Netzwerken aktiv und somit erreichbar sind, wurde „friedA fragen“ zunächst ein Jahr lang in verschiedenen sozialen Netzwerken modellhaft erprobt. Seit Januar 2012 konzentriert sich das Vorhaben mit Ansprache und Beratung ausschließlich und bewusst auf das Netzwerk Facebook.

Wer ist „friedA“?

friedA ist ein Synonym für das Projektangebot und die Personen, die hinter dem Projekt stehen. Die Anfangsbuchstaben bedeuten so viel wie:

- Frag uns,
- rede mit uns,
- informiere dich bei uns,
- erzähle uns von dir und deinen Zielen,
- diskutiere mit uns über deine Wünsche und Möglichkeiten.

friedA antwortet dir und gibt dir Auskunft zu Ausbildungsmöglichkeiten in Thüringen, Ansprechpartner/-innen und Alternativen für dich.

So entstand der Name friedA. Und weil jedes Facebook-Profil auch einen Nachnamen braucht, haben wir das Projekt „friedA fragen“ genannt.

Wer fragt, gewinnt!

Von „friedA fragen“ sollen alle Jugendlichen angesprochen werden, die Interesse an beruflichen Orientierungs-, Vorbereitungs- und/oder Ausbildungsmöglichkeiten in Thüringen haben. Im Sinne der Sicherung von Chancengleichheit nimmt das Projekt aber insbesondere die Jugendlichen in den Fokus, die als benachteiligt gelten und vom bestehenden Unterstützungssystem nicht (mehr) erreicht werden:

- Zu den jugendlichen Nutzern/-innen gehören Jugendliche und junge Erwachsene, deren Mobilität eingeschränkt ist, die negative Erfahrungen mit klassischen Beratungs- und/oder Unterstützungsangeboten gemacht haben, die berufliche Orientierungsangebote der Schulen versäumt haben, die eine Ausbildung oder ein Studium abgebrochen haben und sich neu orientieren, die aus verschiedenen Gründen keinen Zugang zu Förderangeboten finden, die einen besonderen

Förderbedarf und/oder eine Behinderung haben oder die sich mit einem „neutralen“ Partner im Sinne einer „zweiten“ Meinung über berufliche und/oder soziale Entscheidungen austauschen wollen.

- Zielgruppe sind ebenfalls diejenigen jungen Menschen bis 35 Jahre, die bisher ohne Berufsabschluss beschäftigt sind. Sie zu motivieren und ihnen gezielte Informationen zu Aus- und Nachqualifizierungsmöglichkeiten zukommen zu lassen, ist ein weiterer Schwerpunkt des Projektes.
- Auch können Jugendliche aus anderen Bundesländern angesprochen werden. Facebook bietet hierfür ideale Voraussetzungen, weil es länderübergreifend junge Menschen miteinander verbindet. Es genügt, dass die Jugendlichen auf Facebook angemeldet sind und ihre „persönlichen Einstellungen“ im Profil sowie die Facebook-Nutzungsbedingungen eine Ansprache ermöglichen.
- Eine weitere Zielgruppe sind sogenannte Multiplikatoren/-innen, d.h. Fachkräfte der beruflichen Bildung, Jugend-(sozial)arbeit, Schulsozialarbeit, Bildungsbegleitung usw. Sie sollen über die Angebote der Berufsorientierung, -vorbereitung und Ausbildung in Thüringen informiert und beraten werden, um ihrerseits junge Menschen in ihrem Arbeitskontext adäquat unterstützen und begleiten zu können.

Wie arbeitet „friedA fragen“?

„friedA fragen“ spricht Jugendliche niederschwellig dort an, wo sie einen großen Teil ihrer Freizeit verbringen: im sozialen Netzwerk Facebook. Kernpunkt ist die Ansprache, Information und Begleitung von jungen Menschen auf bzw. über Facebook – unkonventionell und unbürokratisch –, ohne dabei auf das gut ausgebaute Beratungs- und Förderangebot des Thüringer Übergangs- und Ausbildungssystems zu verzichten. Die friedA-Mitarbeiterinnen bieten „Hilfe aus einer Hand“. In Kenntnis vorhandener Strukturen und Leistungsangebote können sie jugendgerecht informieren, individuell beraten und auf die Nutzung vorhandener Programme und Angebote hinweisen. Dabei ersetzen sie nicht die professionellen Beratungsangebote, sondern motivieren zu deren Inanspruchnahme.

Die Schlüsselmethodik des Projektes liegt in der Ansprache, Informationsweitergabe und (Online-)Beratung der Jugendlichen und Multiplikatoren/-innen, die sich auf Facebook „aufhalten“. Die Ansprache der Jugendlichen und Fachkräfte, das Informationsmanagement sowie die konkrete Beratung und Betreuung erfolgt über zwei teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen der Jugendberufshilfe Thüringen.

Das Projekt unterhält ein Facebook-Profil und eine Facebook-Seite. Profildaten und Seiteninformationen beinhalten Informationen zum Projekt sowie zum Anliegen und Angebot. Es sind Kontaktdaten hinterlegt, damit sich interessierte Jugendliche, aber auch Unternehmen sowie Multiplikatoren/-innen sowohl auf Facebook als auch über Telefon, E-Mail oder Internet mit den Mitarbeiterinnen in Verbindung setzen oder sich über das Projekt informieren können. Um auf das Profil und die Seite neugierig zu machen, werden u. a. monatlich Facebook-interne Werbeaktionen projektbegleitend in allen Thüringer Regionen für die Zielgruppe geschaltet. Sie sind Hauptanspracheform für „Fremde“, also junge Menschen, Unternehmen und Multiplikatoren/-innen, die noch nicht mit „friedA fragen“ befreundet sind. Sie ermöglichen eine themenspezifische Ansprache im Netzwerk und verlinken direkt zum „friedA fragen“-Angebot.

„friedA fragen“ nutzt das bereits bestehende Netzwerk des Projektträgers im Bereich der beruflichen Orientierung, Vorbereitung und Aus- bzw. Weiterbildung sowie die Partner im Unterstützungssystem, z. B. Projekte der beruflichen und sozialen Integration, Beratungsstellen, Therapieeinrichtungen, Einrichtungen und Angebote der Jugendsozialarbeit usw. Informationen werden in jugendgerechter Sprache aufgearbeitet und in geeigneter Art und Weise (zum Beispiel mit Fotos, Verlinkungen, Kurzinformationen und ergänzenden Kommentaren) auf dem Profil sowie auf der Seite zur Verfügung gestellt. Diese Facebook-interne Projektseite bietet den Nutzern/-innen die Möglichkeit, über das Anklicken von „Gefällt mir“, regelmäßig friedA-Informationen, -Tipps usw. zu „abonnieren“. Alle Informationen sind für alle Profilverbündeten/-innen und Nutzer/-innen auf deren Startseite einseh- und abrufbar. Die Bandbreite reicht dabei von Informationen zu aktuellen Ausbildungsplätzen in den verschiedenen Regionen Thüringens, zu ausbildenden Betrieben, zu Bewerbungsmodalitäten und Infoveranstaltungen bis hin zu Überbrückungsmöglichkeiten und beruflichen Alternativen in Thüringen. Um die Pinnwände der jugendlichen Nutzer/-innen nicht zu überlasten und deren „Privatsphäre“ nicht einzuschränken, werden täglich nicht mehr als drei berufs- und ausbildungsrelevante Informationen gepostet.

Immer mehr Unternehmen verfügen inzwischen über eine Facebook-Seite. „friedA fragen“ abonniert diese Unternehmensseiten über das Anklicken des „Gefällt mir“-Buttons. Dadurch erscheinen die aktuellen Unternehmensnachrichten automatisch auf dem friedA-Profil und stehen über das „Teilen“ allen friedA-

Freunden und Nutzern/-innen zur Verfügung. Derzeit bestehen rund 250 Kontakte zu Thüringer Unternehmen. „friedA fragen“ postet deren konkrete berufsorientierende und ausbildungsrelevante Veranstaltungen, Praktikaangebote oder freie Ausbildungsstellen. Ebenfalls befinden sich 106 Multiplikatoren auf der virtuellen Facebook-Liste. Dies sind z. B. Jugendclubs und -einrichtungen, Streetworker/-innen, Bildungsbegleiter/-innen, Ausbildungsberater/-innen und andere Personen bzw. Einrichtungen, die sich mit „friedA fragen“ befreundet, die „friedA fragen“-Seite abonniert haben oder persönlich mit den Mitarbeiterinnen in Kontakt stehen. Sie verbreiten die täglich geposteten Nachrichten und Informationen über ihre Profile weiter bzw. nutzen diese in der Beratung der von ihnen betreuten Jugendlichen.

Mit kurzen Nachrichten oder mit einem „Begrüßungs-Post“ stellen die Mitarbeiterinnen den neuen Nutzern/-innen sich selbst und das Projektangebot innerhalb von Facebook vor.

Diese entscheiden dann, ob sie sich mit „friedA fragen“ befrienden und/oder auf das (Online-)Beratungsangebot einlassen wollen. Die persönliche Kontaktaufnahme, das konsequente und zeitnahe Reagieren der Mitarbeiterinnen auf Nutzer/-innenanfragen garantieren den Jugendlichen Verlässlichkeit und machen transparent, dass hinter „friedA fragen“ Mitarbeiterinnen stehen, die sich für ihre Interessen und Belange interessieren. Nach eingehender Recherche beantworten die Mitarbeiterinnen Fragen der Jugendlichen oder Multiplikatoren/-innen entweder via E-Mail, per Telefon, als Nachricht auf Facebook oder im Onlinechat. Lässt sich aus den individuellen Anfragen ein allgemeingültiges Interesse der jugendlichen Zielgruppe erkennen, stellen die Mitarbeiterinnen entsprechende Informationen auf dem Profil oder der Seite bereit, die dann wiederum auch für Multiplikatoren/-innen öffentlich zur Verfügung stehen. Die (Online-)Beratung ist freiwillig und kostenfrei. Bei Bedarf wird den Jugendlichen ebenfalls die Durchführung eines geeigneten Berufsneigungs- und Kompetenzfeststellungstests nahegelegt. Die Testergebnisse werden, wenn von den Jugendlichen gewünscht, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen ausgewertet. Ist nach Meinung der Mitarbeiterinnen eine weiterführende Betreuung oder intensivere Beratung notwendig, empfehlen sie den Jugendlichen die Kontaktaufnahme zu einem regional zuständigen Netzwerkpartner, stellen auf Wunsch einen Kontakt her und begleiten ggf. zum ersten Termin. Auch danach stehen die friedA-Mitarbeiterinnen als Ansprechpartnerinnen in Facebook zur Verfügung.³

„friedA fragen“ wurde bis 31.12.2014 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Freistaates Thüringen finanziert. Seit Januar 2015 werden Eigenmittel des Projektträgers eingesetzt, um eine schnelle Finanzierungslösung wird aktuell gelungen. Seit Start der friedA-Aktivitäten (01.07.2011) konnten 711 (Online-)Beratungen sowie individuelle Begleitungs- bzw. Betreuungstermine durch die friedA-Mitarbeiterinnen realisiert werden.

Die Intensität, der Umfang und die Inhalte der Beratungen bzw. Betreuung orientieren sich dabei an den individuellen Wünschen und Bedarfslagen der jungen Menschen. Die Beratungsschwerpunkte liegen u. a. in den Bereichen Motivation und Unterstützung (11,6 Prozent), Klärung der beruflichen und sozialen Situation (12,4 Prozent), Vermittlung und Begleitung zu Netzwerkpartnern (18,2 Prozent), Berufswahl- und Bewerbungsunterstützung (16,1 Prozent), Information zu und Unterstützung bei der Suche nach freien Ausbildungsstellen, Jobs, EQ, Freiwilligendiensten und Praktika (12,5 Prozent), Infos zu Unternehmen und Berufen (10,9 Prozent), persönliche Begleitung bei Problemlagen (5,1 Prozent) sowie Unterstützung bei finanziellen und gesetzlichen Fragen/Problemen (13,2 Prozent). Durchschnittlich 17 junge Menschen pro Monat nehmen eine langfristige Beratung/Begleitung durch die friedA-Mitarbeiterinnen in Anspruch. Insgesamt wurden seit Projektbeginn 143 junge Menschen individuell beraten/betreut.

Die Zahl der „friedA-Freunde/-innen“ bzw. „friedA-Nutzer/-innen“ auf dem Profil bzw. der Seite erhöhte sich von jeweils 34 im Oktober 2011 auf 243 bzw. 1.388 im Februar 2015. Allein auf der „friedA fragen“-Seite werden pro Monat durchschnittlich 14.358 mit eingestellten Informationen oder Beiträgen erreichte Personen gezählt. Es werden dabei etwa zu gleichen Anteilen weibliche und männliche Personen in allen Altersgruppen erreicht. Schwierig ist es, qualitative Integrationsergebnisse zu gewinnen. Die Nutzer/-innen fühlen sich aufgrund des niedrigschwelligen Mediums nicht dazu verpflichtet, friedA darüber zu informieren, inwiefern die bereitgestellten Informationen oder die Onlineberatungen zu erfolgreicher beruflicher Integration bzw. zur Aufnahme einer Ausbildung beigetragen haben.

Welche Grenzen gibt es?

Grenzen sind dem Projekt nur insofern gesetzt, als dass sich „friedA fragen“ in einem sozialen Netzwerk, d.h. quasi im Privat- bzw. Freizeitbereich der Nutzer/-innen, befindet. Es gibt keine Verpflichtung der Jugendlichen zur Mitwirkung, der Kontakt kann jederzeit unter- bzw. abgebrochen werden. Jugendliche nutzen „friedA fragen“ genau dann, wenn es für sie nützlich oder hilfreich ist. So setzt die längerfristige Zusammenarbeit mit friedA – im Sinne einer umfassenden Betreuung


– innere Motivation und Bereitschaft der jungen Menschen voraus. Damit unterscheidet sich der „friedA fragen“-Ansatz wesentlich von anderen Förder- und Beratungsangeboten mit Maßnahmencharakter und ergänzt das Thüringer Angebot sinnvoll und bedarfsgerecht. //

Die Autorin:

Antje Müller ist stellv. Geschäftsführerin der Jugendberufshilfe Thüringen e.V. und Projektleiterin bei „friedA fragen“. E-Mail: Antje.Mueller@jbhth.de

Anmerkungen:

- ¹ Name von der Redaktion geändert.
- ² Auszüge aus dem „friedA fragen“-Chatverlauf mit L., redaktionell angepasst und gekürzt.
- ³ Die Zusammenarbeit mit den Fachdiensten und Beratungsstellen wird unter strenger Beachtung des Datenschutzes gewährleistet.

 Nach wie vor werden offensichtlich von den ausreichend zur Verfügung stehenden Thüringer Berufsorientierungs-, Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsangeboten nicht alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen erreicht. Laut BA-Statistik vom Oktober 2014 waren seit Beginn des Berichtsjahres 13.272 betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsstellen in Thüringen gemeldet. Davon blieben 1.228 zum Ende des Berufsberatungsjahres am 30.09.2014 unbesetzt. Gleichzeitig wurden zum Stichtag 30.09.2014 noch 265 unversorgte Bewerber/-innen ohne Perspektive gezählt. Hinzukommen Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildungsstelle, die sich nicht bei der BA als Bewerber/-innen melden, und 586 Bewerber/-innen, die eine Alternative zur Berufsausbildung begonnen haben und somit nicht mehr als Bewerber/-innen gezählt sind. Allein von den 5.334 arbeitslosen Thüringer Jugendlichen unter 25 Jahren sind 2.871 ohne Berufsabschluss (54 Prozent), 683 ohne Schulabschluss (12,8 Prozent) und 1.201 bereits länger als sechs Monate arbeitslos (BA, Oktober 2014).

Weitere Informationen:

friedA fragen – Profil:
www.facebook.com/frieda.fragen.5

friedA fragen – Seite:
www.facebook.com/friedAFragen

Website:

www.jbhth.de/projektarbeit/frieda-fragen

Jugendbüros im Bergischen Land



Martin Schäfer

Projekte in der Jugendsozialarbeit sind häufig zeitlich befristet. Feste Standorte einzurichten lohnt sich dann manchmal nicht – vor allem nicht in ländlichen Gebieten. Die Einführung von Jugendbüros mit einem Angebotsmix ist der Versuch, für dieses Problem eine Lösung zu finden. Die Idee zur Etablierung von Jugendbüros durch die Katholische Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH (KJA) als nach außen kommunizierte Marke im Norden des Rheinisch-Bergischen Kreises entstand aus folgenden Gründen:

- Es sollte ein verlässliches Angebot vor Ort entstehen, das unabhängiger wird von Projektförderungen und den zugrunde liegenden Finanzierungen.
- In ländlichen Gebieten ist es wichtig, „vor Ort“ zu sein und die lokalen Ansprechpartner zu kennen.
- Mobilität ist für junge Menschen im ländlichen Raum immer eine Herausforderung, da Bus- und Bahnlinien nur sehr eingeschränkt nutzbar sind.
- Für kreisweit tätige Angebote wie den Jugendmigrationsdienst Rhein-Berg lohnt es sich nicht, alleine weitere Standorte anzumieten.
- Die Jugendbüros können als (Außen-)Geschäftsstelle dienen für die Einrichtungen des Trägers, die sich im Nordkreis befinden.
- Eine Aufgabe der Katholischen Jugendagenturen ist auch die Unterstützung der Pfarrgemeinden in Fragen der eigenen Jugendarbeit. Die Nähe durch die Jugendbüros erleichtert diese Aufgabe erheblich.

Der Rheinisch-Bergische Kreis grenzt an das rechtsrheinische Köln an und bildet den Übergang zum Bergischen Land. Bergisch Gladbach als Kreisstadt und der Sitz der Geschäftsstelle der KJA bildet das Zentrum als eine von acht Kommunen im Kreisgebiet.

Im Norden des Rheinisch-Bergischen Kreises entwickelte die KJA als Träger in den letzten Jahren mehrere Projekte an Schulen (Nachmittagsbetreuung) oder Beratungsangebote im Rahmen der Jugendsozialarbeit, z.B. die Kompetenzzentrum Burscheid/Leichlingen und die Beratungsstellen gemäß Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung. Zum Leistungsangebot der KJA zählen außerdem Einrichtungen, Angebote und Maßnahmen in verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit. Insgesamt sind etwa 300 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen in mehr als 50 Einrichtungen für die KJA tätig.

Die Arbeit der Katholischen Jugendagenturen hat sich in den letzten Jahren verändert: Im Erzbistum Köln sind nicht nur die Pfarreien zusammengelegt worden, sondern auch die Unterstützungsstrukturen für die Jugendpastoral. Die ehemals 13 KJAs (früher „Katholische Jugendämter“) sind heute zusammengefasst zu fünf Katholischen Jugendagenturen, die für deutlich größere Gebiete zuständig sind. Die drei Jugendbüros sind 2010 im Nordkreis in Burscheid, Leichlingen und Wermelskirchen entstanden. Dafür wurden jeweils geeignete Ladenlokale in Innenstadtlage angemietet. Anforderungen an die Auswahl waren die erforderliche sehr gute Erreichbarkeit und mindestens eine Fläche von 35 qm mit Toilette und Kaffeeküche. Je nach Voraussetzungen entstanden in den Jugendbüros unterschiedliche Schwerpunkte – je nachdem, welche Projekte dort angesiedelt werden konnten.

Die Finanzierungen der jeweiligen Jugendbüros richten sich nach den Möglichkeiten der jeweils verorteten Projekte. Zunächst waren es die Kompetenzzentren und der Jugendmigrationsdienst Rhein-Berg, die den größten Teil der Finanzierung stemmen mussten. Heute besteht in jedem Jugendbüro ein Finanzierungs- und Angebotsmix. Als Beispiel sei hier das Jugendbüro Wermelskirchen genannt:

- Beratung von Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabegesetzes
- Projekt „Schulmüde Jugendliche in Wermelskirchen“
- Beratung im Übergang Schule – Beruf als Außenstelle der Kompetenzzentrum
- Sprechstunden des Jugendmigrationsdienstes Rhein-Berg an zwei Nachmittagen/Woche
- Durchführung von Sprachkursen für Flüchtlinge in Kooperation mit der Kath. Kirchengemeinde Wermelskirchen und der Volkshochschule
- Unterstützung für die Durchführung von Potenzialanaly-

sen an Schulen im Rahmen von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ des Landes NRW

- Außengeschäftsstelle als durchführender Träger des Ganztags an einer Grundschule und an zwei weiterführenden Schulen

Zielgruppen, Zugangswege und Aufgaben der Jugendbüros

Junge Menschen oder ihre Familien werden zunächst durch die jeweiligen projektinternen Vorgaben erreicht. Ob durch Kooperation mit Schulen, Zuweisung durch die Jobcenter oder aufsuchende Ansätze – je nach Projekt dient das Jugendbüro als alleinige Anlaufstelle mit reiner Komm-Struktur oder mehr als Ausgangspunkt für dezentrale, aufsuchende Beratung oder Angebote.

Die Jugendbüros sind zunächst an den Orten eingerichtet worden, an denen die Kompetenzzentren tätig waren. Dadurch lag ein deutlicher Schwerpunkt in der Beratung von Jugendlichen im Übergang von der Schule in den Beruf oder in die Ausbildung. Die Jugendbüros werden von jungen Menschen gut angenommen, auch wenn sie selbst in vielen Fällen den Erstkontakt gar nicht herstellen. Der Zugangsweg wird über Eltern, Schulen oder über die Jobcenter hergestellt, da deren Fallschlüssel eine intensivere Begleitung verhindern. Auch aufsuchende Ansätze oder die Kooperation mit Jugendzentren oder Kirchen waren hilfreich zur Erreichung der jeweiligen Zielgruppen. Günstig wirkte sich der Umstand aus, dass die KJA in den Kommunen der Jugendbüros seit Jahren als Partner des Ganztags an den Hauptschulen tätig ist. Generell machen wir die Erfahrung, dass die Zusammenarbeit mit den Schulen ein wichtiger Schlüssel für die Verstärkung eigener Angebote in einer Kommune ist. Der kreisweit tätige Jugendmigrationsdienst nutzt die Jugendbüros für dezentrale Sprechstunden. Nicht zu unterschätzen ist die Signalwirkung der Präsenz in den jeweiligen Innenstadtlagen: Es gehört zum Alltag der Jugendbüros, dass spontan junge Menschen oder in vielen Fällen auch deren Eltern im Jugendbüro nach Unterstützung anfragen. Überwiegend geht es dabei um praktische Fragen zur Erstellung von Bewerbungsunterlagen oder zur Unterstützung bei der Berufswahl.

Die Präsenz in den jeweiligen Kommunen macht es verhältnismäßig leicht, zu den örtlichen Jugendämtern, den Jobcentern oder den Schulen Kontakt zu halten. Die jeweiligen Mitarbeiter/-innen nehmen außerdem an den örtlichen Arbeitskreisen teil, die sich schwerpunktmäßig mit dem Übergang Schule – Beruf befassen.

Die Anzahl der erreichten Jugendlichen variiert je nach Standort. Erfahrungsgemäß kann aber von folgenden Eckdaten ausgegan-

gen werden: Im Rahmen der Beratung Übergang Schule – Beruf befinden sich etwa 50 Jugendliche je Jugendbüro dauerhaft im Case Management, hinzukommen die Beratungen von Jugendlichen, die nicht in ein Case Management münden.

Durch die Sozialarbeiter/-innen des Bildungs- und Teilhabepaketes wurden 2014 etwa 200 Familien je Standort beraten und bei der Antragsstellung begleitet. Das führte zu etwa 800 Anträgen je Jugendbüro. Kooperationsprojekte wie die Durchführung von Sprachkursen für Flüchtlinge erhöhen die Zahl der erreichten Jugendlichen noch einmal.

Das Jugendbüro – ein Modell für die ländliche Region?

Ein Landkreis und dessen Zentrum bilden nicht unbedingt den Sozialraum ab. Bürger/-innen aus Wermelskirchen orientieren sich z. B. eher nach Solingen, Remscheid oder nach Wuppertal als nach Bergisch Gladbach. Das Vorhandensein oder das Fehlen von Bus- oder Bahnlinien spiegelt diese Orientierung häufig ganz gut wider. Die Geschäftsstelle der KJA in Bergisch Gladbach, aber auch andere öffentliche Dienstleistungen wie die Beratung der Agentur für Arbeit etc. befinden sich zwar geografisch in der Mitte des Rheinisch-Bergischen Kreises, tatsächlich sind sie aber

deutlich schlechter erreichbar als Zentren in Nachbarkommunen. Diese sind jedoch nicht zuständig für die relevanten Unterstützungsleistungen.

In ländlichen Gebieten ist neben der Erreichbarkeit bzw. den fehlenden Mobilitätsoptionen ein weiterer Punkt ganz wichtig: die Verlässlichkeit des Angebotes und der handelnden Personen. In den Jugendbüros sind häufig mehrere Stellenanteile kombiniert in einer Fachkraft. Junge Menschen denken nicht in Zuständigkeiten – ihnen ist es wichtig, eine konkrete Person als verlässliche Ansprechpartner/-in zu haben. Sie nimmt in einem Jugendbüro mindestens die Funktion eines Clearings wahr, in dem die passgenauen Angebote im Jugendbüro oder auch externe Angebote vermittelt werden können. Diese Verlässlichkeit durch konstantes Personal ist ebenfalls wichtig für Kooperationspartner in den Kommunen. Vor allem Schulen legen sehr viel Wert auf die Kontinuität durch gleichbleibende Ansprechpartner/-innen.

Die größte Herausforderung liegt darin, die in den Jugendbüros verorteten Projekte zu verstetigen und ggf. zu etablieren. Auslaufende Angebote müssen durch möglichst passende Projekte ersetzt werden.

Durch den Wegfall der Kompetenzagentur ist in Wermelskirchen z. B. die Situation entstanden, dass in Fragen des Über-



„Die Zusammenarbeit mit den Schulen ist ein Schlüsselfaktor.“

gangs Schule – Beruf nach Burscheid oder nach Leichlingen verwiesen werden muss. Dort existiert noch ein Angebot aus dem Programm „Jugend stärken im Quartier“. In Burscheid ist es gelungen, dieses Programm als Nachfolgeprojekt der Kompetenzagentur anzusiedeln. Die Mitarbeiter/-innen in den Jugendbüros sind aber angewiesen, möglichst unbürokratisch Hilfe zu vermitteln und junge Menschen nicht abzuweisen. Der kleinste gemeinsame Nenner in der Angebotsstruktur der Jugendbüros bleibt der Auftrag, zumindest eine Clearingstelle für Jugendliche zu sein, die die passenden lokalen Dienste kennt und entsprechend vermitteln kann.

In der Praxis zeigt sich manchmal das Problem, dass sich die Art des Angebots oder das Portfolio ändern können. Das erschwert die Kommunikation eines klaren Profils nach außen. Während in einem Jahr durch den Angebotsmix die Beratung im Übergang Schule – Beruf im Mittelpunkt steht, kann der Schwerpunkt im Folgejahr eher in der Begleitung von schulmüden Jugendlichen liegen. Die Mischung der unterschiedlichen Projekte und Finanzierungen macht die Abgrenzung nach Fördertopf und Aufgaben teilweise kompliziert. Vorteilhaft ist andererseits, dass eine Fachkraftstelle länger mit derselben Person besetzt ist, obwohl sich Projektfinanzierungen und -anteile ändern.

Bei der Entscheidung, Jugendbüros einzurichten, sind aus unserer Sicht folgende Faktoren günstig:

- Der Träger verfügt über mehrere Tätigkeitsschwerpunkte. Das erleichtert den für die Finanzierung nötigen „Finanzierungsmix“.
- Es besteht eine gute lokale Vernetzung mit Jugendamt, Schulen und Jobcenter.
- Es bestehen mehrere bestehende Projekte oder Einrichtungen in der Nähe.

Eine Alternative wäre die Kooperation mit einem anderen Träger und das gemeinsame Einrichten eines gemeinsamen Jugendbüros.

Das Jahr 2015 wird sehr wichtig für die Zukunft der Jugendbüros, weil im Sommer die Finanzierungen für die Beratungsstellen des Bildungs- und Teilhabepakets voraussichtlich enden. Damit fällt eine bedeutende Säule für die Finanzierung weg. Die Zukunft der Jugendbüros wird damit sehr ungewiss, weil Alternativen noch fehlen. Die positiven Erfahrungen überwiegen, derzeit gibt es Überlegungen, im Oberbergischen Kreis in Gummersbach ein neues Jugendbüro einzurichten. //

Der Autor:

Martin Schäfer ist Referatsleiter der Katholischen Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH. E-Mail: Martin.Schaefer@kja.de



Stefanie, 24 Jahre, macht bei der „Schule auf Rädern“ ihre Berufsschulreife.

Nahaufnahme

Mit 15 habe ich davon geträumt, ...

... auf einem Reiterhof zu leben.

Einen Tag lang wäre ich gerne ...

... ein Superstar.

Mich ärgert ...

... der Haushalt.

Ich kann gut ...

... herumkommandieren.

Wenn ich den Politikern/-innen eine Frage stellen könnte, ...

... würde ich sie fragen, warum sie nicht mehr gegen

Wohnungsnot tun.

Ich finde mich ...

... spitze.

In zehn Jahren möchte ich ...

... ein Haus mit einem weißen Gartenzaun haben.

25 Jahre KJHG heißt auch 25 Jahre § 13 SGB VIII

Andrea Pingel

Unser § 13 „Jugendsozialarbeit“ wird in diesen Tagen 25 Jahre alt, denn er ist genauso alt wie das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Dieses wurde nach vielen Anläufen und langen Debatten 1989 mit den Stimmen der Opposition im Bundestag verabschiedet, im Frühjahr 1990 hat es den Bundesrat passiert und trat im Sommer 1990 – veröffentlicht wurde das Gesetzblatt am 28. Juni 1990 – zuerst in den neuen Ländern und ab 1991 auch im „Westen“ in Kraft. Seitdem sind in 40 Änderungsgesetzen zwar zahlreiche neue Regelungen – insbesondere im Hinblick auf die erweiterte Kindertagesbetreuung und den stärkeren Schutz von Kindern – in das Gesetz aufgenommen worden, aber gleichzeitig hat es sich

als anerkannte fachliche und rechtliche Grundlage der Jugendhilfe – und auch für unser Feld der Jugendsozialarbeit – bewährt.

In diesen 25 Jahren hat sich die Jugendhilfe – bei allen Problemen und dem hohen Finanzierungsdruck in der Praxis – bundesweit in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern weiterentwickelt, sie ist professioneller geworden, es kam zu einer weitgehen Angleichung von fachlichen Standards in neuen und alten Ländern und vor allem: Ein deutlicher Perspektiven- und Mentalitätswechsel wurde eingeläutet, denn das Gesetz ist weniger von der Empfangslogik staatlicher Wohlfahrtsmaßnahmen geprägt, sondern wendet sich stark den

Kindern, Jugendlichen und ihren Familien selber zu. In diesem Sinne ist es in der Fachwelt als gemeinsame Grundlage und Handlungsorientierung angenommen worden und verbindet Fachkräfte und Träger über die jeweiligen Leistungsbereiche und Trägerschaften hinweg. Jugendhilfe ist inzwischen – wie auch im 14. Kinder- und Jugendbericht festgestellt – im Alltag angekommen und es ist nicht mehr umstritten, dass es für das gute Aufwachsen und das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen eine gemeinsam wahrgenommene Verantwortung von öffentlicher wie auch privater bzw. familiärer Seite bedarf.

Der Kinder- und Jugendbericht hebt allerdings auch hervor, dass die vermehrte soziale Ungleichheit die Gefahr birgt, dass junge Menschen als „Bildungsverlierer“ frühzeitig und dauerhaft abgehängt werden.¹ Darum geht es für die Jugendhilfe und die Jugendsozialarbeit mehr denn je darum, in breiter Kooperation verschiedener Akteure und Ebenen möglichst umfassend dazu beizutragen, dass Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg durch das Bildungssystem, beim Erwachsenwerden und dem Einstieg in das Berufsleben so weit wie nötig unterstützt und begleitet werden, damit möglichst allen diese Übergänge gelingen.

Jugendsozialarbeit im Kinder- und Jugendhilfegesetz

Der Kern und die Haltung des Gesetzes spiegeln sich im § 1 SGB VIII des Kinder- und Jugendhilfegesetz wider, wenn es dort heißt: „(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Die Jugendhilfe wird in umfassender Weise aufgefordert, dazu beizutragen, dass dieses Recht auch verwirklicht wird.

Jugendsozialarbeit ist im Kinder- und Jugendhilfegesetz mit dem § 13 SGB VIII als Teil der Jugendhilfe benannt, ihr zentraler Auftrag ist die gesellschaftliche Integration junger Menschen: Kinder und Jugendliche dürfen – gerade, wenn sie unter schwierigen Bedingungen aufwachsen oder etwa migrationsbedingt besondere Herausforderungen zu bewältigen haben – nicht benachteiligt und in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden. Daraus ergeben sich unterschiedlichste Anforderungen an eine individuelle und sozialräumlich ausgerichtete Förderung durch die Jugendsozialarbeit, die sich anders als die Hilfen zur Erziehung nicht an die Eltern, sondern direkt an die jungen Menschen wendet.² Jugendsozialarbeit steht in engem Zusammenhang mit anderen Leistungen für förderbedürftige Jugendliche nach dem Zweiten, Dritten und Zwölften Sozialgesetzbuch sowie dem jeweiligen Schulrecht der Länder. In der Praxis kommt es daher zu zahlreichen Überschneidungen in

Rechts- und Finanzierungsfragen.³ Daraus ergibt sich eine besondere Notwendigkeit zur umfangreichen Kooperation und Vernetzung (§ 13 Abs. 4 SGB VIII).

Jugendsozialarbeit bietet eine sozialpädagogische Unterstützung (§ 13 Abs. 1 SGB VIII) in Form von Beratung, Bildung und Begleitung und stellt auch eigene Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf zur Verfügung (§ 13 Abs. 2).

Jugendwohnheime für alle Jugendlichen, die eine Ausbildung oder Ausbildungsvorbereitung an einem weiter entfernten Ort absolvieren, bieten neben Wohnraum auch sozialpädagogische Begleitung (§ 13 Abs. 3). Um sozialer Benachteiligung wirksam zu begegnen, geht es in der Jugendsozialarbeit immer auch darum – im Sinne des § 1 Abs. 4 – Partei für junge Menschen zu ergreifen und anwaltschaftlich sozialen, materiellen und kulturellen Rahmenbedingungen entgegenzuwirken, die ihre Teilhabe einschränken.

Die Geschichte der Jugendsozialarbeit ist länger als 25 Jahre ...

Die historischen Wurzeln der Jugendsozialarbeit liegen tatsächlich wesentlich früher (nach ersten Anfängen in der Weimarer Republik), vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als es galt, mit Millionen junger Menschen, die großteils ohne abgeschlossene Ausbildung waren (darunter viele Waisen und Flüchtlinge), eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Parallel zum Aufbau der öffentlichen Verwaltung entstanden überwiegend als „Selbsthilfewerke der Jugend“ „Jugendnotdienste“ (ganz überwiegend in freier Trägerschaft), die Jugendwohnheime, gemeinnützige Ausbildungsstätten, Lehrgänge und weitere Unterstützungsleistungen entwickelten und etablierten, um vor allem der Berufsnot zu begegnen.⁴ Der Begriff „Jugendsozialarbeit“ taucht in der Rechtsdebatte zuerst 1977 im damaligen Entwurf für das neue Jugendhilfegesetz auf, nachdem ihre Arbeitsfelder im Jugendwohlfahrtsgesetz im § 5 Abs. 1 Nr. 7 bereits aufgeführt waren.⁵ Einen eigenen Leistungsbereich stellt die Jugendsozialarbeit tatsächlich erst mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz dar.

... und bringt ständig neue Herausforderungen

Nach vielen Jahren, in denen zu wenige Angebote für die zahlreichen Schulabgänger/-innen bereitstanden, ist nun im Rahmen des demografischen Wandels zunehmend vom Fach-

kräftemangel die Rede – das Bewusstsein wächst, dass die Potenziale junger Menschen nicht verschwendet werden dürfen. Dennoch kommen die wirklichen Lebenslagen, Probleme und eigenen Interessen der jungen Menschen selber bislang viel zu wenig in den Blick. Unverändert hoch ist der Anteil junger Menschen, die im bestehenden Bildungs- und Ausbildungssystem auf strukturelle Hemmnisse stoßen und aus den unterschiedlichsten Gründen mehr oder weniger chancenlos sind. Weder werden genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt noch kommt es zu ausreichend abgestimmten Aktivitäten, um Jugendliche mit Entwicklungs- und Förderbedarf an Ausbildung gezielt heranzuführen.

Während einzelne Kommunen in der Jugendsozialarbeit sehr aktiv sind, führte vielerorts auch der – allein in Fragen der beruflichen Integration im engeren Sinn bestehende – rechtliche Vorrang des SGB II (§ 10 Abs. 3 SGB VIII) dazu, dass Förderungen der Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII in den letzten Jahren weiter eingeschränkt wurden. Dabei wird aber übersehen, dass zahlreiche junge Menschen aufgrund sozialer Benachteiligung und möglicher individueller Beeinträchtigung zur gelingenden sozialen Integration berufsbezogene sozialpädagogische Hilfen benötigen, für die weiterhin die Jugendhilfe Verantwortung trägt.⁶ Auch sind die Angebote, die etwa durch die Bundesagentur für Arbeit oder andere Dritte finanziert werden, in der Regel weder kommunal zu steuern noch stehen sie zuverlässig und dauerhaft zur Verfügung. Sie können also das Engagement der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe und eine aktive Jugendpolitik beim Thema Übergang ergänzen, aber nicht ersetzen.⁷ Seit vielen Jahren liegt der Anteil, den die Kommunen für Jugendsozialarbeit aufwenden, nur bei durchschnittlich 1,2 Prozent des Jugendhilfeetats.⁸ Zuwächse in den letzten Jahren gab es nur (immer noch auf niedrigem Niveau) im Bereich der Schulsozialarbeit.

(Rechtliche) Entwicklungsbedarfe in Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit

Schon im Koalitionsvertrag ist das Ziel der inklusiven Weiterentwicklung der Jugendhilfe zu einem „zukunftssicheren“ Hilfesystem festgehalten, der 25-jährige Geburtstag des KJHG gibt dazu weiteren Anlass: Im Vordergrund steht die inzwischen beschlossene „Große Lösung“, die dazu beitragen soll, alle Kinder und Jugendlichen zu fördern – also auch diejenigen, die aufgrund einer Behinderung oder Krankheit auch Leistungsansprüche in anderen Sozialgesetzbüchern haben. Insgesamt ist es an der Zeit, die Rechte von Kindern und Jugendlichen selber noch stärker in den Mittelpunkt des KJHG

zu stellen. Dabei geht es sowohl darum, umfassend Schutz zu garantieren, als auch dazu beizutragen, dass Kinder und Jugendliche in der Familie und auch in Institutionen der Jugendhilfe zu ihrem Recht kommen. Dies haben nicht nur die Diskussion um sexualisierte Gewalt oder die „Heimdebatte“ in den letzten Jahren nachdrücklich gezeigt. Eine Stärkung der Kinderrechte muss zudem auch für „nicht deutsche“, ausländische Kinder und Jugendliche, vor allem junge Flüchtlinge in unserem Land gelten!⁹

Ein weiteres drängendes Problem ist die Ausgestaltung und Finanzierung der Leistungen durch die kommunale Jugendhilfe, denn aktuell fallen rechtlich verbriefte Angebote den finanziellen Zwängen und der Haushaltssicherung zum Opfer oder Leistungen sollen eingestellt werden, sobald ein Jugendlicher 18 Jahre alt ist.

Wenn es um den „§ 13 Jugendsozialarbeit“ im engeren Sinne geht, gibt es m. E. einige notwendige Verbesserungen, die teilweise zwar schon länger in der Diskussion sind, wo sich aber noch keine klare Lösung abzeichnet:

- Eine verbindlichere Ausgestaltung der Jugendsozialarbeit nach § 13 (sowie des gesamten Leistungsbereiches § 11 bis § 14 SGB VIII) ist nötig, die Erfahrung der letzten Jahre hat deutlich gezeigt, dass ansonsten bundesweit gesehen in vielen Kommunen zu wenige Angebote bereitgestellt werden.
- Notwendig ist eine „inklusive“ Weiterentwicklung und Öffnung der Jugendsozialarbeit für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Unterstützung bis zum erfolgreichen Berufseinstieg suchen.
- Eine rechtliche Absicherung und verbindliche Verankerung der Schulsozialarbeit ist überfällig, diese könnte entweder durch einen eigenen neuen Paragraphen oder auch durch einen neuen Abschnitt im § 13 SGB VIII 1 a o. Ä. erfolgen.
- Aktuellen Entwicklungen zur Stärkung von Rechten junger Menschen sollten hinsichtlich von Bildung und Ausbildung im § 13 SGB VIII Rechnung getragen werden. Wünschenswert wären m. E. etwa die Verankerung einer Ausbildungsgarantie wie auch die Absicherung von sozialpädagogischer Begleitung und Assistenz für die Ausbildung.
- Die Stärkung niedrigschwelliger, auch rechtskreisübergreifender Ansätze (etwa durch entsprechende Kooperationsverpflichtungen auch in anderen Sozialgesetzbüchern) ist eine zentrale Herausforderung der Jugendsozialarbeit, um gerade jene Jugendlichen zu erreichen, die ansonsten kaum mehr von Hilfesystemen gefördert werden.



*„Jugendsozialarbeit
ist der Übergangs-
und Teilhabeprofi
der Jugendhilfe.“*

Jugendsozialarbeit als „Übergangsbegleiterin“ aller jungen Menschen muss eine Übergangspädagogik¹⁰ der Befähigung und Ermutigung in eine zunehmend unsichere berufliche und gesellschaftliche Zukunft entwickeln. Allerdings sollte sie auf dem Weg dahin in ihren pädagogischen Angeboten noch zuverlässiger und partizipativer werden, um mit ihrer jeweiligen Begleitung und informellen Bildung den jeweiligen Lebenslagen und Bedarfen junger Männer und Frauen wirklich gerecht zu werden. Jugendsozialarbeit muss deshalb prioritär Angebo-

te und Freiräume zur Verfügung stellen, in denen Jugendliche Selbstwirksamkeit erfahren können, die also für sie selbst sinnvoll, hilfreich und in einem umfassenden Sinne nutzbar sind! //

Die Autorin:

Andrea Pingel ist Referentin beim Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit. E-Mail: andrea.pingel@jugendsozialarbeit.de

Literatur:

BREUER, Karl Hugo (2007): Beiträge zur Geschichte katholischer Jugendsozialarbeit. Herausgegeben von der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.) (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

MÜNDER, Johannes; Wiesner, Reinhard (2007): Kinder- und Jugendhilferecht. Handbuch. Baden-Baden.

OEHME, Andreas; Schröer, Wolfgang (2009): „Bildung für den Übergang: Sozialpädagogische Anforderungen an Jugendsozialarbeit“. In: DREIZEHN – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, Nr. 3/Juni 2009, S. 20–23.

SCHRUTH, Peter (2011): „Zum notwendigen Bestand der Jugendsozialarbeit als Teil der Jugendhilfe“. In: DREIZEHN – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, Nr. 4/Januar 2011, S. 9–13, 2011.

WIESNER, Reinhard (1995): „SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe; Kommentar“. München.

WIESNER, Reinhard (2006): „SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe; Kommentar“. Völlig überarbeitete 3. Auflage, München.

Anmerkungen:

¹ BMFSFJ (2013), S. 415. Siehe zu den Lebenslagen vor allem die Kapitel 5 und 6 zur „Jugend“ und dem „jungen Erwachsenenalter“. Vgl. auch die Ausführungen zur Jugendsozialarbeit S. 324–331.

² Dort hieß es, dass das Jugendamt Erziehungshilfe während der Berufsvorbereitung, -ausbildung und -tätigkeit inklusive der Unterbringung zur Verfügung stellen muss (Wiesner (2006), S. 218 und Wiesner (1995), S. 156).

³ Wiesner (2006), S. 219.

⁴ Wiesner (2006), S. 218 ff.

⁵ Breuer (2007).

⁶ Schruth (2011), S. 9. Vgl. dazu auch Münder; Wiesner (2007). Wenn ein erhöhter Unterstützungsbedarf bei jungen Menschen vorliegt, dann „ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe objektiv rechtlich verpflichtet, sozialpädagogische Hilfen nach § 13 SGB VIII anzubieten“ (ebd., S. 197).

⁷ Sofern zudem bei einem Jugendlichen ein erzieherischer Bedarf im engeren Sinne vorliegt, haben die Hilfen im Sinne des § 27 SGB VIII Vorrang, Ausbildungsbegleitung und Beschäftigungsmaßnahmen können auch deren Bestandteil sein (§ 27 Abs. 3) (vgl. Wiesner (1995), S. 157).

⁸ Erstmals sind diese Daten aus der Bundesstatistik der Jugendhilfe auch im Kinder- und Jugendbericht aufgeführt (vgl. dazu BMFSFJ (2013), S. 330).

⁹ Schon jetzt stehen zumindest auf dem Papier auch Kindern und Jugendlichen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus umfassende Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zu – in der aktuellen Praxis der teilweise überforderten Länder und Kommunen ist aber selbst der Schulbesuch nicht immer sichergestellt.

¹⁰ Vgl. Oehme, Schröer (2009).

Impressum

DREIZEHN
Zeitschrift für Jugendsozialarbeit
Ausgabe 13/2015, 8. Jahrgang
ISSN 1867-0571

Herausgeber:
Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
(Rechtsträger: Bundesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit e.V.)
Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin
Tel.: 030 288 78 95-38
Fax: 030 288 78 95-5
E-Mail: dreizehn@jugendsozialarbeit.de
Internet: www.jugendsozialarbeit.de

V. i. S. d. P.:
Doris Beneke (Sprecherin Kooperations-
verbund Jugendsozialarbeit)

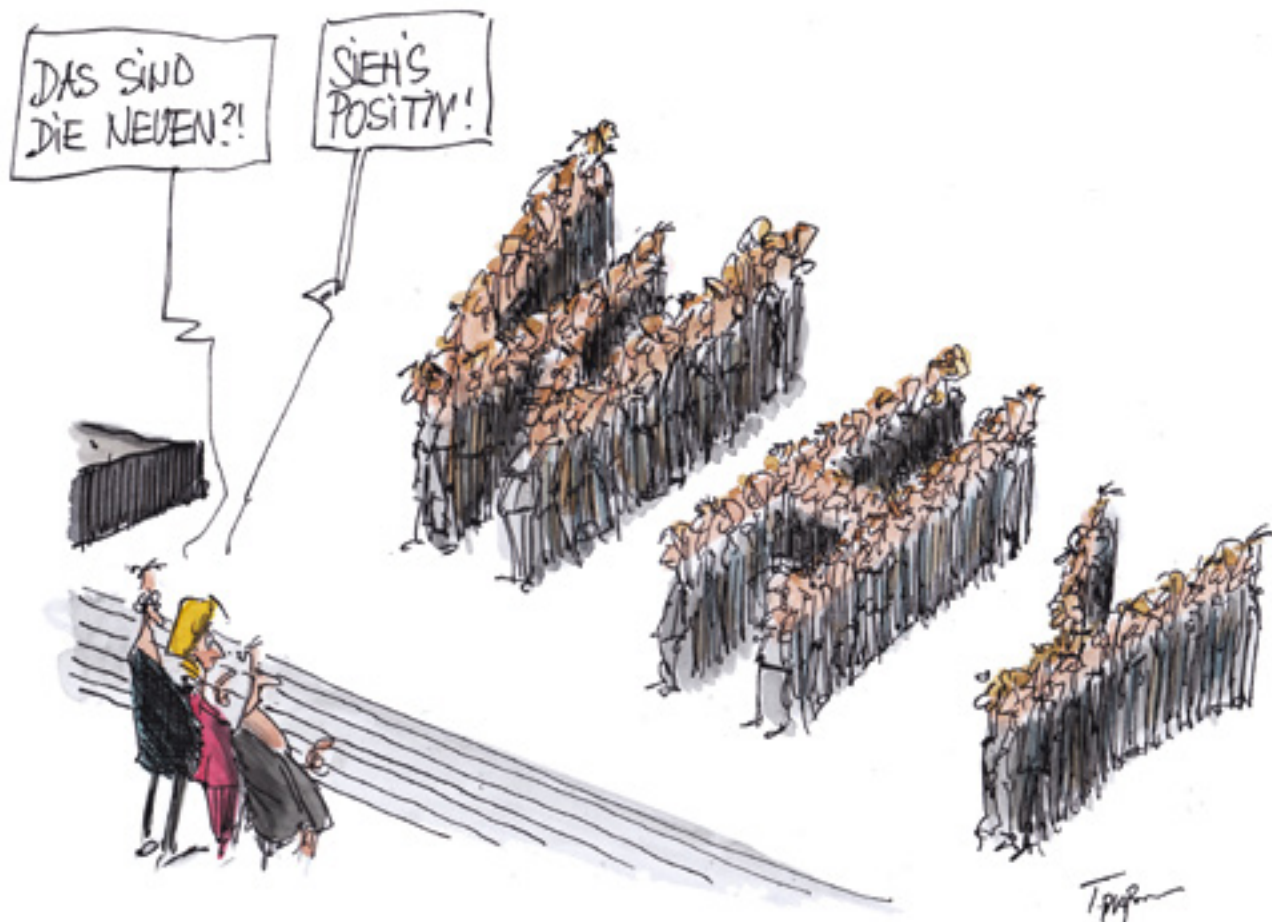
Redaktion:
Annika Koch (ak), Andrea Pingel (ap)
Mitarbeit für Ausgabe 13:
Birgit Beierling, Doris Beneke, Rüdiger Fritz,
Ulrike Hestermann, Uwe Strothmann,
Achim Wieghardt, Gisela Würfel

Redaktionsbeirat:
Wolfgang Barth, Birgit Beierling, Doris
Beneke, Rüdiger Fritz, Ulrike Hestermann,

Judith Jünger, Michael Kroll, Dr. Thomas
Pudelko, Uwe Strothmann, Petra Tabakovic,
Dr. Oliver Trisch, Klaus Umbach,
Klaus Wagner, Angela Werner,
Achim Wieghardt, Gisela Würfel

Grafisches Konzept, Layout und Satz:
Anja Zemlin – HELDISCH.com, Berlin

Korrektorat:
Tom Seidel – The Proofreaders
(ehem. Die Korrigierer), Brighton



Pläßmann

Fotonachweis:

Titel: Pixel_Pig/iStock

S. 4, 10, 15, 19, 21, 23, 24, 31, 35, 36,

42, 46, 49, 50, 53: HELDISCH.com, Berlin

S. 27: Annika Koch

S. 40, 41: Britta Sembach

Karikatur S. 55: Thomas Pläßmann

Druck:

BLOCH & Co

Beiträge von Autoren/-innen geben nicht unbedingt die Meinung des Kooperations-

verbundes Jugendsozialarbeit wieder.

Der Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Unaufgefordert eingesandte Manuskripte finden nur in Absprache mit der Redaktion Beachtung.

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSÄ) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Chausseestraße 128/129 | 10115 Berlin

Tel. 030 288 78 95-38 | Fax 030 288 78 95-5

kooperationsverbund@jugendsozialarbeit.de

www.jugendsozialarbeit.de

 www.facebook.com/KVJugendsozialarbeit

